

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljährl. 3,30 M., monatl. 1,10 M.,  
 höchstens 28 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat.  
 Eingetragene in die Post-Zeitungs-  
 Preisklasse. Unter Kreuzband für  
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn  
 2 Mark, für das übrige Ausland  
 3 Mark pro Monat.

Erstein täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 Beträgt für die sechszeilige Normale  
 Zeile oder deren Raum 40 Pf., für  
 politische und gesellschaftliche Berichts-  
 und Besprechung-Artikeln 25 Pf.,  
 „Kleine Anzeigen“, das erste (stetig-  
 gedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere  
 Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben  
 zählen für zwei Worte. Inserate für  
 die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Sonntags-  
 und Feiertagen bis 8 Uhr vormittags  
 geöffnet.

Telegramm-Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 17. Juni 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

### Frieden und Krieg.

In Washington, von wo die Friedensvermittlung aus-  
 ging, sollen also die russischen und japanischen Unterhändler zu-  
 sammenkommen. Von russischer Seite wird der Botschafter in Paris,  
 Kelidow, alsbald die Ozeanreise antreten, ein Militärbevoll-  
 mächtigter und ein Jurist des Militärrechts, wahrscheinlich der  
 bekannte Professor v. Martens, sollen ihn begleiten. Die  
 eigentlichen Unterhandlungen werden infolge der weiten  
 Reisen erst nach Wochen beginnen können. Es ist je-  
 doch wahrscheinlich, daß schon zuvor über die  
 entscheidenden Grundfragen des Friedens durch die Telegraphie Be-  
 ratung und Verständigung erfolgt. In den Verhandlungen in  
 Washington werden dann die Einzelheiten festgesetzt werden.

Bereits wird dem „L.A.“ aus Washington gemeldet, daß ein  
 Austausch über die Friedensbedingungen zwischen den beiden krieg-  
 führenden Mächten stattgefunden hat und daß Rußland die japanischen  
 Bedingungen als annehmbar erachtet.

Die Bedingungen, die Japan stellt, lauten nach dieser Meldung:  
 „Kriegentschädigung von 2 bis 4 Milliarden Mark, Erwerb  
 von Korea und Liaotung mit Port Arthur, Rückgabe der Mandchurerei  
 an China und eine japanische oder internationale Kontrolle der  
 mandchurischen Bahn.“

Bestätigt sich diese Meldung, so zeigt sich, daß Japan sich  
 äußerst maßvoll auf diejenigen Forderungen beschränkt, die es er-  
 heben muß, um den jetzt abzuschließenden Frieden auf längere  
 Dauer einigermassen zu sichern. Nach den glänzenden Siegen Japans  
 sind diese Bedingungen äußerst mild, und vor allem können sie un-  
 möglich Anlaß geben, daß andere Mächte, ähnlich wie 1896,  
 Japan in den Arm fallen. Es ist eher anzunehmen, daß die Be-  
 dingungen schon die Zustimmung der anderen entscheidend in  
 Betracht kommenden Mächte gefunden haben.

Schwierig ist dagegen zunächst die Frage des Waffenstill-  
 standes. Ohne völlig sichere Aussicht auf das Zustandekommen  
 des Friedens kann Japan einen Waffenstillstand in der Mandchurerei  
 unmöglich zulassen. Japan kann auf keinen Waffenstillstand ein-  
 gehen, solange die russische Diplomatie nicht die in den letzten  
 18 Monaten geschaffene Lage loyal anerkennt. Kommt erst ein  
 Waffenstillstand zustande, so ist der Frieden als gesichert anzusehen.  
 Solange der Frieden aber nicht absolut gesichert ist, werden die  
 japanischen Armeen die energische Vorwärtsbewegung, die sie seit  
 mehreren Tagen betreiben, nicht einstellen. Andererseits wird diese  
 bedrohliche Vorwärtsbewegung die russische Regierung  
 dazu drängen, möglichst schnell den Frieden zu schließen.

Ende März dieses Jahres waren die Russen weit nordwärts  
 über Keling hinausgeworfen, wo die Japaner in ihrer Verfolgung  
 nach der furchtbaren Schlacht von Mukden Halt machten, um sich  
 zur letzten großen Schlacht zu rüsten, in der über die letzte Provinz  
 der Mandchurerei entschieden werden wird, wenn sie noch stattfindet.  
 Freilich, jeder russische Soldat, der von jetzt an noch  
 geopfert wird, wäre ein absolut zweckloses Opfer der russischen  
 Absolutismus.

Zunächst ist eine gewaltige Vorwärtsbewegung der japanischen  
 Heereskolonnen in vollem Gange. Es ist ein seltsames Zusammen-  
 treffen, so wird in einem uns aus London übermittelten Artikel des  
 „Standard“ ausgeführt, daß Marschall Oyama gerade den Zeit-  
 punkt der Vorbereitungen für die Friedensverhandlungen gewählt  
 hat, um eine neue große Schlacht in der Mandchurerei einzuleiten.  
 Er hat seine Operationen zweifellos bereits begonnen, und  
 ob er sie einstellt, bevor der General Linewitsch das Schicksal  
 europäischer Armeen ereilt, das wird davon abhängen, ob der Paz  
 rechtzeitig zu einer Verständigung mit Japan kommt. Während der  
 letzten zehn Tage hat sich die militärische Lage  
 erheblich geändert. Die russischen Flügel, die südwärts  
 gingen, sind soweit zurückgedrängt worden, daß die Höner der  
 japanischen Vogenstellung jetzt nordwärts weisen. Der japanische  
 linke Flügel ist von seiner vorgeschobenen Basis Takumen etwa  
 40 englische Meilen vorgerückt und bedroht bereits Chenshiatun,  
 das fast genau der Bedeutung Sinningting in der Schlacht bei Mukden  
 entspricht. Auf der östlichen Flanke haben sich die Russen anscheinend  
 vor dem Anmarsch der Armeen des Generals Kanamura von Hallungcheng  
 in die Gegend von Kirin zurückgezogen, und die japanische Heere  
 in der Mitte drängen jetzt längs der Eisenbahn und auf der Wan-  
 darinensstraße vorwärts und sind bereits ziemlich weit nördlich von  
 Chanshiatun gelangt. Es handelt sich jetzt darum,  
 wie weit die Russen bereits tatsächlich eingeschlossen sind. So weit  
 man weiß, halten die Russen gegenwärtig eine Stellung an der  
 Eisenbahn bei Kumschuling, die etwa 140 englische Meilen in An-  
 schen nimmt und mit dem äußersten rechten Flügel nach  
 Chenshiatun in der Mongolei und mit dem linken Flügel  
 bis ungefähr nach Kirin am oberen Sungari reicht.  
 Die japanischen Heere stehen, soweit bekannt ist, alle südlich  
 dieser Linie. General Rogi führt gegenwärtig zweifellos im Westen  
 eine Umgehungsbewegung aus, wie sie ihm bei Mukden  
 gelang, und kann jeden Augenblick im Rücken des Generals  
 Mikschenko erscheinen. Auf der östlichen Flanke steht Kanamura  
 Armeekorps südlich von Kirin, und die sechste Armeekorps unter  
 Hasegawa, die von der Nordostküste Koreas aus vorrückt, kann  
 nicht leicht mit den fünf angreifenden Armeen kooperieren,  
 da Gebirge sie von ihnen trennen. Es klingt viel wahr-  
 scheinlicher, daß Hasegawas Armeekorps bestimmt ist, Wladiwostok  
 zu überwinden, und eventuell die Verbindungen zwischen Wladiwostok  
 und Chardm abzuschneiden. Auf jeden Fall liegt noch kein Anzeichen  
 dafür vor, daß der russische linke Flügel bei Kirin bereits ernstlich

bedroht ist. Der Ausgang der Schlacht kann kaum zweifelhaft sein,  
 wenn man die Stärke der Heere vergleicht, die einander  
 gegenüber stehen. Linewitsch hat im ganzen gegen 300 000 Mann  
 zur Verfügung, während Oyama einschließlich der sechsten Armeekorps  
 unter Hasegawa eine weitaus stärkere Streitmacht befehligt.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 16. Juni.

#### Marokko und die internationale Lage.

In Paris ist man recht nervös. Die dauernde Unsicherheit  
 der Marokkofrage nicht nur erzeugt immer wieder Beunruhigung, es  
 werden auch äußerst weitgehende Kombinationen über eine kritische Zu-  
 spitzung des Verhältnisses zwischen Deutschland und Frankreich gemacht.  
 Die Pariser Börse hatte am Donnerstag einen bedeutenden Kurssturz  
 und Ministerpräsident Rouvier mußte zur Beruhigung der Ge-  
 müter erklären, der Kursrückgang würde durch keine mit der aus-  
 wärtigen Politik zusammenhängende Tatsache zu rechtfertigen sein.  
 Er ersuchte, in Ruhe das Ergebnis der schwebenden Verhandlungen  
 abzuwarten; diese würden nur in einem auf das Bestehen guter  
 auswärtiger Beziehungen gerichteten Geiste geführt.

Nach mehr wird der Spannungszustand durch die folgende  
 Pariser Meldung vom 16. Juni gekennzeichnet:

Ein Abendblatt hatte behauptet, Delcassé habe heimlich  
 einen Offensiv- und Defensivvertrag mit England abgeschlossen gehabt  
 und Rouvier hätte von diesem Vertrage nur durch eine halbamtliche  
 Mitteilung des deutschen Kaisers Kenntnis erhalten. Eine Note  
 der „Agence Havas“ dementiert in formellster Weise diese durch-  
 aus phantastische Erzählung von den Gründen, die das  
 Entlassungsgeheiß Delcassés herbeigeführt hätten.

Nach dem Wortlaut dieser Meldung ist der Offensiv- und  
 Defensivvertrag selbst, der mit England abgeschlossen sein  
 soll, nicht dementiert. Und würde er auch dementiert, so ist ohne-  
 dem anzunehmen, daß die Beziehungen zwischen Frankreich und  
 England, einerseits infolge des russischen Zusammenbruchs, anderer-  
 seits infolge der französischen Marokkofürwärtigkeit, festere geworden  
 sind, als sie es bereits waren.

In deutschen Blättern, welche die brüste Marokkopolitik des  
 Grafen Bülow blind gebilligt hatten, glaubt man, Frankreich warnen  
 zu sollen, daß es sich nicht durch Englands trügerische Freundschaft  
 in Krieg mit Deutschland stürzen soll. Die Franzosen werden  
 diese billigen Ratsschläge nicht benötigen, sie wissen selbst, wie  
 weit die Befestigung ihrer Beziehungen mit England ihre durch  
 Rußlands Niedergang und Deutschlands Pflöchlichkeit erschwerte  
 Situation verbessern kann. In jedem Falle sind Kriegs-  
 gerüchte durchaus unsinnig. Dieselben Parteien in  
 Frankreich — voran die Sozialisten —, welche Herrn Delcassé den  
 Abschied gaben, werden niemermehr dulden, daß wegen Marokko  
 die Kriegsjurie entfesselt wird. Und — in Deutschland ist  
 ebenfowenig irgendwelche Stimmung, wegen einer unbedeutenden  
 Kolonialaffäre in den Krieg zu gehen. Schlimm genug, daß  
 die Herren Diplomaten andauernde Beunruhigungen bewirken, die  
 Nationen wollen den Frieden, und werden ihn  
 erhalten!

#### St. Manchesters Auferstehung!

Der heilige Manchester ist längst tot, er ist selbst als  
 Leichnam noch in solchen Verruf gekommen, daß seine intimsten  
 Anhänger sich nicht mehr zu diesem Satanskult zu bekennen  
 wagen. Sogar die „Freie Deutsche Presse“, welche die Fahne  
 der „Freisinnigen Zeitung“ unentwegt hoch hält, pflegt sich  
 auf dieses Gespenst nicht mehr zu berufen. Ueber Nacht aber  
 ist der verleugnete und verstorbene Heilige aus dem Grabe  
 auferstanden und grinst mit den wunderbarsten Grimassen in  
 diese Welt, die von ihm gar nichts mehr wissen will. Und  
 solches Auferstehungswunder hat die Angst der Freisinnigen  
 Volkspartei vor der — Reichs-Erbchaftsteuer  
 bewirkt, die zwar in ihrem Programm ausdrücklich verlangt  
 wird, die aber gleichwohl für dieses führende Organ der Frei-  
 sinnigen Volkspartei den Schrecken der Schrecken bedeutet.

Die „Freie Deutsche Presse“ nennt die Reichs-Erbchafts-  
 steuer „falschen Sozialismus“. Darin hat das Blatt unstrittig  
 recht. Es ist nicht nur falscher Sozialismus, sondern es  
 ist überhaupt kein Sozialismus, daß Steuern erhoben werden.  
 Die Herrenhäuser freilich haben feierlich das Verlangen  
 einer Reichs-Erbchaftsteuer für richtigen Sozialismus er-  
 klärt, und man sollte nun hoffen, daß die „Freie Deutsche  
 Presse“ auf ihre alten Tage, nach 21 verständnislosen Jahr-  
 gängen, plötzlich begreift, was der richtige Sozialismus  
 sei. Aber diese Hoffnung ist irrig. Auch die „Freie Deutsche  
 Presse“ hält nämlich mit dem Herrenhaus eine Reichs-  
 Erbchaftsteuer für richtigen Sozialismus, sogar für eine  
 sozialistische Schwärmerei und sie spricht nur von falschem  
 Sozialismus aus logischer und grammatikalischer Verwirrung.  
 Sie ist nämlich auch im 21. Jahrgang noch der Meinung,  
 daß der Sozialismus überhaupt „falsch“ sei, und in diesem  
 Sinne philosophiert sie über die Reichs-Erbchaftsteuer als  
 „falschen Sozialismus“.

Allerdings ist die „Freie Deutsche Presse“ nicht mehr,  
 wie es der heilige Manchester ursprünglich befaß, gegen  
 jeden staatlichen Eingriff. Sie hat nichts dagegen, daß alle  
 Kinder gezwungen werden, in die Schule zu gehen, daß alle  
 jungen Leute militärpflichtig sind, auch den Zwangswahlrecht  
 fertigt sie. Schließlich findet sie sich auch mit den obliga-  
 torischen Versicherungsgeetzen ab. Aber darüber hinaus hat  
 der Staat kein Recht des Eingriffs. Der Staat, der zwar

blinden Kadavergehorsam von seinen Rekruten fordert, darf  
 nicht das Recht haben, einen Eingriff in das — Kapital zu  
 machen. Deswegen ist die Reichs-Erbchaftsteuer der „Freien  
 Deutschen Presse“ unverfälscht, ein höchst bedenklicher Angriff  
 des Staates auf die persönliche Freiheit, Millionen zu erben.

Wir erwarten demnach von der „Freien Deutschen Presse“,  
 daß sie für die Bejeitigung sämtlicher Steuern eintritt;  
 denn was von der Reichs-Erbchaftsteuer gesagt wird, gilt  
 für jede Steuer, es gilt namentlich auch für die indirekten  
 Steuern, wo der Staat sogar meuchlerisch die unmittelbare  
 Arbeit der Massen preßt, von ihrem lärglichen Ertrag einen  
 beträchtlichen Teil an den Staat und in noch höherem Maße  
 an private Kapitalisten abzuliefern.

Das Aufgebot St. Manchesters gegen die Reichs-Erbchafts-  
 steuer beweist die ungeheure Angst dieser kapitalistischen Partei,  
 eine Angst, die zur völligen geistigen Verwirrung führt. Bis-  
 her hat das Recht auf Steuern dem Staate selbst der  
 begeisterte Anhänger des Nachtwächterberufes des Staates  
 nicht verweigert. Jetzt erfahren wir, daß in dem Steuerrecht  
 des Staates der verderblichste „Sozialismus“ wuchert. Zu  
 allem darf der Staat den einzelnen zwingen, nur darf er  
 nicht den reichen Erben dadurch kränken, daß er die un-  
 geheure Arbeit und Mühe des Erbens noch fiskalisch ver-  
 schärft.

Wann werden die Leute von der „Freien Deutschen  
 Presse“ ins Herrenhaus berufen? —

#### Die Armenierschlachten des Zaren.

Die Massenabschlachtungen der Juden und die Massen-  
 abschlachtungen der Armenier bilden zwei charakteristische Er-  
 scheinungen in der gegenwärtigen russischen Situation. Die Juden  
 und die Armenier gehören zu denjenigen Volkselementen im Zaren-  
 reich, die mit den herrschenden Zuständen unzufrieden sind, gegen  
 die daher das Zarentum alle Mienen springen läßt, um sie zu  
 dezimieren, womöglich zu vernichten.

Gegen die Juden werden die rückständigsten und rohesten  
 Elemente der orthodoxen Kirche gehetzt und die Massenschlächtereien,  
 bei denen Polizei- und Militärgevalt ruhig zusehen, sind die Folgen.  
 Gegen die „Christlichen“ Armenier verfährt das Zarentum wieder  
 anders und doch ähnlich. Gegen diese werden die noch in der Halb-  
 barbarie lebenden Tatarenstämme, die sich zum Islam bekennen,  
 wie wilde Tiere losgelassen; fessend, mordend und brennend fallen  
 diese Horden in die armenischen Städte und Dörfer ein und machen  
 alles nieder was ihnen in den Weg kommt. Wiederholt haben wir  
 in den letzten Monaten über diese Gewalttaten berichtet, und aber-  
 mals scheint für die armenische Bevölkerung eine neue Schreckens-  
 und Leidenszeit hereingebrochen zu sein.

Ein uns heute zugegangenes Telegramm lautet:  
 Tausendköpfige tatarische Banden überfallen armenische Dörfer  
 und zerstören und verbrennen alles. Die Lage der armenischen Be-  
 völkerung ist äußerst kritisch. Die Landesverwaltung fehlt untätig  
 diesen Greueln gegenüber.

So läßt die orthodoxe, christliche Regierung des Zaren eine  
 „Christliche“ Bevölkerung von „heidnischen“ Barbaren abschlachten,  
 alles zu Ehren des heiligen Absolutismus. Und das christliche  
 Europa, die christlichen Regierungen dieses christlichen Europas  
 legen die Hände in den Schoß, als ginge sie dieses Massenmorden  
 nichts an.

#### Deutsches Reich.

##### Ein kaiserlicher Zehnmillionenfonds für Offizierszulagen.

Eine erstaunliche Mitteilung, die dringend amtlicher Ausflüchtung  
 bedarf, macht die „Zukunft“:

„Leidige Wahrheit aber ganz sicher die Geschichte vom neuesten  
 Birken des Fürsten Guido Hensel v. Donnerömark. Der hat, im  
 Einvernehmen mit dem Reichsbank-Präsidenten Dr. Koch, neulich  
 die Leiter großer Bankfirmen und andere No-  
 table zusammengerufen und ihnen allen Ernstes zugemutet,  
 einen Fonds von zehn Millionen Reichsmark zu stiften, aus dem der  
 Kaiser und König seinen Offizieren Zulagen gewähren kann. Damit  
 soll dem Offizierkorps die alte Lebensfreude  
 wiedergewonnen und verhütet werden, daß in die Kom-  
 mandostellen, weil den zur Vorsehung des Offizierkorps geeigneten  
 Familien das nötige Kleingeld fehlt, minderwertige Ele-  
 mente austräten. Daß man zur Sicherung dieses seinen  
 Glanz gerade die Finanzmannschaft aufrief, ist allerliebste. Die  
 Juden (die in ihr ja nicht ganz vereint sind) wissen nur  
 wenigstens, daß sie selbst zwar des Fortpeeps unwürdig, dafür  
 aber auserwählt sind, den besser Qualifizierten das Offizierleben  
 zu erleichtern. Wahrscheinlich sollen die zehn  
 Millionen dem Kaiser zur Silbernen Hochzeit  
 überreicht werden. Wenn der Mann im Sackfenster noch  
 lebte, würde er mit dem Fürsten Guido jetzt wohl ein ernstes Wort  
 über Staatspflichten sprechen.“

Die Kollage der Offiziere wird neuerdings ein ebenso brennendes  
 Thema wie die Kollage der Junker und der Landwirtschaft. Auch das  
 neue Militärpensions-Gesetz, das die Reichsregierung dem Reichstag  
 vorgelegt hatte, forderte Pensionserhöhung für die Offiziere, die  
 bereits 10 000 und 15 000 M. Pension beziehen, unter der Be-  
 gründung, daß die Offizierkarriere angiehender gemacht werden  
 müsse. Die „alte Lebensfreude“ entweicht, nach Ansicht  
 des Fürsten Guido Hensel v. Donnerömark, aus dem Offizierkorps,  
 der erbahene Verfall bringt den Patrioten den Patrioten nicht  
 genug klingenden Lohn!

Es ist höchst kennzeichnend, daß der bei Hofe sehr einflußreiche  
 Fürst Hensel v. Donnerömark es wagen kann, einen solchen ver-

Kassungswidrigen Plan anzuregen. Es versteht sich, daß ein aus Privatmitteln aufgebracht Fonds für Offizierszulagen durchaus einflussreich wäre. Es bedarf keiner Ausführungen, wozu ein Offizierskorps gelangen würde, wenn seine Mitglieder nach Gunst des Monarchen wertvolle Zuteilungen erhalten dürften. Und das auffälligste ist, daß nach der Darstellung der „Zukunft“ ein hoher Reichsbeamter, Reichsombudirektor Dr. Koch, an den tollen Plan beteiligt ist, der zugleich die schwere Vermögensprüfung des Offizierskorps enthält, das ohne jegliche Geldzulage auf die minderwertige Laufbahn verzichtet. Herr Dr. Koch wird über das neue Finanzministerium der Öffentlichkeit Rede stehen müssen.

Gegen das Bergarbeitergesetz opponiert nach wie vor der „Bergknappe“, das Organ der christlichen Bergleute.

Ueber den „Fortschritt“, daß das Rulien durch Geldstrafen ersetzt wird, bemerkt das Blatt sehr zutreffend: Es fehle an einer Bestimmung, ob die Strafe von 5 M. für einmaliges oder mehrmaliges ungenügendes oder vorschriftswidriges Beladen der Fördergefäße festgesetzt werden könne. Dadurch sei der Beamtenwillkür Tür und Tor geöffnet. Man könne z. B. einem unbeladenen Arbeiter am Ende des Monats gleich die monatliche Maximalstrafe von 5 M. für einen einzigen Wagen unreiner Kohle auferlegen.

Sehr scharf geht das Blatt auch mit Herrn Brust ins Gericht. Es wird ihm gegenüber nochmals festgelegt, daß die christlichen Arbeiter die Annahme des Gesetzes beklagen, und es wird dem Verteidiger der Zentrumspolitik auf der Generalversammlung des christlichen Verbandes gründliche Abrechnung in Aussicht gestellt.

**Berwandtschaft.** Der in dem letzten Prozeß so arg bloßgestellte Bergmeister Eugel, der Geschäftsführer des bergbaulichen Vereins, soll nach unserem Dortmundener Parteiorgan der Schwiegerjohn des Oberbergbauamts v. Welsen sein, also des eigentlichen Regierungschefs der Bergverwaltung.

Das eröffnet wieder heftige Aussprüche auf die Wege, die von der Regierung zu dem Privatkapital führen. Wie konnte man aber nur gerade diesen ministeriellen Schwiegervater des Sachwalters des Unternehmertums mit den Verhandlungen im Aufrevidier betrauen? —

**Hermann v. Wisemann**, der frühere Gouverneur, dem nachgerühmt worden ist, daß er so ziemlich der einzige Aristokrat mit „weißer Weste“ sei, ist auf geheimnisvolle Weise ums Leben gekommen. Wie aus Liegen in Steiermark gemeldet wird, hat sich Wisemann Donnerstag abend 8 Uhr bei einer in Gesellschaft eines Jagdfreundes und des Revierjägers unternommenen Reispilch in Gitzbach aus eigener Unvorsichtigkeit durch einen Schuß in den Kopf getötet. Wie der „Neuen Freien Presse“ aus Liegen telegraphiert wird, ist bei Wisemann, dem bei dem Jagdunfall (1) die Kugel ins linke Auge drang, der Tod sofort eingetreten. Eine Gewalttat von dritter Hand sei ausgeschlossen.

**Heizerfreunden bei der Marine.** Aus Kiel wird uns geschrieben: Auch bei der Marine verstehen es Vorgesetzte, die wegen Soldatensünderei angeklagt sind, vor dem Kriegsgericht das Motiv besondern Dienstleisters für eine milde Auffassung ihrer Vergehen mit Erfolg geltend zu machen. So hatte sich am Mittwoch vor dem Kriegsgericht der Aufklärungsdiener in Kiel der Oberfeuerwerksmeistermaat Hoffmann vom Kreuzer „Friedrich Karl“ wegen Mißhandlung Untergebenen in sechs Fällen zu verantworten. Er hatte, wie das Gericht als erwiesen erachtete, die ihm unterstellten Heizer wiederholt mit Stößen, Fußtritten und Ohrfeigen regaliert, wenn er annahm, daß sie seine Befehle nicht mit dem nötigen Eifer ausführten. Dem Heizer H. verzehte er wegen eines unerschuldeten Verschens einen Fußtritt ins Gesicht, so daß er gegen den Kessel slog und würgte ihn an der Kehle, bis ihm der Atem ausging. Den Heizer J. beförderte er durch einen Faustschlag ins Gesicht bis in den dritten Heizraum. Die übrigen Fälle lagen ähnlich. Das Gericht billigte dem Angeklagten trotzdem mildernde Umstände zu, da er die Mißhandlungen in der Aufregung über lästige Befehlsausführung begangen habe; es erkannte auf ganze drei Wochen Mittelarrest. Wenn man berücksichtigt, daß im Heizraum eines Kriegsschiffes der Dienst der schwersten, der sich denken läßt, sind solche Zugaben eines lebenswürdigen Vorgesetzten um so scharfer zu verurteilen, und sie werden durch dergleichen milde Strafen gewiß nicht abgemildert.

Aus dem Wahlkreis Rattowitz-Jarze wird uns geschrieben: Der Kampf um das durch die Ungültigkeitserklärung der Wahl des radikal-polnischen Korfanty wieder frei gewordene Reichstagsmandat wird sich sehr heftig gestalten. Es gilt sowohl für das Zentrum, wie für die fanatischen Galatisten, die Wiederwahl des Polen jedenfalls zu verhindern. Leicht dürfte das den Herren allerdings nicht werden. Vom polnischen Zentral-Wahlkomitee ist Korfanty wieder aufgestellt worden. Diesem Komitee gehört jetzt auch die sogenannte „Katholik-Gruppe“ an, die bei den letzten Hauptwahlen noch für den Zentrumskandidaten Letocha stimmten, der infolgedessen rund 20000 Stimmen erhielt. Der Leiter des „Katholik-, Kapieralsti, will sich allerdings auch jetzt nicht bereit erklären, für Korfanty einzutreten, den er als glücklicheren Nebenbuhler in der Gunst des polnischen Volkes persönlich haßt. Aber er will nach seiner öffentlichen Erklärung auch nicht mehr gegen Korfanty auftreten, vor allem aber nicht mehr für den Zentrumskandidaten, und das dürfte genügen, Korfanty einige tausend neuer Stimmen zuzuführen zu den 11600 Stimmen, die er am 16. Juni 1903 erhielt. Jeder Zuwachs aus jenem Lager für Korfanty bedeutet aber einen gleich großen Verlust für das Zentrum.

Um diesem drohenden Verluste zu entgehen, hat das Zentrum an Stelle des abgehenden bisherigen Kandidaten Letocha einen auch in polnischen Kreisen angesehenen Mann, den Pfarrer Kapiga in Lichau, zum Kandidaten nominert. Und der ober-schlesische Kreis wird nicht erlangen, seine ganze Kraft für den Sieg des Herrn Antobrodners einzusetzen. Wie man das in Ober-schlesien macht, hat ja der berühmte Kardinal Kopp-Prozeß aller Welt offenbart. Herr Kapiga hat allerdings eine Eigenschaft, die an sich sehr lobenswert, ihm in Ober-schlesien in besonderem Maße schadet: Er ist eifriger Förderer der Alkoholabstinenz. Das bringt vor allem die Wirte gegen ihn auf, die sehr erbittert sind über den famosen, nur gegen die Arbeiter gerichteten Schluß der Schankstätten um 4 Uhr nachmittags an Lohn- und Vorarbeitstagen wie über andere schikanöse polizeiliche Mittel zur Förderung der Abstinenz. Wie weit das verräterische Verhalten des Zentrums in der Frage des Vergewaltigungsrechtes hier seine Wirkung üben wird, ist bei der immer noch sehr großen politischen Rückständigkeit des ober-schlesischen Grubenproletariats schwer zu bestimmen. Gewiß werden es weder die Polen noch die Sozialdemokraten im Wahlkampf an Aufklärung der Vergewaltiger über diesen Punkt fehlen lassen, so schwer diese Aufgabe beiden Parteien auch durch das Fehlen von Versammlungsorten und besonders durch den Terrorismus der Werksleitungen und ihrer Beamten gemacht wird.

Die Liberalen sind mit ihrer Kandidatenfrage noch nicht im Reinen, nachdem Pfarrer Raumann die ihm angetragene Kandidatur abgelehnt hat. Und ebenso geht es den Galatisten, die kürzlich in einer Versammlung des Ostmarkenvereins beschloßen, zwecks Aufstellung eines unzweifelhaft patriotischen Kandidaten sich mit den Vertretern des berg- und hüttenmännischen Vereins, der Organisation des Grubenkapitals, in Verbindung zu setzen. Man hat allen Ernstes im Sinne, den jetzt wieder nach Ober-schlesien übergesiedelten ehemaligen Saar-Gewaltigen, Hilger, als Kandidaten aufzustellen. Der als jetziger Generaldirektor der Königs- und Laurahütte über mehr wie 20000 Berg- und Hüttenleute die Fuchtel schwingt und daher am Ende kein gering anzuschlagender Faktor bei der Berechnung des Wahlergebnisses sein dürfte.

Die Sozialdemokraten, polnische wie deutsche, haben einhellig wieder den bisherigen Kandidaten, den alten Genossen Franz Morawski aufgestellt, der erst zum Beginn dieses Jahres nach Verbüßung einer dreijährigen Gefängnisstrafe der ober-schlesischen

Strafanstalt Weichen den Rücken kehren konnte. Ein von beiden Gruppen gemeinsam gebildetes Wahlkomitee führt die Agitation. Es ist nicht möglich, mit einiger Sicherheit voraus zu sagen, wie sich das Wahlergebnis für die Sozialdemokratie gestalten wird, die am 16. Juni 1903 rund 10000 Stimmen erzielte und in der Stichwahl zwischen Zentrum und Polen dem letzteren den Sieg erringen half. Vielesicht wird der Modifikation des Vorschlags, den er vor uns hatte, noch behauptet oder aus oben genannten Gründen gar noch vergrößert. In dieser Richtung wirkt auch die von Korfanty in demographisch geschickter Weise zur Schau gestellte Arbeiterfreundlichkeit auf die politisch noch sehr untreue Masse, ebenso wie die brutale Unterdrückung der nationalen Rechte der Polen durch die Herrschenden, Behörden wie Unternehmer, die Sympathie der Masse für den nationalen „Kämpfer“ steigert. Aber unverbrossen hat die Sozialdemokratie hier seit den letzten allgemeinen Wahlen an der Erziehung der Arbeiter zu Klassenbewußten Kämpfern gearbeitet, wie die gewerkschaftliche ist auch die politische Organisation in Rattowitz selbst, wo wir seit 18 Monaten im Besitze eines Versammlungsortes sind, erheblich vergrößert und ein Stimm- und Kampfesfähiger Genossen gebildet worden, so daß wir trotz der gewaltigen Schwierigkeiten mit Eifer und Jubelstimmung in den harten, aber deshalb um so ehrenvolleren Kampf gehen.

#### Zur Naturgeschichte eines Scharfmacherorgans.

Aus München wird uns berichtet: Anlässlich seiner Stellungnahme für die russischen Freiheitskämpfer wurde im Anfang dieses Jahres der Münchener Professor Dr. Jujo Brentano von der „Allg. Ztg.“ auf das schwerste angegriffen und förmlich demüthigt. Unser Parteiorgan nagelte dieses Gebahren eines Blattes, das sich liberal nennt, entsprechend fest und gebrauchte dabei die Wendungen „biblische Angriffe“, „Dirnenlust niedriger Angeberei“, „eine von den Buedelenten ausgehaltene“, „ganze Hingabe an ihr feines Metier“, „ein gefälliges Mäuschen, das seinem Handwerk nachgeht“. Durch diesen Artikel fühlte sich der Chefredakteur und zugleich Geschäftsführer (1) der „Allg. Ztg.“ Dr. Martin Mohr beleidigt und stellte Klage gegen den verantwortlichen Redakteur der „Münchener Post“, Genossen Gruber. Diese Klage kam am 15. Juni vor dem Schöffengericht in München zur Verhandlung.

Redakteur Gruber erklärte zunächst, der Artikel sei entstanden unter dem Einfluß der Tonart, die die „Allg. Ztg.“ gegen die Sozialdemokratie angeschlagen habe, seitdem sich Dr. v. Bärklin wieder in der Pfalz befindet (wo er sich als Redakteur des Liberalismus ausruhen ließ). Zur Zeit der Arbeitslosendemonstrationen, während der die „M. Post“ die Arbeiter vor Ausschreitungen warnte, habe die „Allg. Ztg.“ eine Haltung eingenommen, die den Anfeinden erwiderte, als habe man in München gerne einen Putsch. Gelegentlich des Vergewaltigerstreits, als die ganze gestützte Welt mit den Arbeitern sympathisierte, habe die „Allg. Ztg.“ den Chefredakteur der „M. Post“, Ad. Müller, mit einem Verbrecher verglichen. Da sei es Zeit gewesen, mit dem Blatt Abrechnung zu halten.

Dr. v. Bärklin, der eigentliche Besitzer der „Allg. Ztg.“, erklärt, daß er dem Blatt auch laufende Zuschüsse gewährt. Dabei werde er von wohlhabenden Befürwortern unterstützt, deren Namen er aber nicht nennen werde. Ob diese mit dem Zentralverband deutscher Industrieller in Verbindung stehen, wisse er nicht. Die Möglichkeit bestreite er nicht. In dem Dienstvertrage mit Dr. Mohr sei festgelegt, daß die „Allg. Ztg.“ den Standpunkt der Mittelparteien teilen, aber den Anschluß an eine politische Partei vermeiden sollte. Sie habe alle Umsturzstrebungen zu bekämpfen, maßvollen sozialpolitischen Forderungen dagegen Unterstützung zu verleihen. Eine andere Direktive habe Dr. Mohr nicht erhalten.

Die Namen seiner Freunde zu nennen, die sich an der Subvention der „Allg. Ztg.“ beteiligen, weigert sich Dr. v. Bärklin entschieden, ebenso verweigert er die Auskunft auf die Frage, an welchen industriellen Unternehmungen er selbst beteiligt ist.

Der Verteidiger des Beklagten spricht seine Verwunderung aus, daß man sich gegen diese Frage sperre. Wenn das unangenehm sei, hätte man eben nicht klagen sollen.

Redakteur Gruber erwidert sich zu betheiligen, daß der Feuilletonredakteur der „Allg. Ztg.“ die Rezension eines Konzertes von der Aufgabe eines Inserates abhängig gemacht habe. Der hierfür geladene Zeuge kann jedoch eines Krankheitsfalles wegen nicht erscheinen.

Feuilletonredakteur der „Allg. Ztg.“, Herr v. Menzi, kam sich an den in Rede stehenden Fall nicht erinnern, gibt aber der merkwürdigen Ansicht Ausdruck, daß die „Allg. Ztg.“ nicht ein Konzert besprechen könne, wenn es nicht zuvor den Lesern des Blattes durch ein Inserat angekündigt worden sei!

Daß sich die „Allg. Ztg.“ der bayerischen Regierung gegen eine Jahressubvention von 80000 Mark angeboten habe, wird von dem Kläger entschieden bestritten. Dr. v. Bärklin erklärt, er würde dazu nie seine Genehmigung geben. Auf die Frage, ob es richtig sei, daß die „Allg. Ztg.“ am 1. Juni 1.3. eingehen sollte und daß ihr Bestand zur Zeit nur bis 1. Januar 1906 gesichert sei, verweigert Bärklin die Auskunft, da dies eine interne Geschäftsangelegenheit des Blattes sei.

Abg. Dr. Heim: In dem Finanzanschau der Abgeordnetenkammer sei jetzt darüber verhandelt worden, daß die „Allg. Ztg.“ den Bahnhofsrestaurateuren und den anderen Staatsbehörden amtlich zum Abonnement empfohlen würde. Daraus könne man auf ein besonderes Verhältnis zur Regierung schließen, denn eine ähnliche Bevorzugung sei sonst keinem anderen Blatt zuteil geworden. Daß die „Allgemeine“ Organ des Grafen Crellheim sei, sei allgemeine Auffassung. In Arbeiterfragen treibe sie, das sage er als konservativer Politiker, Scharfmacher der ärgsten Art. Professor Brentano habe sie in verwerflicher Art demüthigt. Als bezahltes und ausgehathenes Organ habe man sie in politischen Kreisen immer angesehen.

Chefredakteur Sieberg des (ultr.) „Bayr. Kurier“ hat erfahren, daß die „Allg. Ztg.“ an das Ministerium Podewils wiederholt Annäherungsversuche machte und der Regierung gegen einen jährlichen Zuschuß von 125000 M. ihre Spalten zur Verfügung stellte. Podewils soll sich dazu geäußert haben, mit einem solchen Heftblatt wolle er nichts zu tun haben.

Der Kläger bestreitet die Richtigkeit dieser Behauptungen und bittet um Vorladung des Ministerpräsidenten.

Chefredakteur Schel der „Freistatt“ findet, die schroffe Haltung der „Allg. Ztg.“ gegenüber den Arbeitern sei mit einem liberalen Standpunkt nicht vereinbar. Diese Ansicht werde von liberalen Berufspolitikern geteilt. Die Angriffe auf Brentano hätten in den Kreisen, in denen Zeuge verhehrt, Entrüstung erregt, ebenso bei auswärtigen Hochschulprofessoren.

Ein Münchener Korrespondenzbureau hatte i. St. der „Allg. Ztg.“ eine Nachricht über einen Streik in Nürnberg geliefert, in der die Zahl der Streikenden zu hoch angegeben war. Außerdem war darin behauptet, die betreffende Firma suche Streikbrecher anzuwerben. Dem Inhaber dieser Korrespondenz ist vom Handelsredakteur der „Allg. Ztg.“ geschrieben worden, nach erhaltenen Mitteilungen sei die Nachricht nicht richtig und es sei gar nicht abzusehen, welcher geschäftliche Schaden der „Allg. Ztg.“ dadurch entstehen könne!

Handelsredakteur Barth will eine Schadenersatzklage der Nürnberger Firma befrachten haben! Die Rücksicht auf Inserate habe ihn nicht veranlaßt, den Brief zu schreiben.

Bei der Beweisaufnahme kam es nun zu der Frage, wie hoch die Auflage der „Allg. Zeitung“ ist und ob Dr. v. Bärklin verpflichtet ist, anzugeben, wer seine Freunde sind, die mit ihm die Subvention für das Blatt aufbringen. Redakteur Gruber stellte speziell die Frage, ob es richtig sei, daß die Auflage nur 3000 betrage, wovon kaum die Hälfte an zahlende Abonnenten gehe. Gegen diese Fragestellung wehrten sich Dr. Mohr und insbesondere Dr. v. Bärklin mit verdächtigem Eifer.

Auf wiederholte Anregung des Vorsitzenden, der die Verhandlung übrigens mit musterhafter Objektivität leitete, kam schließlich nach längeren Verhandlungen folgender Vergleich zustande:

1. Auf Grund der Beweiserhebung werden die aus der finanziellen Fundierung der „A. Z.“ gegen den Privatkläger und das genannte Blatt abgeleiteten Forderungen als unbegründet zurückgenommen. Insbesondere gilt das von jenen Forderungen, in denen der Vorwurf der Abhängigkeit gegen die „Allg. Ztg.“ erhoben wurde.

2. Der Privatkläger trägt die Kosten des Verfahrens und die dem Kläger erwachsenen notwendigen Auslagen.

3. Der Vergleich wird auf Kosten des Beklagten in der „Allg. Ztg.“, dem „Bayr. Kurier“, der „M. Post“ und dem „Vorwärts“ bekanntgegeben.

4. Privatklage und Strafantrag werden zurückgezogen.

#### Verfassungsrevision in Württemberg.

Stuttgart, 16. Juni 1905. (Privatdepesche des „Vorwärts“).

Der heute veröffentlichte Motivenbericht zur Verfassungsreform läßt keinen Zweifel daran, daß der Entwurf nicht von der Absicht der Demokratisierung der Verfassung, sondern, wie es in den Motiven ausdrücklich heißt, von der Sorge um die Wahrung der berechtigten konservativen Interessen diktiert wurde. Die Motive verweisen darauf, daß die Erste Kammer im Aussterben begriffen sei. Von 55 Mitgliedern bei ihrer Schaffung ist die Zahl heute auf 29 herabgesunken und allein seit 1897 sind drei zur Gesetzgebung berufene Gesellschafter ausgestorben. „Je mehr nun“, so heißt es weiter, „den breiten Volkswahlen die Möglichkeit gegeben wird, bei den Wahlen ihren Einfluß zur Geltung zu bringen, desto wichtiger ist es, daß das maßgebende Element der Ersten Kammer einen lebendigen Körper bildet.“

Die liberale württembergische Presse äußert sich durchaus günstig über den Entwurf, abgesehen von kleinen Ausstellungen. Am begeistertsten sind natürlich die Nationalliberalen, während der völkereparatistische „Beobachter“ sich noch berückelt zielt. Scharfe Kampfstellung gegen den Entwurf nimmt nur die Schwäbische „Tagwacht“ ein, die mit Recht den liberalen Parteien die Schuld gibt, daß die Vorlage eine solche Gestalt erhalten hat.

Das Zentrumsblatt schweigt. Herr Gröber will seine Karten nicht vorzeitig aufdecken. Ebenso schweigsam ist das Zentrumsblatt über den penitenten Zustand der Landtags- und Reichstagswahl in Wangen, einem durchweg sicheren Zentrumsbezirk, wo der offizielle Kandidat des Zentrums gegen einen wilden Kandidaten, der ebenfalls auf das Programm des Zentrums gestellt wurde, durchgefallen ist. Dafür höhnt Herr Gröbers Organ weidlich über den liberalen Zusammenbruch in Ehlingen.

Für die Vorarbeiten zur Herstellung eines Großschiffahrtsweges auf dem Neckar bewilligte der Landtag heute 500000 Mark. In der ausgedehnten Debatte sprach sich Genosse Koch für die Bewilligung aus, äußerte aber Bedenken wegen der Möglichkeit der Schiffbarmachung des Neckars, die auch von anderer Seite geteilt wurden. Von mehreren Rednern wurde scharf gegen die von Breußen beabsichtigte, der Neckarverfassung widerstrebende Einführung von Schiffahrtsteuern auf dem Rhein Stellung genommen.

Der Minister des Innern wiederholte seine bereits früher einmal abgegebene Erklärung, daß er die Auffassung dieser Redner teile.

Für eine Resolution, die der Regierung aufträgt, gegen diese Bestrebungen Stellung zu nehmen, stimmten sämtliche anwesenden 56 Abgeordneten, doch muß die Abstimmung morgen wiederholt werden, da sechzig Stimmen zur Beschlußfähigkeit erforderlich sind.

**Südwestafrika.** Ein Telegramm aus Windhuk meldet: In Tzupus gestorben: Gefreiter Ernst Dieg, geboren 17. 1. 79 zu Altenburg, früher im Dragoner-Regiment Nr. 18, am 12. Juni dieses Jahres in der Krankensammelstelle Karubas, Keiser Wilhelm-Main, geboren 2. 2. 82 zu Hördebeck, früher im Infanterie-Regiment Nr. 49, am 11. Juni dieses Jahres im Lazarett Kalkfontein.

#### Ausland.

##### Generalstreik der Ingenieure.

Moskau, 15. Juni. Hier fand heute eine von 200 Personen besuchte Ingenieurkonferenz statt. Die Teilnehmer an derselben beschloßen, sich auf das erste Signal dem zu politischem Zwecke veranstaltenden allgemeinen Aufstande anzuschließen, durch den das wirtschaftliche und insbesondere das industrielle Leben des Landes zum gänzlichen Stillstande werden soll.

#### Schweiz.

##### Aus der Bundesversammlung.

Bern, 13. Juni. (Sig. Ber.) Der Nationalrat widmete die erste Sitzungswocche der Beratung des neuen schweizerischen Zivilgesetzbuches, dessen Schaffung durch die schweizerische Revision der Bundesversammlung im Jahre 1898 vorbereitet wurde. Der Entwurf ist vom Bundesrat in zwei umfangreichen Teilen vorgelegt worden. Der erste umfaßt das Personen-, Familien-, Erb- und Sachenrecht, das in 1015 Artikeln geregelt ist; der zweite Teil umfaßt das Obligationenrecht und die Liebergangsbestimmungen mit weiteren 812 Artikeln, so daß das ganze Gesetz nach der Vorlage 1827 Artikel umfassen wird. Beiden Teilen ist eine umfangreiche Begründung beigegeben. Die Kommission des Nationalrats hat die Abschnitte betreffend das Personen-, Familien- und Erbrecht vorbereitet und darüber ist in der verflochtenen Sitzungswocche beraten worden; in der dritten Wocche sollen die beglücklichen Beratungen fortgesetzt werden.

Durch das neue Gesetz sollen die 25 Privatrechte der Kantone kodifiziert, also ein einheitliches schweizerisches Zivilrecht geschaffen werden. Der Verfasser des Entwurfes, der Berner Universitätsprofessor Dr. Huber, der dem Nationalrat als Mitglied angehört, beleuchtete in der ersten Sitzung die Vorlage durch eine längere Rede. Aus den weitestgehenden Verhandlungen und Beschlüssen seien nur einige beachtenswerte Einzelheiten hervorgehoben. Zum „Schutze der Persönlichkeit“ ist aus dem Obligationenrecht der berühmte Artikel 55 herübergenommen worden, der sich bisher als der Salven für die Pressefreiheit erwies. Jeder Lump, an dem die Presse Artikel läßt, machte sich diesen Artikel zunutze und klagte auf Schadenersatz von 500, 1000, 2000, 20000 Fr. usw. Darunter litt am meisten die sozialdemokratische Presse. Hat doch vom Züricher „Vollrecht“ ein Gastwirt, der verbotene Würste verarbeitete, was unser Parteiblatt an die Öffentlichkeit brachte, nicht weniger als 20000 Fr. Schadenersatz verlangt. Die Sachlage war aber so, daß er abgewiesen werden mußte; in vielen anderen Fällen erfolgten jedoch Verurteilungen. Der konservativ-abgeordnete Dürrenmatt verurteilte den Artikel zugunsten der Pressefreiheit abzuschwächen, aber leider ohne Erfolg. Nach dem bestehenden Recht ist das heiratfähige Alter auf das 18. Lebensjahr für das männliche und auf das 16. für das weibliche Geschlecht festgesetzt; der Nationalrat bestimmte nun das 20. resp. das 18. Lebensjahr, während der ursprüngliche Entwurf das 17. vorgesehen hatte. Dafür trat auch unser Genosse Crellheim ein, allein die „alten Herren“, die die Gesetze machen, drückten das 18. Lebensjahr durch. Als Konzeption an die Ultramontanen wird neben der Ehebindung auch die Trennung eingeführt. Erfolgreich blieb der ultramontane Versuch, die Ehe der des Ehebruchs schuldigen und deshalb von ihren hintergelassenen Ehegatten geschiedenen Personen zu verbieten.

Der Ständerat behandelte die Geschäftsberichte der bundesrätlichen Departements. Bundesrat Deucher gab dabei in Sachen der Revision des Fabrikgesetzes die Erklärung ab, daß der von den Fabrikinspektoren ausgearbeitete Revisionsentwurf erst nach einer Expertenkommission, die der Bundesrat ernannt, vorberaten und dann veröffentlicht werden wird. Diese Kommission wird im September oder Oktober ihre Sitzungen abhalten. Ferner ist auf Ende dieses Jahres die Einbringung eines Krankenversicherungs-gesetzes in der Bundesversammlung in Aussicht gestellt.

## Die Union der Sozialdemokratie.

Der Vollziehungsausschuss des schwedischen sozialdemokratischen Parteivorstandes hat folgenden Aufruf erlassen, der bereits in unseren Privattelegrammen erwähnt worden ist:

An das arbeitende Volk Schwedens!

In den kritischen Zeiten, die wir nun erleben, ist es mehr als je notwendig, daß die schwedische Arbeiterklasse sich der Situation gewachsen zeigt.

Von ihrer zugleich ruhigen und festen Haltung kann die Gestaltung des Schicksals unseres Volkes auf Jahrzehnte hinaus abhängen.

Das norwegische Volk, dessen Wille in einem einheitlichen auf Grund des allgemeinen Wahlrechts gewähltem Storting zusammengefaßt ist, hat vor kurzem beschlossen, aus der Union auszutreten und im Zusammenhange damit einen neuen Staatsoberhaupt die Stelle des schwedischen Königs zu setzen. Der schwedische König und seine Regierung haben sich geweigert, die Maßnahmen des norwegischen Volkes anzuerkennen und übereilt einen außerordentlichen Reichstag einberufen.

Das arbeitende Volk Schwedens hat bis hierher einmütig zu der Lösung: Gerechtigkeit für Norwegen! Friede mit Norwegen! gestanden.

Norwegen hat nun selbst das Band der Vereinigung zerschnitten. Gegen Norwegens Willen eigenmächtig auf eine Zwangsunion zu beharren, wäre ebenso töricht und unrechtmäßig. Unsere alte Forderung, Gerechtigkeit für Norwegen führt unter dieser neuen Situation ganz einfach hierzu: Erkennen wir ohne Vorbehalt das Selbstbestimmungsrecht des norwegischen Volkes über sein eigenes Schicksal an! Keine Einmischung, keine Bevormundung, nur eine ehrliche und ruhige Scheidung dessen, was bisher gemeinsam war.

Erst wenn wir ohne Umschweife unseres früheren Unionsbruders volle Selbstständigkeit anerkennen, haben wir auch volle Sicherheit für die Erfüllung unserer anderen großen Forderung, die nun mehr als je aktuell ist: Friede mit Norwegen!

Schon haben sich öffentlich Stimmen zu erheben gewagt für eines Bruderkriegs verbrecherische Schändlichkeit und Torheit. Der Schwund des Nationalismus hat tatsächlich größere Teile der schwedischen Oberklasse ergriffen. Aufstrebende und herausfordernde Stimmen sprechen einem einigen Volk sein Recht zu freier nationaler Existenz ab; die Unionsauflösung wird als eine Verschlimpfung Schwedens hingestellt und großschwedische Kurapatrionen mißbrauchen zu ihren Zwecken das natürliche Mißgefühl mit dem alten Norwegen. Man sucht den Schein zu wahren, daß ein einiges Schweden hinter seinen und seiner Ratgeber Protesten gegen die neue Ordnung der Dinge in Norwegen stehe.

Gegen diesen neuauftretenden Königegefangenpatriotismus, der selbst nicht weiß, was er will, aber mit seinen unbedenklichen Auswüchsen den Frieden auf unserer Halbinsel aufs Spiel setzen oder zu ausländischer Einmischung verlocken kann, ist es an der Zeit, daß das schwedische Volk seine eigene Stimme erhebt.

Wohl versammelt sich in einigen Tagen der Reichstag, aber nicht wie in Norwegen eine auf das allgemeine Wahlrecht gegründete Nationalversammlung, sondern im Gegenteil zwei privilegierte Kammern, die beide neuerdings dem schwedischen Volke ein ehrliches, allgemeines Wahlrecht verweigert haben. Es ist mehr zu wünschen als zu erwarten, daß die schwedische Volkswirtschaftliche Meinung über die Staatsumwälzung in Norwegen und ihre Konsequenzen in den Beratungen und Beschlüssen des kommenden außerordentlichen Reichstages volltönend zum Ausdruck kommt.

Aber das Volk, dessen große Mehrheit in unserem Lande als noch nicht reif zum Wählen erachtet wird, hat doch noch das Recht, in Versammlungen und bei Demonstrationen frei und klar seine Meinung zu sagen. Gegen die Auslassungen der Arbeiterpresse hat man seitens der Oberklasse bereits an die Meinung der tiefen Volksschichten appelliert. Möge diese also frei und deutlich und ohne Umschweife hervortreten! Wir schlagen keine Resolution vor; jede Versammlung möge selbst sagen, was sie für gut befindet: ob Schwedens Staatsmächte nun ein freies Norwegen anerkennen sollen oder nicht, ob wir den Frieden erhalten und ein Einvernehmen suchen sollen oder nicht.

Mögen nun so schnell wie möglich die Volksversammlungen das Wort nehmen und Zeugnis ablegen von der wirklichen Volksmeinung in unserem Lande. Doch — gerade in diesen Tagen haben diejenigen, die die Macht in Händen haben, uns von neuem eingepreßt, daß wir nicht ein Volk sind, sondern „zwei Nationen“: die Welt der Reichen und die der Armen, die feindlichen Heerlager des Kapitals und der Arbeit. Mit verachtungsvoller Zurückweisung jedes Vermittelungsverschlages hat Schwedens Werkstatteinrichtung unsere größte Industrie lahmgelegt, ein ganzes Arbeiterheer von 18 000 Mann in Arbeitslosigkeit geschleudert, weil diese Arbeiter sich nicht auf Gnade und Ungnade ergeben und nicht anerkennen wollten, daß das Kapital allein die Arbeitsbedingungen diktiert. Diese Kapitalistenklasse, die so wirtschaftet, kommt nicht zu unseren Volksversammlungen; ihre Gesinnung und Meinungen werden wohl treu wiedergegeben von den servilen Lakaien, die sich in diesen Tagen so bemerkbar machen.

Aber an Schwedens arbeitendes Volk ergeht unser Ruf: Vorwärts, um Euer freies Wort in die Waagschale zu werfen, nun zum außerordentlichen Reichstag zu den vielleicht wichtigsten Beschlüssen, die seit Generationen gefaßt worden sind — das kann notwendig sein!

Mögen die Versammlungen, die, wie wir erwarten, die Arbeiterkommunen überall veranstalten, geprägt sein von dem Ernst, dem Verantwortlichkeitsgefühl, das der Bedeutung der Sache entspricht. Möge der feste Schritt der Arbeiterdemonstration im ganzen Lande den verantwortungslosen Schreibhais der herrschenden Klasse zeigen, daß die umgekehrte Mehrheit des schwedischen Volkes von seiner Staatsmacht eine aufgeklärte und vernünftige Politik verlangt in Uebereinstimmung mit der allen Völkern gleich verbindlichen Forderung der Gerechtigkeit und Freiheit, und daß das schwedische Volk unter keinen Umständen, noch unter irgend welchen Vorwänden von seiner Lösung: Gerechtigkeit und Friede lassen wird.

## Aus der Partei.

Mit dem Organisationsrat beschäftigte sich eine Parteiversammlung für Dresden-Lititzsch. Die Debatte, aus der keine Einzelheiten mitgeteilt werden, ergab prinzipielles Einverständnis mit dem vorgelegten Entwurf. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Die Agitationskommission für den Wahlkreis Ludenwalde - Jüterbog unterbreitet auf Grund eines ihr von einer Kreisversammlung erteilten Auftrages den Parteigenossen des Kreises den Entwurf zum Organisationsstatut für einen Kreis-Wahlverein zur Diskussion.

Der Genosse Leonhard Tauscher in Stuttgart feierte das Jubiläum fünfzigjähriger Berufstätigkeit. Die Parteigenossen veranstalteten aus diesem Anlaß eine Ehrung des Jubilars durch Ständchen und Ansprachen, wobei ihm Geschenke überreicht wurden. Außerdem wird noch eine allgemeine Feier im Gewerkschaftshause abgehalten werden.

## Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Je 120 M. Geldstrafe verhängte das Schöffengericht in Reustadt (Herzogtum Koburg) über zwei Redakteure. Die „Brauerzeitung“, das Organ des Deutschen Brauerverbandes, hatte in einem Artikel die Arbeitsverhältnisse in einer Brauerei besprochen, und das „Vollblatt“ für Koburg-Gotha hatte diesen Artikel abgedruckt. Trotzdem bis auf wenige Kleinigkeiten der Wahrheitsbeweis erbracht wurde, wurde der Redakteur der „Brauerzeitung“, Genosse Erich Hammer und der das „Vollblatt“ verantwortliche zeichnende Genosse Spengler-Gotha zu der genannten Strafe verurteilt. Den Prozeß führte ein junger Assessor, der allem Anschein nach preussische Auffassung von der Pressefreiheit besitzt.

## Aus Industrie und Handel.

Die Härten des Einwanderungsgesetzes in — Australien mißbilligt der „Hamburgische Correspondent“, das Organ der Grobreeber, aus Anlaß eines Falles, der aus Hobart in Tasmanien gemeldet wird. Ein Fabrikant aus Glasgow, der als Salonpassagier mit seiner Tochter auf einer Weltreise begriffen ist und bei dieser Gelegenheit auch Australien besuchen wollte, wurde in Hobart von dem Zollbeamten am Landen verhindert, weil er blind ist. Daß der Fabrikant gar nicht die Absicht hatte, einzuwandern, ging daraus hervor, daß er ein durchgehendes Visé über Australien nach Amerika besaß. Die abgewiesenen Reisenden setzten ihre Reise nach Melbourne fort, ohne sich auf weitere Verhandlungen einzulassen. Mr. Reid, der Premierminister des überlitterten Australiens, soll über das Verhalten des Beamten äußerst empört sein. Er bezeichnet den Beamten als „riefigen Esel“, der seinen Dienst nicht versteht. Der Beamte stützt sich seinerseits darauf, daß ein Blinder nicht zugelassen werden dürfe, „weil er dem Staat zur Last fallen könnte“.

Die bürgerliche Presse verpufft ihre Energie gern in der Kritik von Schäden und Mängeln, die sie im Ausland zu erblicken vermeint, sie bleibt aber stumm und taub gegenüber den schwersten Gebrechen und Mißständen im eigenen Lande. Das Hamburger Blatt für Arbeiterinteressen hat geschwiegen gegenüber der schmachvollen Behandlung und Ausbeutung der russischen Auswanderer in Preußen, die sich nicht auf Geheiß, sondern auf „sanitätspolizeiliche“ Verfügungen und Dividendenverlangen der Hamburg-Amerika-Linie stützen. Man ist freimütig und kritikfähig gegen Australien, man schweigt in allen Sprachen — für Dänien.

In der Seifenindustrie war im Jahre 1904 der Konkurrenzkampf womöglich noch härter als früher. Die unlohnenden Preisverhältnisse führten in erhöhtem Maße dazu, die Fabrikationsmethoden zum Zwecke der Herabminderung der Produktionskosten gänzlich umzugestalten. Man lernte einerseits den einen Komponenten der Seife, das Glycerin, in reiner Qualität abzuscheiden, andererseits aber auch den anderen dabei erhaltenen Bestandteil, die Fettsäure statt mit Nagnatron mit dem billigeren löslichen sauren Kalium verseifen. Die Fabrikanten nun, die Fettsäure und Karbonatverarbeitung in ihren Betrieben einführten, waren in der Lage, ihre Fabrikate zu Preisen anzubieten, die für andere Betriebe geradezu verunsichernd gewesen wären. Die Seifenpreise gingen im Großhandel um etwa 2 M. pro Zentner zurück. Eine allgemeine Verbreitung der Fettsäure in der Seifenindustrie wird einwirken noch durch die hohen Anschaffungskosten und die überaus rasche Abnutzung der zu dem neuen Verfahren nötigen Apparate gehenmt. Auch in der Seifenindustrie führt der Kleinbetrieb einen schweren aber aussichtslosen Kampf gegen den überlegenen Großbetrieb.

Der Drahtstiftverband angefaßt. Wie die „Köln. Ztg.“ meldet, ist der Drahtstiftverband zum 1. Juli d. J. aufgelöst worden. Die Ursache des Scheiterns der Erneuerung war die Sonderforderung eines südwestdeutschen Walzwerkes, das mit mehreren Stiffabriken eine Interessengemeinschaft geschlossen und dafür erhöhte Beihilfengemengen gefordert hatte. Der „M.-Weiß. Ztg.“ zufolge bleiben trotz der Auflösung die größeren Werke Rheinlands, Westfalens und Oberschlesiens (Oberschlesische Eisenindustrie) zusammen. Dies war bereits vorgesehen, falls der Zusammenschluß aller Werke scheitern sollte. Die beabsichtigte Neugründung des Verbandes scheiterte an den Mehr- und Sonderforderungen der Firma Gebr. Stumm zugunsten ihrer Interessengemeinschaft mit den Firmen Friedr. Voedner in Augustenthal und Roth, Heß und Schwinn in Tschheim.

Das Kapital rüft für den Frieden. Einer Brüsseler Meldung zufolge stellte das belgisch-französische Russenkontingent der russischen Regierung für den Fall des Friedensschlusses die nötigen Kapitalien zur Zahlung einer Kriegsschuldung sowie zur Errichtung einer neuen Flotte zur Verfügung. Dagegen habe es jeden Beistand zur Fortführung des Krieges entschieden abgelehnt.

Sehr erhebliche Anträge an deutsche Lokomotivfabriken sind in den letzten Tagen, wie das „V. Z.“ mitteilt, aus Südamerika und Asien erteilt worden. Es handelt sich um Objekte im Werte von ca. 12 Millionen Mark. Beteiligt sind daran die Firmen Henschel u. Sohn, Eggestorf in Hannover, Vortig und Schwarzkopff in Verlin. Die Ablieferungen haben bis Ende des Jahres zu erfolgen.

## Aus der Frauenbewegung.

### Die deutschen Lehrerinnen

waren in den Pfingsttagen zu einem Berufskongress in Bremen versammelt. Auch diesmal ist wieder wie schon öfter die Erscheinung zutage getreten, daß die weibliche Lehrerschaft Deutschlands in mancher Hinsicht fortschrittlicher und radikaler veranlagt ist, als ihre männliche Kollegenschaft. Das rührt daher, daß die Lehrerinnen außer mit der mangelhaften Besoldung, in der sie noch weit hinter den Lehrern zurückstehen, auch noch mit dem alten Vorurteil gegen die Gleichberechtigung der Frau zu kämpfen haben. Gerade gegenwärtig befinden sich die Lehrerinnen in einer gewissen Kampfsituation gegenüber den Volksschullehrern, weil diese auf der im nächsten Jahre in München stattfindenden deutschen Lehrerversammlung die Lehrerinnenfrage erörtern wollen. Die Lehrerinnen vermuten dahinter Konkurrenzneid der männlichen Kollegen. Man war in Bremen darum hoch erfreut — und mit Recht —, als der Vorsitzende des bremischen Lehrervereins in einer Begrüßungsansprache seine persönliche Auffassung dahin formuliert, daß Lehrer und Lehrerinnen bei gleicher Vorbildung auch gleiche Rechte, gleiche Pflichten und gleiches Entgelt haben müßten. Gerade die letztere Forderung ist von Bedeutung. Wenn heute manchem Lehrer ein banges Herzschloß besaß angesichts des rapiden Anwachsens des weiblichen Elements in der Lehrerschaft, so ist diese Erscheinung in erster Linie auch hier auf die größere Billigkeit der weiblichen Arbeitskraft zurückzuführen.

Der Lehrerinnentag behandelte in den drei öffentlichen Versammlungen zunächst die Gründe, aus denen für Mädchenschulen weibliche Leitung vorzuziehen ist, ferner die Notwendigkeit sozialwissenschaftlicher Bildung für Lehrerinnen und endlich die Stellung und die Aufgaben der Naturwissenschaftlichen im Unterrichte der Mädchen. Alle drei Referate legten von dem wissenschaftlichen Eifer und dem Berufsernst der Lehrerinnen bereites Zeugnis ab, und in den anregend und lebhaft geführten Diskussionen kam gleichfalls das rege Interesse der Lehrerinnen am Ausbau der Schule und an der eigenen geistigen Erhebung zum Ausdruck. Es ist natürlich, daß die Lehrerinnen mit Entschiedenheit weibliche Leitung für Mädchenschulen verlangten, aber man ging doch nicht so weit, männliche Leitung überhaupt zu verneinen. Nur bei gleicher pädagogischer Tätigkeit eines männlichen und eines weiblichen Lehrers soll der weibliche bevorzugt werden. In bezug auf den naturwissenschaftlichen Unterricht wurde verlangt, daß er sowohl in höheren Mädchenschulen als auch besonders in den Volksschulen eine wesentliche Ausgestaltung erfahren müsse. Scharf wurde der „praktische“ Zweck der Naturwissenschaftlichen abgelehnt, soweit er u. a. nur als Vorstufe für Koch- und Haushaltungskunst dienen soll. Natürlich hat man nichts dagegen, daß die naturwissenschaftlichen Kenntnisse später im praktischen Leben Verwendung finden sollen, nicht aber soll der Unterricht von vornherein auf diesen engen Zweck zugeschnitten werden, eine Forderung, der man nur zustimmen kann. Auch die Forderung, daß die biologischen Gesichtspunkte im naturwissenschaftlichen Unterrichte ihre hinreichende Berücksichtigung finden sollen, daß ferner der Unterricht so gestaltet werden müsse, daß er das Verständnis der Naturgesetze ermögliche, kann man nur billigen.

Am interessantesten war die Frage der sozialwissenschaftlichen Bildung der Lehrerinnen. Die Referentin wies auf die enge Zusammengehörigkeit von Bildung und Gemeinschaft hin, sie betonte die hohe Bedeutung der Sozialwissenschaften, insbesondere der Nationalökonomie für das Verständnis des sozialen Zusammenlebens,

sie skizzierte in kurzen prägnanten Strichen das Wesen der modernen Sozialpädagogik und leitete aus alledem die Forderung ab, daß Lehrer und Lehrerinnen im Interesse ihres Berufs eine gründliche sozialwissenschaftliche Bildung haben müssen.

Auch die Diskussion bewegte sich in demselben Rahmen. Eine Rednerin wollte sogar die Zeitfrage der Referentin noch erweitern durch Hinzufügung der Forderung, daß die Lehrerinnen neben der theoretischen sozialwissenschaftlichen Bildung sich auch praktisch betätigen möchten, und zwar durch Anschluß an die Arbeiterorganisationen. Die Forderung fand lebhaften Beifall, wenn sie auch aus formellen Gründen in der Resolution keinen Platz finden konnte. Es würde sich übrigens empfehlen, wenn die betreffende Lehrerin, die diese Forderung aufstellte, das bekannte Fräulein Wischniewska-Spanbau, erst selbst einmal engeren geistigen Anschluß an die eigentlichen Arbeiterorganisationen suchte. Denn charakteristischerweise war es daselbst Fräulein Wischniewska, das bei einer Lobfahrt nach Besichtigung des Kongresses ein Hoch auf die deutsche Flotte ausbrachte und die Lehrerinnen aufforderte, den Kindern den Sinn für die Flotte ins Herz zu pflanzen. Das ist gerade der richtige Weg, um Fühlung mit den Arbeitern zu gewinnen! —

## Gewerkchaftliches.

### Militär gegen Ausgesperrte.

Unsere Gegner besitzen in allen die Arbeiterbewegung betreffenden Angelegenheiten eine köstliche Naivität, die selbst in ernsthaften Situationen den Arbeitern noch manchmal eine fröhliche Stunde zu bereiten geeignet ist. So tolle Phantasien, wie die jüngst der Lächerlichkeit preisgegebene, daß der sozialdemokratische Parteivorstand in Berlin die Bergarbeiter kommandiere, daß er Streiks befehle u., würden nie das Licht der Öffentlichkeit erblicken, wenn die Urheber solcher Ideen nicht auf andächtige Gläubige in bürgerlichen Kreisen rechnen könnten.

Wie über die Ursachen der wirtschaftlichen Kämpfe die wunderlichsten Ansichten in den Köpfen der Arbeitergegner herrschen, so greift man auch zu den sonderbarsten Kampfmitteln. Wie wunderbar sich in den Köpfen der Herrschenden die proletarische Welt malt, geht aus dem Vorgehen der Militärkommandostellen in Nürnberg hervor, die angesichts der bevorstehenden und teilweise schon durchgeführten allgemeinen Metallarbeiter-Ausperrungen den hauernden Säbel und die schickende Plinte glauben mobil machen zu müssen, wahrscheinlich auf Betreiben der Oberscharmacher des Metallindustriellen-Verbandes. Man befürchtet anscheinend, daß durch die Aussperrung Unruhen entstehen, deshalb wurde das Militär für den „Erschall“ eingehend instruiert und ein detaillierter „Feldzugsplan“ aufgestellt. Jeder Mann und jede Kompanie weiß bereits, wo sie sich als Retter des Vaterlandes zu betätigen haben. Dabei hat das bisherige Verhalten der Streikenden und Ausgesperrten noch nicht den leisesten Anlaß zu einer solchen Maßregel gegeben; die bisher bei jeder Gelegenheit beobachtete musterhafte Ordnung nötigt selbst den Gegnern Achtung ab.

Der Vorfall illustriert aber auch neu die alte Erfahrung, daß im Kampfe gegen die Arbeiterschaft dem Unternehmertum auch alle Nachtmittel des Klassenstaates zur Verfügung stehen!

### Berlin und Umgegend.

Tarifstreit der Unternehmer. Die Kleber (Tapezierer) hatten am 15. Juni bei Bendt, Beuthstr. 19, eine gutbesuchte Branchenversammlung, um sich mit der Frage zu beschäftigen, mit welchen Mitteln den Versuch zum Durchbruch des Tarifs entgegen zu arbeiten sei. Weiss referierte. Eine Reihe von Arbeitgebern der Kleberbranche berufen, Gehältern zu niedrigeren Löhnen zu bekommen, als sie der Tarif vorsieht und nicht alle Kollegen haben soviel Maßstab gehabt, dies abzulehnen. — Die Versammlung stimmte dem zu, daß eine Kontrolle anzustellen sei, um Tariftüchtigkeiten zu begegnen. Es sollen, wie während des Streiks, Arbeitsberechtigungsarten ausgegeben werden, in die für den Zeitraum von je 14 Tagen eine Karte als Ausweis dafür eingeliefert wird, daß der Betreffende zu tariflichen Bedingungen bei einer Tariffirma arbeitet. Es wurde auch beschlossen, bis auf weiteres zwei Bankkontrollen einzustellen. Und schließlich wird man noch an die während des Streiks so gut betätigte Solidarität der übrigen Gewerkschaften appellieren, um die Kontrolle zu einer vollkommenen zu machen.

Ein Streik von Anwalts-Angeheilen. Im Betriebe des Rechtsanwalts Dr. Lippelt zu Panlow, Breitestr. 30b, haben die sämtlichen Bureauangestellten wegen unwürdiger Behandlung und sonstiger Differenzen die Arbeit niedergelegt. Der Betrieb des Rechtsanwalts Dr. Lippelt ist für die Bureauangestellten gesperrt.

Die Ausständigen der Berlin-Frankfurter Gummiwerke, Mühlenstraße 70/71, versammelten sich am Mittwochvormittag vollzählig, um den Situationsbericht, den Bruns gab, entgegen zu nehmen. Die Haltung der Streikenden ist eine musterghältige. Seitens der Streikposten ist der Anstand in keiner Weise verlegt worden. Die Firma läßt die acht ihr treugebliebenen „Damen“ jeden Morgen von einem bestimmten Sammelplatz abholen, was aber die Streikposten fast läßt. Es ist bisher recht minimal, was von den Posten gemeldet wird betreffs des Andranges Arbeitswilliger. Lautende haben im Laufe der Jahre teils persönlich, teils von Bekannten erfahren, welches Elend in der Mühlenstraße sich bietet. Selbst wirklich Bedürftige haben verzichtet auf das „Recht auf Arbeit“, als sie hörten, daß sie ganze 30 Pf. pro Stunde erhalten sollen. Auch die Sattler, Tapezierer, Schneider und Schuhmacher, an die man sich jetzt per Inserat verblümt wendet, werden sich versagen, ihre gesunden Glieder dem bestreiten Betriebe zu opfern; zu irgendwelcher Handwerker-Berufstätigkeit ist außerdem da keine Gelegenheit. Es handelt sich nur um Heranbildung von Streikbrechern. Bedauerlich ist nur, daß die in Gelsenhausen beschäftigten Gummiarbeiter sich herbeigelassen haben, durch Ueberstunden einen Teil der Ware für das Berliner Werk fertigzustellen; andernfalls hätten die Streikenden längst als Sieger ihren Einzug ins Werk gehalten.

### Zur Lohnbewegung der Friseurgehülfen.

Die Lohnkommission hat mit den Vertretern der freien Vereinigung selbständiger Barbiers u. beschlossen, daß sämtlichen Mitgliedern der Vereinigung nach Vorlegung ihres Mitgliedsbuches Plakate ausgeteilt werden. Die Ausgeteilung erfolgt täglich außer Sonnabends und Sonntags in der Zeit von 9—12 Uhr und 2—4 Uhr, Rosenthalerstr. 57.

### Die Lohnkommission. F. u. P. Lier.

Für die freie Vereinigung selbständiger Barbiers u. Friseurgehülfen, Bevollmächtigter der Fr. u. P. Lier u. F. Lier, die Mitglieder der freien Vereinigung werden ausnahmsweise am 17. d. M. in der Zeit von 8—10 Uhr vormittags die Plakate verausgabt.

Dem Vernehmen nach ist in verschiedenen Bezirksversammlungen der Zunft beschlossen worden, diejenigen Mitglieder, welche die Forderungen der Gehülfen bewilligen, auszuscheiden. — Die von Herrn Schulz, Jossenerstr. 20, an seinem Geschäftsort angebrachten Plakate, daß die Forderungen der Gehülfen bewilligt seien, rühren nicht von der Lohnkommission her. Auch ist bisher nichts von einer Bewilligung bekannt. Auf diese Anfragen hin teilt die Lohnkommission mit, daß Herr Kowalski, Langestr. 8, die Forderungen der Gehülfen bewilligt hat.

Der Streik der Bretterträger und Brettschneider Berlins ist beendet. Die Pläge der Firma Pöhlung u. C. W. Eger bleiben vorläufig für Organisierte gesperrt.

Deutsches Reich.

Der Zentralverband der Zimmerer Deutschlands, der rund 50 000 Mitglieder in 603 Zahlstellen umfaßt, hat auch in diesem Jahre ausgedehnte Lohnbewegungen zu führen. Im ersten Halbjahre 1905 hatten 227 Zahlstellen mit zusammen 21 361 Mitgliedern bei dem Zentralvorstande Lohnbewegungen gemeldet. In 131 Zahlstellen mit zusammen 10 164 Mitgliedern sind sie geregelt, und zwar in 121 Zahlstellen mit 15 021 Mitgliedern erfolgreich. In 86 Zahlstellen mit 1665 Mitgliedern ist eine Verärgerung der Arbeitszeit nebst Lohnhöhe erzielt worden und in 85 Zahlstellen mit 13 356 Mitgliedern eine Lohnhöhe. In 3 Zahlstellen mit 838 Mitgliedern wurde vereinbart, daß die geregelten Lohn- und Arbeitsbedingungen weiter bestehen bleiben, und in einer Zahlstelle mit 68 Mitgliedern tritt im nächsten Jahre eine Lohnhöhe ein. In 6 Zahlstellen mit 237 Mitgliedern verzichtet man auf die Durchführung der gestellten Forderungen.

Für 88 Zahlstellen mit 12 606 Mitgliedern sind die Lohn- und Arbeitsbedingungen vertraglich festgelegt; davon enthalten 26 Verträge Bestimmungen, wonach auch im nächsten Jahre der Lohn erhöht bzw. die Arbeitszeit vergrößert wird.

In 96 Zahlstellen mit 5197 Mitgliedern haben die Lohnbewegungen ihren Abschluß noch nicht gefunden. In 53 Zahlstellen mit 5198 Mitgliedern ist es zu Lohnkämpfen gekommen, und zwar in 39 Zahlstellen mit 4099 Mitgliedern zu Streiks und in 14 Zahlstellen mit 1099 Mitgliedern zu Aussperrungen. Die Verbandshauptkasse zahlte im ersten Halbjahre 1905 (bis zum 15. Juni) 98 750 M. an Streikunterstützung aus.

In der Eisengießerei W. Raud zu Neu-Ruppin hat am 10. Juni eine M a r k r e g e l u n g stattgefunden und haben sämtliche Formen die Arbeit niedergelegt. Es wird erlucht, Zugang fernzuhalten. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Zum Streik der Zigarettenarbeiter. In der am Dienstag im Trianon zu Dresden abgehaltenen Versammlung wurde beschlossen, den Streik mit allen Mitteln bis zum günstigen Ende zu führen. Dem Arbeitgeberverband gehören an Jasmagi, Tuma, Aros, Alexandria, Persia, Arabia, Delta, Laferme usw. Mit besonderer Freude wurde Kenntnis davon genommen, daß die Berliner, Forster und Kaffeler Arbeiter durch Nichtkaufen dieser Marken sich mit den Streikenden solidarisch erklärten.

Unter den bekannten großen Fabriken hat die Firma Rosmos die Löhne bewilligt und die Organisationsfreiheit genehmigt. Dies wurde mit Genugtuung zur Bekanntgabe gebracht. — Jasmagi hat einige Hundert Lehrlinge eingestellt und gewährt diesen freies Essen, Kaffee usw., nur damit diese nicht in den Verband gehen. Diese Firma hat laut General-Versammlungsbericht allein in Sachsen 1 1/2 Millionen Mark umgesetzt und sind davon mindestens 1/4 Millionen Mark von den Arbeitern gekauft worden. „Arbeiter, raucht keine Jasmagi!“ heißt in Dresden die Parole.

In Forst werden Eckstein 5 und Atila-Zigaretten boykottiert und durch die „Märkische Volkstimme“ bekannt gemacht. Auch viele Händler haben sich mit den Streikenden solidarisch erklärt und führen nur „streikfreie“ Marken.

Die bekannten Marken Atila, Eckstein 5 kosten den Händlern 1—2 Mark mehr wie bei anderen Fabriken, und konnten diese Firmen leicht den neuen Lohnsatz bewilligen.

Noch eine Massenausperrung in Sicht.

München, 15. Juni. (Eig. Ber.) Nun haben auch die Scharfmacher im Münchener Baugewerbe, wie schon telegraphisch gemeldet, für Freitag, den 26. Juni, eine allgemeine Aussperrung aller im Baugewerbe beschäftigten Arbeiter angedroht, sie wollen sich offenbar wütend an die Seite des bairischen Metallindustriellen-Verbandes stellen, der bekanntlich schon seit zwei Wochen in München allein nahezu an 3000 Metallarbeiter an ihrer freiwilligen Arbeit hindert und weitere 10 000 Metallarbeiter in Nürnberg und Augsburg auf das Straßenpflaster werfen will, wenn nicht die Münchener Metallarbeiter in Wälder zu den Fleischtöpfen der Schleifsteinwerke zurückkehren. Die Scharfmacher samt und sonders arbeiten offenbar nach einer Schablone und steuern scheinbar einem gleichen Ziele zu: der Retrümmerung der stets vorwärts schreitenden Arbeiterorganisationen! Der Arbeitgeberverband im Baugewerbe für München und Umgebung gibt heute in der bürgerlichen Presse folgenden Beschluß seiner „Vollversammlung“ bekannt:

„Die fortgesetzten absichtlich direkt und indirekt gegen ihre Mitglieder gerichteten Streiks im eigentlichen Baugewerbe sowie in dessen Hilfsberufen machen es den im Verbands der Arbeitgeber des Baugewerbes für München und Umgebung vereinigten Gruppen der Architekten, Bau-, Maurermeister, Kleingewerbetreibende und Zimmermeister unmöglich, einen geordneten Arbeitsbetrieb aufrecht zu erhalten.“

Die wohlgemeinten Versuche, mit den Maurern, Zimmerleuten und Bauhilfsarbeitern zu einem Tarifvertrage zu gelangen, ziehen sich in die Länge, ohne daß diese je als eine Art Waffenstillstand betrachtet wird.

Diese Verhandlungen müssen auch scheitern, da die Arbeitnehmer ebenso entschlossen scheinen, auf dem sogenannten Minimallohn zu bestehen, wie die Arbeitgeber, ihn abzulehnen.

Die genannten Gruppen von Arbeitgebern erklären deshalb, daß sämtliche ihnen angehörenden Firmen am Freitag, 23. Juni 1905, abends 6 Uhr, ihre Baustellen und Werkstätten schließen werden.

Reute, welche die Arbeit unter der bestehenden Arbeitsordnung fortsetzen wollen und schriftlich erklären, daß sie den das Gewerbe so unzeitgemäß beunruhigenden Organisationen nicht angehören, sie auch aus ihrem Verdienste nicht unterliegen wollen, werden auch nach der genannten Feiertage nach Möglichkeit Arbeitsgelegenheit erhalten.“

Was die Scharfmacher hier zur Begründung ihrer Gewaltmaßregeln ausführen, sind nichts weiter als Vorspiegelungen falscher Tatsachen. Im vorigen Jahre hat der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe mit dem Zentralverband der Maurer einen Vertrag abgeschlossen, in dem ein Mindeststundenlohn von 50 Pf. für vollwertige Maurer festgelegt war. Schon damals wurde seitens des Gewerbetreibers Dr. Freyer den beiden Parteien nahegelegt, noch vor Jahresfrist in Tarifverhandlungen einzutreten, um in friedlicher Weise zum Abschluß eines förmlichen Tarifvertrages zu kommen. Die Organisation der Maurer hat dem Arbeitgeberverband alsbald einen Entwurf vorgelegt, in dem 9 1/2 stündige Arbeitszeit, ein Stundenlohn von 55 Pfennige für Maurer und Zimmerer und 45 Pfennige für Bauarbeiter verlangt wurden. Die Scharfmacher lehnten es aber entgegen den Vereinbarungen vor dem Gewerbegericht ab, mit der Organisation zu verhandeln! Schließlich legte der Arbeitgeberverband den beteiligten Organisationen doch einen Entwurf vor, in dem das, was die Arbeiter im vorigen Jahre vertragmäßig schon hatten, so ziemlich alles ausgemergelt war. Zugleich stellten die Herrschaften das Verlangen, daß bei Differenzen in Zukunft nicht mehr das Gewerbegericht, sondern das Innungschiedsgericht als Einigungsamt zu fungieren habe, womit also das unparteiische Gewerbegericht ausgeschaltet werden sollte. In den folgenden Verhandlungen stellten sich die Arbeitgeber auf den Herrenstandpunkt und erklärten kategorisch, daß unter keinen Umständen in d e s l ö h n e z u g e b i l l i g t w e r d e n. Um einen folgenschweren Kampf zu vermeiden, erklärte sich die Organisation bereit, die 9 1/2 stündige Arbeitszeit für diesmal fallen zu lassen, wenn die Mindeststundenlöhne von 52, 50 und 38 Pf. akzeptiert würden. Auch dieses Entgegenkommen wurde schroff zurückgewiesen. Die Scharfmacher wollen also eine Verschlechterung der schon im vorigen Jahre vertragmäßig festgelegten Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Sie wollen es offenbar auf eine Machtprobe mit der Organisation der Arbeiter antommen lassen. Die hiesigen Maurer fühlen sich stark genug, um die dreifache Probolaktion mit Erfolg zurückzuweisen.

Russland.

Ein vollständiger Plan zur Bekämpfung der Streiks ist auf der Jahresversammlung des schweizerischen Gewerbevereins aufgestellt worden. Der Plan ist in die Form eines Reglements gebracht, dem das Streikreglement einer gewerkschaftlichen Organisation als Vorbild gedient hat, nur ist das, was hier über die Organisation und Durchführung von Streiks gesagt ist, dort auf den Kopf gestellt, um den Streik zu verunmöglichen bzw. seinen Erfolg zu vereiteln. Es sind zu diesem Zwecke Streikunterstützung der von der Arbeitseinstellung betroffenen Unternehmer und auch Aussperrung vorgesehen. Darüber hinaus wird ein eidgenössisches Gewerbegesetz angefordert, das die Erwerbs- und Arbeitsbedingungen regeln soll. Wie das gesehehen soll, wurde nicht gesagt. Der schweizerische Gewerbeverein ist der Zentralverband der Unternehmerorganisationen und er zählt 30 000 Mitglieder. Sein Vorgehen wird nicht ohne belebende Rückwirkung auf die Arbeiterschaft bleiben.

Die ortsüblichen Tagelöhne gewöhnlicher Tagearbeiter in Preußen 1892 und 1901.

In der Zeitschrift des Königlich preussischen Statistischen Bureau's 1904, IV veröffentlicht Herr Dr. Neuhaus umfangreiches Material unter obigen Titel. Leider sind die Ergebnisse äußerst minimal. Daß die von einer amtlichen Stelle ausgehende Arbeit einige statistische Fehler enthält, sei nur nebenher bemerkt. — In Ermangelung besseren Materials seien jedoch einige Daten mitgeteilt, die ein überaus charakteristisches Streiflicht auf die Lohnverhältnisse ungelerner Arbeiter werfen. Für den Staat betragen die durchschnittlichen ortsüblichen Tagelöhne gewöhnlicher Tagearbeiter in Mark bei Personen im Alter von

Table with 8 columns: Ende, männlich, weiblich, männlich, weiblich, männlich, weiblich, männlich, weiblich. Rows for Stadt Land, 1892, 1901.

noch dem über 16 Jahren unter 16 Jahren. Diese Zahlen enthalten schon das ganze Gend der ungelernen Arbeiter. Es wird kaum eine Gegend in Preußen geben, wo ein verheirateter Arbeiter mit Angehörigen mit einem Tagesverdienste von 1,99 M. einen geordneten Haushalt zu führen imstande sein wird. Da nun die wenigsten ungelernen Arbeiter das ganze Jahr hindurch beschäftigt sind, in ein großer Teil überhaupt nur während gewisser Saisonzeiten voll beschäftigt ist, ergibt sich, daß die durchschnittlichen nach obigen Zahlen berechneten Jahresverdienste nur in wenigen Fällen erreicht werden. Bei 295 Arbeitstagen im Jahre würden sie betragen 1901 rund 587, 513, 372, 334, 319, 284, 242, 218 M. Das sind im günstigsten Falle die durchschnittlichen Jahresverdienste! Dabei sind die höheren nur wenig größer und auch weniger zahlreich, weil ihr Einfluß bei der Bildung des Durchschnitts sehr verhältnismäßig stärker in die Waagschale fällt als das Maß der niedrigeren bis zum Durchschnitt. — Die Unterschiede der Lohnsätze nach Stadt und Land sind bei den einzelnen unterschiedenen Klassen erheblich verschieden. So ist derjenige der Männer beziehungsweise Frauen in den ländlichen Gemeinden um 12,8 bzw. 10,3 Proz. niedriger als in den städtischen. Der Lohn der weiblichen Arbeiter ist natürlich in den beiden Altersstufen geringer als der der männlichen, und zwar bei den Erwachsenen in den Städten um 36,7 Proz., auf dem Lande um 35,1 Proz., bei den Jugendlichen um 24,1 beziehungsweise 22,9 Proz. Die Löhne der männlichen Jugendlichen sind um 45,8 Prozent in den städtischen, um 44,8 Proz. in den ländlichen Gemeinden niedriger als die der Männer, die der Mädchen um 34,9 bzw. 34,5 Proz. geringer als die Frauenlöhne. Es ist beachtenswert, daß der Lohnsatz der jugendlichen männlichen Arbeiter im Verhältnis zu dem der Erwachsenen erheblich niedriger ist als der Lohn der Mädchen im Vergleich zu dem der Frauen. Das dürfte seinen Grund in dem Umstande haben, daß von den Frauen nicht viel höhere Arbeitsleistungen erwartet werden als von den Mädchen, während das Maß der Anforderungen an die Arbeitskraft und -leistung der Männer doch ein bei weitem größeres ist als an die der Knaben. Zudem erreicht das weibliche Geschlecht viel eher seine Reife als das männliche.

In dem großen Staatsdurchschnitt verschwinden natürlich alle Verschiedenheiten in den einzelnen Landesteilen. Welt man aber darauf ein, so zeigen sich bedeutende Gegensätze zwischen dem Osten und dem Westen des Staates. In den westlichen Bezirken findet man höhere Männerlöhne, die höchsten, 2,50 M., in den Städten des Regierungsbezirks Düsseldorf, sodann folgen die von Arnberg (2,45 M.), Schleswig (2,40 M.), Stade (2,32 M.), Sigmaringen (2,30 M.) und Münster (2,21 M.). Am niedrigsten ist der Lohnsatz für Männer in den Stadtbezirken des Gumbinner (1,31 M.), dann des Breslauer (1,38 M.), Liegnitzer (1,44 M.) und Posen (1,44 M.) Bezirks. In den Landbezirken ist das Einkommen der erwachsenen männlichen Arbeiter dort am besten, wo sich die Großindustrie auch über das Land ausgebreitet hat, wie zum Beispiel in dem Regierungsbezirk Arnberg (2,35 M.). Auch die Frauenlöhne sind im Westen höher. Die höchsten werden in den Hohenzollernschen Städten gezahlt, auf dem Lande im Düsseldorf'schen Bezirk, die geringsten im Bezirk Gumbinner, ferner wieder wie bei den Männern in Breslau und Liegnitz. Die städtischen Löhne sind bis auf den Bezirk Köslin überall höher als die ländlichen. Bei den jugendlichen Arbeitern finden wir in den städtischen Bezirken bei Hohenzollern, in den ländlichen bei Wiesbaden die höchsten, in den Bezirken Gumbinner und Stralsund die niedrigsten Beträge.

Die überhaupt besten Männerlöhne weist die Insel Helgoland auf, obwohl dort die übrigen Löhne nicht eine ähnliche verhältnismäßige bedeutende Höhe erreichen; so beträgt der Tagelohn der erwachsenen Arbeiterinnen 1,75 M., derjenige der jugendlichen Arbeiter 1,40 M. bzw. 90 Pf. Den höchsten Lohnsatz in den Städten finden wir mit 3,20 in Frankfurt a. M., den für Arbeiterinnen der gleichen Stufe mit 2,80 M. in der Stadt Sonderburg in Schleswig, auf dem Lande mit 2,10 M. im Kreise Plumenthal (Stade). Die beträchtlichsten Knabenlöhne werden mit 1,80 M. auf Rorbörner, die höchsten Mädchenlöhne mit 1,36 M. in dem Flecken Lehe (Stade) gezahlt. Die niedrigsten Männerlöhne mit 1,00 M. (1) weist der Breslauer Bezirk auf und zwar beim Kreise Rimpfisch, den geringsten Lohnsatz für Frauen mit 55 Pf. sämtliche städtischen und ländlichen Orte des Kreises Lüben (Liegnitz); der geringste Lohnsatz von 50 Pf. für Knaben und 40 Pf. für Mädchen findet sich mehrfach in den östlichen Landesteilen. Volle Beschäftigung während des ganzen Jahres vorausgesetzt, wagt man die volle männliche Arbeitskraft mit 295 Mark zu entschöpfen; Frauen und jugendliche Arbeiter werden von ihren Ausbeutern mit 162 M. bzw. 148 M. oder 118 M. abgepeist. Diesen Einkommen in voller Arbeitskraft steht das berühmte geschätzte Einkommen bis ins höchste Alter hinein noch gegenüber!

Die Steigerung der Löhne von 1892 auf 1901 betrug bei den

Table with 4 columns: in, erwachsenen, jugendlichen, Prozent. Rows for Stadt, Land.

Die Zunahme ist außer bei dem Lohne der Mädchen in den ländlichen Bezirken etwas größer als in den städtischen. Am höchsten ist sie bei den Knaben auf dem Lande, am niedrigsten bei den Männern in der Stadt. Danach kann man sich einen Begriff von dem Stand der 1892er Löhne machen. Hier eine kleine Blütensele dafür. Auf dem Lande kamen folgende Löhne vor: Für Männer 1 M. und 95 Pf., in sehr vielen Kreisen Ostpreußens und Schlesiens, 90 Pf. sehr oft in Schlesien, im Kreise Rielitz (Breslau) sogar 85 Pf. für Frauen 50 Pf. mehrfach in den Bezirken Breslau und Liegnitz, für Knaben 40 Pf. mehrfach in den Bezirken Königsberg und Liegnitz sowie im Kreise Jülichau-Schwibbus (Mark), für Mädchen in den Bezirken Breslau und Liegnitz oft 35 Pf., im

Kreise Rartha (Danzig) 31 Pf., im Kreise Heilsberg (Königsberg) 30 Pf. und im Kreise Allenstein (Königsberg) gar nur 25 Pf. Dabei ist jedoch zu bedenken, daß das noch Durchschnittslöhne für ganze Kreise sind, die in einzelnen Gemeinden noch unterschritten werden können! In Berlin, Charlottenburg, Schöneberg und Niddorf sind die Löhne fast gleich. Für Berlin betragen sie 1901 für Männer 2,90, für Frauen 1,60 M., für Jugendliche 1,40 M. bzw. 1,10 M.

In der Neuhaushaus Arbeit ist versucht worden, die Ursachen der Lohnhöhen mit dem Stande und der Bewegung der Lebensmittel- und Mietpreise in Einklang zu bringen. Positives hat sich dabei nicht ergeben. Derartige Feststellungen sind wegen der Mangelhaftigkeit der statistischen Unterlagen immer schwer. Die Hauptergebnisse des Ganzen sind die Feststellungen der Tagelohnsätze, die allerdings auch noch beträchtlich zu wünschen übrig lassen. Für die Arbeiterschaft ergibt sich daraus nur wieder in aller Augenfalligkeit, welch' reiches Feld der Betätigung ihr noch offen steht zur Erlangung einigermassen menschenwürdiger Arbeitsverhältnisse. F. W.

Verfammlungen.

Der Verband der Sattler hielt am Donnerstag in den Arminshallen eine außerordentliche Generalversammlung ab. Nach einer Anzahl geschäftlicher Mitteilungen erstattete Schulz Bericht über den Streik der Koffermacher. Beteiligt waren an dieser Bewegung über 200 Kollegen, von denen fast alle organisiert waren, über die Hälfte dem Verbands schon über drei Jahre angehört. Diese feste Organisation und das sichere Anpassen der Saison und guten Konjunktur brühten für einen schnellen Sieg. — Die ersten Verhandlungen zerschlugen sich zwar wegen der zu geringen Zugeständnisse der Arbeitgeber. Nach drei Wochen fanden jedoch unter Vorsitz des Gewerbeleiters v. Schulz Verhandlungen statt, die annehmbare Resultate zeitigten. Es kam ein Vertrag zustande, dessen Lauf auf drei Jahre bemessen wurde und der den meisten Forderungen gleich, allen nach fünfviertel Jahren genügt. — Wie immer versuchten die Arbeitgeber auch bei diesem Streik „Arbeitswillige“ durch irreführende Inserate in der „Volls-Ztg.“ zu kopern. Sie hatten jedoch keinen Erfolg. Der Verlauf des Streiks beweist schlagend den Nutzen festgelegter Organisationen. —

Es entspann sich eine lebhafte Diskussion um die Regelung der Unterführung der 20 auf der Strecke gebliebenen Kollegen. Geschlossen wurde ein von allen Mitgliedern zu zahlender Extrabeitrag. — Bei den darauffolgenden Wahlen wurden mit großer Mehrheit Schulz als Vorsitzender, Beyer als Kassierer gewählt. Schulz tritt sein Amt am 1. Juli an. — Der vorgedachten Zeit wegen mußte von der Weiterberatung der Statutenänderung abgesehen werden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Aus Südwestafrika.

Berlin, 16. Juni. (Amtliche Meldung.) Der Hererosapitän Andreas ist am 12. Mai von Stappentruppen bei Hudoob geschlagen worden. Als er sich dann nach Norden wandte, warf ihn Hauptmann Blume am 27. Mai im Gefecht bei Goagas nach Süden zurück. Voraussichtlich in dem Bestreben, sich mit Hendrik Witbooi zu vereinigen, wich Andreas jetzt nach Hoornkrans (70 Kilometer westlich Rehoboth) aus. Als am 7. Juni seine Leute bei Chamassid (25 Kilometer südwestlich Rehoboth) Vieh raubten, gingen von den Stappentruppen sofort 3 Offizierspatrouillen zur Verfolgung vor, und am 9. Juni griffen die vereinigten drei Patrouillen, zusammen etwa 100 Gewehre, bei Atis, 45 Kilometer nordwestlich Rub (südlich Rehoboth) den stark überlegenen Feind an. Nach dreistündigem Gefecht floh Andreas in größter Panik nach Westen zu, er verlor im ganzen 14 Mann, darunter seinen Sohn, 250 Stück Großvieh, 800 Stück Kleinvieh sowie Hausgerät aller Art. Es ist anzunehmen, daß er nunmehr den größten Teil seines Viehs eingebüßt hat. Diesbezügliche Nachrichten v. Verjen, früher im Grenadier-Regiment Nr. 4, Oberleutnant Kröger wurde leicht verwundet. Die unter Hauptmann Wunich vereinigten Patrouillen verfolgten den Feind in Zusammenwirken mit Stappentruppen, die über Nauchas rund 30 Kilometer südlich Hoornkrans im Bormarsche sind.

Gärung unter den Bergarbeitern im Elsaß.

Basel, 16. Juni. (Privat-Depesche des „Vorwärts“.) Unter der Belegschaft der zum Elsaßer Bergwerksverein gehörenden Grube „Kothberg“ hat eine Gärung Platz gegriffen, weil die Direktion zwei Schreiben der Lohnkommission auf Verrückung der Belegschaft ablehnend beantwortete. In dieser Angelegenheit geht der Verein der christlichen Bergarbeiter mit dem Deutschen Bergarbeiter-Verband zusammen. Sonntag findet in Elsaßweiler eine Versammlung statt, in welcher nach einem Referat der Führer beider Verbände Beschluß gefaßt werden soll, ob durch einen Ausfall Forderungen erzwingen werden sollen. Meldungen aus dem rheinisch-westfälischen Kohlenrevier zufolge fanden in den letzten Tagen wiederum zahlreiche von beiden Organisationen einberufene Versammlungen statt, in welchen Maßregelungen sowie sonstige ungerechtfertigte Maßnahmen der Zechenbesitzer lebhaft besprochen wurden; auch hier wird mit der Möglichkeit neuer wirtschaftlicher Kämpfe gerechnet.

Die italienische Marine.

Rom, 15. Juni. (B. Z. V.) Deputiertenkammer. In fortgesetzter Beratung der Vorlage über die Erhöhung der Ausgaben für die Kriegsmarine erklärt Francetti als Berichterstatter der parlamentarischen Marine-Untersuchungskommission, die Kommission habe nichts entdeckt, was Anlaß zu einem Argwohn geben könnte, nicht einmal den Anschein einer Inkorrektheit. Diese Erklärung gelte für alle Ministerien, die in der Leitung der Marine aufeinander gefolgt seien. (Lebhafte Beifall.) Marineminister Mirabelli führt aus: Die zur Beratung stehende Vorlage ist notwendig für die Verwirklichung unseres Marineprogramms. Ich werde jedem Antrage zustimmen, der zur Verbesserung der Organisation und der administrativen Kontrolle in unserer Marine dient. Aber ich muß mich gegen die beständige systematische Vergrößerung der Verwaltungsmassnahmen, gegen die nicht immer unparteiische und aufrichtige Kritik wenden, die schließlich entmutigend auf alle diejenigen wirkt, die mit aufopfernder Selbsterleugnung an der Verbesserung der Organisation der Marine arbeiten. Redner erklärt alsdann mit tiefer Erregung, dieses System der Verächtlichmachung könne nur das Ansehen der italienischen Marine anderen Nationen gegenüber herabmindern. Die erhobenen Anschuldigungen sind ungerecht. (Lebhafte Beifall.)

Sodann entwickelt der Minister das Programm der Schiffsbauten, in welchem Torpedoboote, Torpedobootzerstörer und ein gepanzerter Kreuzer einbezogen seien. Darauf wird die Sitzung geschlossen.

Der Zar überlegt.

Petersburg, 16. Juni. (B. Z. V.) Die Deputation des Seinstwokongresses in Moskau erhielt die Benachrichtigung, daß die endgültige Antwort, ob sie durch den Kaiser empfangen wird oder nicht, ihr am 19. d. M. erteilt werden wird. Die Benachrichtigung ist mit der bevorstehenden Abreise des Kaisers von Jaroslaw Selo nach Gatschina begründet.

Auffälliger Brand.

Moskau, 16. Juni. (B. Z. V.) In der Fabrik für künstliche Mineralwässer vor Vantia brach heute Feuer aus, welches sich auf mehrere Warenlager ausdehnte und unter anderem vier Warenlager der Militär-Intendantur vernichtete, in denen Sendungen für die Truppen in Ostasien lagerten.

Arbeiter! Gedenkt der um ihr Koalitionsrecht kämpfenden Zigarettenarbeiter!

Siebente Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Leipzig, Donnerstag, 15. Juni.

In der heutigen Vormittags-Sitzung wird die Debatte über die Erwerbslosen-Unterstützung im Verbandsfortgesetz. Die als Gegner der Vorlage auftretenden Redner sind durchgehend Berliner Delegierte. Sie befürchten, daß durch die Einführung die bevorstehenden Kämpfe, denen die Organisation zweifellos entgegensteht, gehindert werden könnten.

Die Befürworter der Vorlage weisen darauf hin, daß genau dieselben Gründe, die heute gegen die Einführung der Erwerbslosen-Unterstützung ins Feld geführt werden, jederzeit auch gegen die Arbeitslosen-Unterstützung herhalten müßten und darin die tatsächlichen Verhältnisse als vollkommen unzutreffend sich erweisen haben. Auch sei die Behauptung unzutreffend, daß wir groß geworden sind ohne materielle Vorteilsbeteiligung.

Ein Schlußantrag wird, obwohl noch außerordentlich viele Redner eingezeichnet sind, mit überwältigender Majorität angenommen. Da aus der Verlesung der Rednerliste hervorging, daß beinahe nur noch Freunde der Vorlage eingezeichnet waren, verzichteten Referent und Korreferent auf das Schlußwort. Die Abstimmung ist eine namentliche. Es stimmen für die prinzipielle Einführung der Erwerbslosen-Unterstützung 121 Delegierte, gegen dieselbe 41. Das Resultat wird mit lebhaftem Handklopfen begrüßt.

Der Vorschlag Heilbronn, zur Lösung eingezogenen Referendisten und Landwehmannern die Erwerbslosen-Unterstützung zu zahlen, wird unter Hinweis auf die damit für die Soldaten verbundene Gefahr einstimmig abgelehnt. Sie hören auf, Mitglieder zu sein, wenn ihr Militärverhältnis beginnt und treten nach Beendigung desselben wieder in ihre alten Rechte ein.

Der Vorsitzende Schilde protestiert sodann feierlich unter Zustimmung der Generalversammlung gegen den auf dem Verbandstag der Werkarbeiter erhobenen Vorwurf, daß der Metallarbeiter-Verband Lohnstreitigkeiten hervorrufe, um Gelegenheit zu haben, die Werkarbeiter überzuschluden. Eher lömte vom gegenteiligen Versuch gegenüber den auf Werften arbeitenden Metallarbeitern gesprochen werden.

Das Prämiensystem und seine Wirkungen, wozu A. Dütsch-Miel referierte. Er wies darauf hin, daß dieses System lediglich dazu diene, ein größtmögliches Arbeitsquantum aus dem einzelnen Arbeiter herauszuschlagen. Erreicht der Arbeiterverdienst infolge alleräußerster Anspannung der Kräfte eine gewisse Höhe, die dem Unternehmer als zu hoch erscheint, so liegt die dringende Gefahr der Herabsetzung der Alfordyrie vor. Zudem bietet das System Gelegenheit zu den schabigsten Betrugspraktiken und dient dem Unternehmer dazu, den bisher mit der Peitsche drangsalterten Arbeiter verläumdend mit dem Zuckerbrot zu füttern.

Die Sachlichen Arbeiter-Ztg. verbreitet sich über das amerikanische Prämiensystem unter den englischen Metallarbeitern und beweist dasselbe. Nach all der Fälle des beigebrachten Materials kann die Arbeiterkassette den Prämiensystemen gar nicht skeptisch genug gegenüberstehen. Wo das System eingeführt wird, hat die Arbeiterkassette dafür zu sorgen, daß die schädlichen Folgen desselben nach Möglichkeit paralytisch werden. Er empfiehlt die Annahme einer längeren Resolution, die auf dem vorstehenden Gedankengange aufgebaut ist.

Direktor Sahn-Jena, Chef der Personalabteilung des Reichswerkes, dankt zunächst für die Liebenswürdigkeit, ihn zum Worte kommen zu lassen. Mit den theoretischen Ausführungen seines Vorgesetzten kann er sich einverstanden erklären und sich darauf beschränken, von einem unparteiischen Gesichtspunkte die Frage zu beleuchten. Das Prämiensystem zerfällt zunächst

in zwei Hauptgruppen, die teils zum Zeitlohn, teils zum Werklohn gehören und ihrerseits wiederum in verschiedene Systeme zerfallen. Man kann daher nicht von vornherein sagen, das eine oder andere System sei besser. Kein System ist an sich gut oder schlecht — das wird erst durch die Verhältnisse und Begleitumstände. An einer Wandtafel erläutert Redner nun den Unterschied der einzelnen Systeme und macht die Anwesenden mit der mathematischen Unterlage seiner Anschauungen bekannt. Weiter führt er Beispiele an, nach welchen die Arbeiter sich nach Einführung des Prämiensystems wirtschaftlich besser standen als vorher. Warum sie sich also dabei nicht festhielten, ist nicht recht ersichtlich. Bedingung bei Einführung von Prämien ist allerdings, daß dadurch die Lohnhöhe nicht sinken darf. Redner besitz noch den Optimismus, daß doch zu einer Frist die Zeit kommt, in welcher die Unternehmer aufhören werden, ihre Arbeiter lediglich als Arbeitsmaschinen zu betrachten. Man möge nicht unter dem Eindruck der düsteren Ausführungen die von ihm empfohlene Resolution annehmen, sondern, wenn man glaube, ohne eine solche nicht auskommen zu können, dann eine von ihm verfaßte, welche sich zu dem Prämienlohnstern sehr gelinde urteilt verhält.

Cohen-Berlin erklärt, daß sich in dieser Frage Theorie und Praxis scharf gegenüberstehen. Da nun einmal die Unternehmer jenes System zur Auspöterung benutzen, erklärt er sich als prinzipieller Gegner desselben. Die Verhältnisse zwingen die Arbeiter zur möglichen Schonung der Arbeitskraft und die Unternehmer drängen auf vollste Ausnutzung derselben. Das ist die Situation und da die Arbeiter möglichst lange ihre Arbeitskraft erhalten wollen und müssen, so ist unser Standpunkt von vornherein gegeben. Unsere Arbeitgeber, speziell die Berliner Maschinenbauer, werden die Vorbedingungen niemals anerkennen, auf denen die Lohnhöhe aufgebaut ist, sondern uns auslachen, wenn wir ihnen diese Zumutungen stellen wollten. Das Morgenrot der sozialen Kultur wird dann am besten erstrahlen, je größer und stärker unsere Organisation wird! (Sehr richtig!)

Auch die nachfolgenden Diskussionsredner stellen sich auf den gleichen Standpunkt, trotzdem anerkennen sie voll und ganz die gute Absicht des Herrn Cohen, meinen aber, daß bei dem Reizwert eigentlicher Konkurrenzverhältnisse nicht maßgebend sind, wie sie bei der gesamten Privatindustrie vorherrschen. Eine Reihe von Beispielen illustrieren die Tatsache, daß durch dieses System die niedrigsten Instanzen wachgerufen und die Schutzvorrichtungen außer Acht gelassen werden.

Witter-Barnes-London, der Vertreter der englischen Maschinenbauer, will nicht in die Debatte eingreifen, um sich ein Urteil über die Ansicht des Verbandstages bezüglich des Prämiensterns zu bilden oder ihm eine andere Anschauung beizubringen, sondern nur einen nach seiner Meinung in Deutschland verbreiteten Irrtum aufzuklären. Keineswegs haben die englischen Kollegen in Gemeinschaft mit den Unternehmern und in Uebereinstimmung mit denselben das System eingeführt, wie man glaubt, sondern sie wurden von den Unternehmern einfach vor die vollzogene Tatsache gestellt und mußten sich darauf beschränken, falls man nicht einen allgemeinen Streik von unvorstellbaren Folgen herbeiführen wollte, die schlechten Eigenschaften dieses Systems möglichst zu beseitigen. Es basiert auf dem Zeitlohnprinzip und der Lohnzahl, der bisher gezahlt wurde, muß garantiert werden, auch dann die bei einer Arbeit verdiente Prämie (der Bonus) nicht auf den Verlust bei anderer Arbeit aufgerechnet werden. Des weiteren darf Ueberzeitarbeit nur zu erhöhten Sätzen geleistet und das System nicht als Experiment oder zu dem Zwecke eingeführt werden, um noch einiger Zeit und nach geschwehener Heiligung der Arbeitsleistungsfähigkeit wieder dem alten Lohnsystem Platz zu machen. Aufgehoben darf das System, nachdem es einmal eingeführt ist, nur mit Zustimmung der Organisation werden. Darüber allein hat man sich mit den englischen Unternehmern geeinigt. Das englische Prämienlohnstern ist das Beste in dieser Gruppe, aber nur bei starken Organisationen ratsam, Schwache werden dadurch ein für allemal vernichtet. (Bravo!)

Nach den Schlußworten der beiden Referenten, die neue Momente nicht bringen, wird die Resolution Dütsch in ihren ersten beiden Absätzen einstimmig, in ihrem dritten mit großer Majorität angenommen. Sie lautet:

Die 7. Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes erklärt:

Das Prämien-Lohnstern ist eines der raffiniertesten Mittel zur Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft. Es legt den Unternehmer in den Stand, den Arbeiter unter dem Schein höherer Bezahlung anzuspornen, anhaltend seine Kräfte bis zur äußersten Erschöpfung anzustrengen, ohne Rücksicht darauf, daß er sich dadurch früh ruinert. Ferner entfesselt es alle selbsttätigen Leidenschaften, führt dadurch zu schwerer moralischer Schädigung der Arbeiterkassette und beeinträchtigt den Einfluß der Organisation auf die Besserung der Arbeitsverhältnisse.

Aus diesen Gründen liegt es nicht im Interesse der Arbeiter, der Weiterverbreitung dieses Systems Vorschub zu leisten, zumal die Erfahrungen gezeigt haben, daß es von den Unternehmern in der Hauptsache auch dazu benutzt wird, einen Maßstab zu gewinnen zur weiteren Herabsetzung der Alfordyrie oder zur Erhöhung des Arbeitspensums bei Lohnarbeit.

Die 7. Generalversammlung erklärt sich deswegen grundsätzlich gegen das Prämien-Lohnstern, hält es jedoch nicht für angebracht den Verband auf eine in allen Fällen zu befolgende Taktik festzulegen, will diese vielmehr in jedem einzelnen Fall den maßgebenden Verbandseinflüssen zur Entscheidung überlassen.

Alsdann bittet die Statutenberatungskommission aus praktischen Erwägungen den Vormittagsbeschluss, nach welchem die Aufrechnung des Reifgeldes auf die Erwerbslosen-Unterstützung vorgenommen werden soll, wieder aufzuheben. Nach lebhafter Debatte, die erst durch einen Schlußantrag beendet wird, erfolgt die Abstimmung, die ergibt, daß der Antrag der Statutenberatungskommission mit 74 gegen 67 Stimmen angenommen wird.

Verband der Porzellan-Arbeiter.

Am Freitag trat die Versammlung in die Statutenberatung ein, wozu eine große Zahl von Anträgen vorlagen. Von den beschlossenen Änderungen des Statuts seien folgende erwähnt:

Die Bestimmung, daß der Eintritt in den Verband erst nach dem vollendeten 16. Lebensjahre erfolgen kann, wird gestrichen.

Die Mitgliedschaft in anderen Berufsverbänden ist nur mit besonderer Genehmigung des Vorstandes gestattet. Mitglieder des Porzellan- und Glaserarbeiter-Verbandes, die in Betrieben der Porzellanindustrie arbeiten, kann der Vorstand unter Anrechnung der in jenem Verbands zurückgelegten Karenzzeit aufnehmen.

Arbeiterinnen, Lehrlinge und nichtgelernte Arbeiter unter 18 Jahren zahlen nur 25 Pf. Eintrittsgeld.

In namentlicher Abstimmung wurde sodann beschlossen, daß die sogenannte Pfandversicherung bestehen bleibt.

Am Schluß der Vormittags-Sitzung verabschiedete sich der Vorsitzende der Zuschulasse der Porzellanmaler, die nur Mitglieder des Porzellanarbeiter-Verbandes aufnehmen und deshalb an dem Antrage auf Einführung der obligatorischen Krankenunterstützung im Verbandsinteresse hatte. Der Vorsitzende der Zuschulasse, Kofe-Wittwasser, gab bei seinem Abschiede die Versicherung, daß er — wie von den Verbandsvorstellern gewünscht wird — einen Weg zur Veräskelung seiner Klasse mit dem Verbands suchen werde.

Bei der Statutenberatung, die in der Nachmittags-Sitzung fortgesetzt wurde, fanden unter anderen folgende Anträge Aufnahme:

Unorganisierte sind bei Streiks nur dann zu unterstützen, wenn sie sich in den Verband aufnehmen lassen.

Der bisher für das Verbandsorgan erhobene besondere Beitrag von 50 Pf. vierteljährlich fällt fort, dafür wird der Wochenbeitrag um 5 Pf. erhöht mit Ausnahme der beiden niedrigsten Beitragsklassen, die nur für Lehrlinge und Arbeiterinnen sind.

Den Zahlstellen verbleiben 12 Proz. (bisher 8 Proz.) der Einnahmen zur freien Verfügung.

Ein Antrag des Verbandsvorsitzenden Bollmann, den freilebenden Zigarettenarbeitern 1000 M. aus der Verbandskasse zu überweisen, fand einstimmige Annahme.

Eine längere Aussprache rief der Antrag einer Zahlstelle hervor, der für die Errichtung eines Genossenschaftsbetriebes eine Beihilfe aus Verbandsmitteln forderte. — Nachdem der Delegierte der betreffenden Zahlstelle den Antrag befürwortet hatte, trat Zietzch namens des Verbandsvorstandes gegen denselben auf mit der Begründung, daß die Unterfütterung von Produktivgenossenschaften, wie sie hier in Frage kommen, nicht Aufgabe der Gewerkschaft sei. Es handele sich um ein privates Unternehmen der daran beteiligten Kollegen, dem man Erfolg wünsche, aber keine Verbandsmittel gewähren könne. — Der Antrag wurde gegen die Stimmen des Antragstellers abgelehnt.

Soziales.

Das Berliner Kaufmannsgericht.

Gestern vormittag hat das Berliner Kaufmannsgericht seine eigentliche Tätigkeit begonnen, nachdem innerhalb der letzten acht Tage schon eine große Anzahl von Vergleichsverfahren stattgefunden hatten, zu denen bekanntlich keine Zeugen zugezogen werden.

Es waren im ganzen 11 Klagen zu erledigen. Den gesetzlichen Vorschriften entsprechend versuchte das Gericht nochmals bei jedem einzelnen Fall einen Vergleich zustande zu bringen, was jedoch bei der ersten Klage nicht gelang. Es handelte sich hier, wie übrigens in den meisten anderen Fällen, um eine Gehaltsforderung wegen Kündigungsloser Entlassung. Der Kläger war in einem Nebengeschäft tätig gewesen und forderte für einen halben Monat 55 M. Gehalt. Der Beklagte behauptete ordnungsgemäß gekündigt zu haben. Da ein Vergleich zwischen den Parteien nicht zu erzielen war, zog sich das Gericht zur Beratung zurück. Der Kläger wurde abgewiesen. Das Gericht erklärte sich für unzuständig. Die Klage gehörte vor das Gewerbegericht, dem der Kläger habe eine mechanische, gewerbliche Tätigkeit ausgeübt. — Die Tätigkeit bestand hauptsächlich in der Ausgabe von Spigen.

Hierauf kam der bereits in unserem Berichte über die ersten Vergleichsverhandlungen erwähnte Fall zur Entscheidung, wo der Chef eines Konfektionsgeschäftes seine Angestellten mit allerlei Schmeicheleinamen aus dem Tierreich belegt hatte, wozu er sich dadurch veranlaßt fühlte, daß der Kläger die Entlohnung von Materiallieferung an Schneider teilweise verabsäumt hatte. Das Gericht verurteilte den Beklagten zur Zahlung des rückständigen 450,40 M. betragenden Gehalts und der Gerichtskosten, mit der Begründung, daß er nicht berechtigt gewesen sei, in der erwähnten Weise gegen den Kläger vorzugehen. — In dem nächsten Falle, wo zwei ehemalige Duzer, ein Antiquitätenhändler und sein früherer Geschäftsführer einander gegenüberstanden, kam es zu einem Vergleich. Statt der geforderten 172,50 M. erhielt der Kläger sofort einen Hundertmarkschein ausbezahlt. — Die nächste Klage, die des ehemaligen Geschäftsführers einer Kucholzhandlung, wurde abgewiesen. Der Kläger, der wegen schwerer Krankheit entlassen worden war, behauptete, bis August 1906 fest angestellt gewesen zu sein und beabsichtigte nun, so lange er heilungslos blieb, die Monatsgehälter a 300 M. nach und nach einzulagern. Er hatte jedoch, nachdem das Kaufmannsgericht eröffnet wurde, schon eine Rente beim Amtsgericht eingeklagt, und weil dieselbe Sache nun nicht vor zwei Gerichten zur Verhandlung kommen kann, erfolgte die Abweisung der Klage.

Ein gewisses soziales Interesse bot die Klage eines Handlungsgehilfen, der als Reisender in Honig und Pflaumenmüssen tätig gewesen war und auf Grund einer Annonce des „Berl. Tageblatts“, in der „gutes festes Gehalt“ versprochen wurde, zu seiner Stellung gelangt war. Der Beklagte meinte, der Kläger hätte nur Tageslohn und Provision zu verlangen gehabt. Da jedoch die Annonce und außerdem noch ein Schriftstück vorlag, worin von „Salair“ die Rede war, wurde er verurteilt, dem Kläger die geforderten 51,20 Mark zu zahlen.

Eine eigenartige Klage war die, die als letzte zur Entscheidung kam. Hier war der Kläger der Chef einer Weinhandlung, die Beklagten sein Lehrling und dessen Mutter, die ihren Sohn veranlaßt hatte, die Lehrstelle zu verlassen. Der Kläger wollte den Lehrling durch einen Gerichtsbeschluss zwingen, zu ihm zurückzukehren. Er wurde jedoch mit seiner Klage abgewiesen und zwar weil erstens kein förmlicher, von beiden Teilen unterzeichneter Vertrag vorlag und zweitens, weil er den Lehrling trotz Protestes der Mutter in einem anderen Weingehäft als dem, für das er angestellt war, beschäftigt hatte. Dazu kam noch, daß der Lehrling in diesem zweiten Geschäft den Auftrag erhielt, auf das Kommen und Gehen des Gerichtsvollziehers achtzugeben.

Reichsverband und Krankenkassen.

Ueber die Arbeitsmethode des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie“ unterrichtet folgendes Zirkular, das die Erfurter Tribüne“ mitteilt:

Reichsverband gegen die Sozialdemokratie. Ortsgruppe Erfurt. Krankenkassen. A. J. 8. Jhr.-Kr. Erfurt, Johannisstr. 152, den 18. Mai 1906. Hochgeehrter Herr!

Die Korrespondenz des Reichsverbandes“ berichtet folgendes: „Der Reichsverband hat in einer scharfsinnigen Fabrikstadt (Greiz D. V.) den Wahlkampf bei den Wahlen zur Krankenkasse tatkräftig unterstützt. Dort war der gesamte Vorstand der Krankenkassen in den Händen der Sozialdemokraten. Jeder Versuch, die Sozialdemokratie aus dem Kassenvorstand herauszubringen, schien erfolglos. Gleichwohl wurde unter Aufbietung aller Kräfte und unter mühseliger Arbeit der Versuch gemacht, und der Versuch war, allen beteiligten nationalen Kreisen selbst zur Ueberzeugung, geradezu glänzend. Von den 20 sozialdemokratischen Mitgliedern des Kassenvorstandes wurden 12 nicht wiedergewählt, sodas der Vorstand der Krankenkasse dort jetzt aus 12 nationalen und nur 8 sozialdemokratischen Mitgliedern besteht.“

Im Anschluß an obige Notiz gestatten wir uns, Ihnen die hoffliche Mitteilung zu machen, daß auch der Vorstand der Ortsgruppe Erfurt beschlossen hat, bei den hiesigen Krankenkassenwahlen tatkräftig einzugreifen; denn warum sollte in Erfurt, wo die Verhältnisse ja ähnlich liegen, unmöglich sein, was in Greiz bereits so überaus glücklich gelungen ist.

Die Ortsgruppe Greiz hat uns nun mitgeteilt, daß ihre Erfolge hauptsächlich der Unterstützung der Herren Chese der Betriebskrankenkassen zuschreiben wären; denn dadurch, daß diese Herren der Ortsgruppe die Statuten und Mitgliederlisten ihrer Kassen bereitwillig zur Verfügung gestellt hätten, wären zuerst die Betriebskrankenkassen in die Leitung von nationalen Männern gelangt, und nachdem diese Arbeit gelungen sei, wäre es verhältnismäßig leicht gewesen, die nötige Räumlichkeit zu den Ortskrankenkassen-Vorstandswahlen zu beschaffen.

Sie erlauben uns daher die höfliche Bitte an Sie zu richten, uns gütigst die Mitgliedsliste und das Statut Ihrer Betriebskrankenkasse auf einige Tage zur Verfügung zu stellen.

Sollten Sie geneigt sein, unsere Bitte zu erfüllen, so ersuchen wir höflich um recht baldige Einsendung beiliegender Karte. Wir werden dann das Genannte durch einen zuverlässigen Boten abholen lassen und Ihnen dasselbe prompt, unter Garantie einer tadellosen Haltung der Schriftstücke wieder zustellen.

Die Arbeit des Reichsverbandes besteht also in der Ausnutzung des so verpönten Terrorismus, der wirtschaftlichen Uebermacht der Unternehmer zur Terrorisierung der Arbeiter.

**Nahrungsmittelfälscher.**

München, 14. Juni. Die strapellos und infam profitierende Händler das wichtigste aller Nahrungsmittel, die Milch, fälschen, das bewies wieder eine heute vor dem hiesigen Landgericht durchgeführte Verhandlung. Auf der Anklagebank ruhten Blag nehmen der ehemalige Milchhändler und jetzige Privatier Franz Bache, Hoflieferant des Prinzregenten, Anna Bache, dessen Ehefrau, deren Geschäftsnachfolger, die Milchhändlerseheleute Josef und Anna Schelshorn, um sich wegen eines fortgesetzten Vergehens der Nahrungsmittelfälschung und eines fortgesetzten Vergehens des Betruges zu verantworten. In unserem Vortelorgan, der „Münchener Post“, erschien im August vorigen Jahres eine

Notiz, worin behauptet wurde, dass Bache und sein Geschäftsnachfolger Schelshorn seit Jahren die für die Volksspeisehallen I und III bestimmte Vollmilch von durchschnittlich 150 Liter täglich mit 1/2 Ragermilch gemischt und dafür den Preis für Vollmilch berechnet haben, das die Geschäftsinhaber um Klagen über schlechte Qualität der Milch zu unterdrücken, die Wirtschaftsrinnen und den Inspektor der Speisehallen mit Geld schmierten. Auf Grund dieser Mitteilung wurde gegen die vier Angeklagten Untersuchung eingeleitet, die dazu führte, dass sich die Angeklagten wegen Betruges und Nahrungsmittelfälschung zu verantworten hatten. Durch die einjährige Verhandlung wurden die feinerzeitigen Behauptungen der „Münchener Post“ in allen Punkten bestätigt. Der durch die betrügerischen Manipulationen erzielte Gewinn betrug bei den Eheleuten Bache 3500—4500 M., bei den Eheleuten Schelshorn 1000—2000 M. Verurteilt wurden Franz Bache zu 4 Monaten Gefängnis, Therese Bache zu 6 Monaten Gefängnis und je 600 M. Geldstrafe eventuell weitere 40 Tage Gefängnis, Josef Schelshorn zu 2 Monaten Gefängnis und 300 M. Geldstrafe, seine Ehefrau zu 6 Wochen Gefängnis und die gleiche Geldstrafe.

Eine Billettsteuer-Ordnung kann Varietés-Theater anders besteuern als künstlerisch höher stehende Theater. Der Direktor Freesehof vom Olympia-Theater in Dortmund, einem Spezialitäten-Theater, wurde

in zweiter Instanz wegen Billettsteuerhinterziehung verurteilt, weil er Gallerieplätze nicht versteuert hatte. Er legte Revision ein und machte geltend, die Billettsteuerordnung sei unglücklich, weil sie das Stadttheater in Dortmund hinsichtlich der Billettsteuer günstiger stelle, als die anderen Dortmunder Bühnen. Damit werde gegen den Grundsatz der gleichmäßigen Besteuerung gleicher Steuerobjekte verstoßen, der im § 20 des Kommunalabgabengesetzes ausgesprochen sei. Das Kammergericht verwarf indessen am 15. Juni die Revision mit folgender Begründung: Die Giltigkeit der Steuerordnung unterliege keinem Bedenken. Eine gleichmäßige steuerliche Behandlung sei nur vorgeschrieben bei direkten Kommunalabgaben, während die Billettsteuer eine indirekte Steuer sei. Aber es könne auch dahingestellt bleiben, ob es zulässig wäre, bei indirekten Gemeindesteuern eine verschiedene Bemessung gleichen Steuerobjekten zuteil werden zu lassen. Es handele sich hier garnicht um gleiche Objekte, denn ein Spezialitäten-Theater, in dem Bier getrunken werde und wo man schon für 30 Pf. einen Platz haben könne, sei ein ganz anderes Steuerobjekt, als ein Theater, welches höheren Interessen der Kunst diene, einer höheren Kunst gewidmet sei. Schon deshalb könne aus der Tatsache, daß das Stadt-Theater in Dortmund anders als der Tassache, daß das Stadt-Theater in Dortmund geleitet werden gegen die Giltigkeit der Steuerordnung. Sie sei auch mit Recht angewendet worden.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**

Sonnabend, den 17. Juni.  
Anfang 7 1/2 Uhr:  
Opernhaus. Carmen.  
Neues Operntheater. Jung-Heidelberg.  
Berliner. III.  
Deutsches. Der Hiesige.

Anfang 8 Uhr:  
Westen. Der Strohhalber.  
Neues. Der Familienstag.  
Thalia. Die Hiesigen.  
Reichens. Geschlossen.  
Schiller O. (Wallner-Theater).  
Der polnische Jude.  
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Häufiges Theater). Hofgünst.  
Central. Mit-Heidelberg.  
Kleines. Kammer.  
National. Frizzo.  
Lustspielhaus. Arch-Vertr.  
Carl Weiß. Wahre Liebe.  
Velle-Milane. Madame Up-Top.  
Reichshallen. Stettiner Sänger. —  
Spezialitäten.  
Herrfeld-Theater. Winter-Tymian-Sänger.

Apollo. Am Hochzeitsabend. —  
Spezialitäten.  
Wintergarten. Harry Miller. —  
Spezialitäten.  
Passage-Theater. General-Konstul.  
Jean Paul. — Spezialitäten.  
Metropol. Die Herren von Maxim.  
Urania. Taudenstraße 48/49.  
Die deutsche Nordseeküste.  
Zoo-Logische Garten. 57/62. Stern-  
warte. Täglich geöffnet von 7  
bis 11 Uhr.

Neues Theater.  
Ensemble-Gastspiel d. Lustspielhauses.  
Sommerpreise.  
Täglich:  
Der Familientag.  
Anfang 8 Uhr:  
Kleines Theater  
Anfang 8 Uhr:  
Nachtsyl.  
Sonntag: Das Pastors Rieko.  
Montag: Salomo.

Neues kgl. Opern-Theater  
(Kroll).  
Heute und folgende Tage:  
Jung-Heidelberg.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Im Garten täglich:  
Großes Militär-Konzert.

Apollo-Theater.  
10 bis 10 1/2 Uhr:  
Ununterbrochenes, stürmisch. Lachen  
über:  
Ein Abend in einem amerik.  
Eingel-Tangel.  
Dazu: Hochzeitsabend v. Paul Linde  
und die Juni-Spezialitäten.  
Ab 7 1/2 Uhr: Garten-Konzert.

Metropol-Theater  
Der größte Erfolg der Saison!  
Zum 223. Male:  
Die Herren von Maxim.  
Große Ausstattungsszene mit Gesang  
und Ballett in 5 Bildern.  
Anf. 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Prater-Theater  
Kastanien-Allee 7-9.  
Täglich:  
Zwischen Himmel und Erde.  
Gr. romantisch. Ausstattungsspiel.  
Neue Dekorationen und Kostüme.  
Eine schreckliche Nacht.  
Große Antommio der Giuliano  
Holtes Troupe.  
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.  
Numerierter Platz 50 Pf.

Urania, Taubenstr. 46/48.  
8 Uhr:  
Die deutsche Nordseeküste.

Sternwarte Invaliden-  
str. 57/62.

**P. GASTAN'S  
PANOPTICUM.**  
Friedrichstr. 105.  
Kronprinz Wilhelm  
Kronprinzessin Cecilie.  
Neu! Roschdestwensky,  
der russische Admiral.  
Mlle. Vallée, d. 16 jährige  
armlose Pulkünstlerin.

**ZOOLOGISCHER  
GARTEN**  
Heute Sonnabend nachm. 4 Uhr  
**Monstre-Konzert**  
ausgef. von 5 Militärkapellen  
und dem Doppel-Kornett-Quartett  
der kgl. Hochschule für Musik.  
Vorträge des Charlottenburger  
Lehrer-Gesangs-Vereins.  
Feuerwerk. Gr. Illumination.  
Eintritt 1 M. währ. 6 ganz Tages

**POMPEJI**  
täglich  
Konzert 7, Vorstell. 8 1/2 Uhr  
**KURFÜRSTENDAMM**  
Preis der Plätze von 50 Pf. bis 5 Mk.

Carl Weiß-Theater.  
Gr. Frankfurterstr. 132.  
**Wahre Liebe.**  
Schauspiel in 5 Akten u. einem Vor-  
spiel (2 Bilder) von Max. Stahr.  
Anfang 8 Uhr.  
Wochen: Dieselbe Vorstellung.  
Im Sommergarten: Gr. neues  
Juni-Programm. U. a.: Inter-  
nationales Damen-Madonnen und  
Eugen Milardo, Berlins beliebtester  
Komiker. Theater u. Konzert. An-  
fang 5 Uhr.

Otto Pritzows  
**Abnormitäten-Ausstellung**  
Münzstr. 16.  
Täglich: Das neue Riesen-Prgr.  
Der 18jährige Rüstelkönig Fred  
Kollon. Das größte Wunder der  
Natur, zum erstenmal in  
Berlin. Mit Anita, total tätowierte  
Schönheit. Mister Kaplano, der  
berühmte taubstumme Schnell-  
schneider. Erich v. Danzer, der  
amblyone Hammerhändl. n. neuzeit.  
Linda. Riejin Iona, 485 Pfund  
schwer, schwerste Dame, die je gelebt.  
— Entree 20 Pf. —

**Schiller-Theater.**  
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).  
Kornel-Oper.  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
Eröffnungsvorstellung.  
Zum 10. Male: Der polnische Jude.  
Bols-Oper von Karl Betz.  
Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
Oberon, König der Elfen.  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
Der Trompeter von Säckingen.  
Montag, abends 8 Uhr:  
Der polnische Jude.  
Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.)  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
Zum erstenmal: Hofgünst.  
Lustspiel in 4 Aufzügen von Thilo  
v. Trotha.  
Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
Die Haubnerleche.  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
Hofgünst.  
Montag, abends 8 Uhr:  
Hofgünst.  
Im Garten tägl. Gr. Militär-Konzert.

**Max Kliems Sommer-Theater**  
Hasenheide 13-15. Artistische Leitung: Paul Milbitz.  
Täglich: Gr. Konzert, Theater und  
Spezialitäten-Vorstellung.  
Jeden Donnerstag: Bitte-Tag.  
Fernsprecher IV. 8891. Max Kliem.

**Paul Schwarz Sommer-Theater,**  
Eichenberg, Dorfstr. 25-26.  
Täglich: 8501.  
Gr. Spezialitäten-Vorstellung.  
Das großartige Juni-Programm.  
Konzert und Ball. Anfang 5 Uhr.  
Jeden Mittwoch: Elitetag.

**Lustspielhaus.**  
Von Sonnabend, den 17. bis Dienst-  
tag, den 20. Juni:  
**Biederleute.**  
Anfang 8 Uhr.  
Täglich: Biederleute.  
Mittwoch zum erstenmal: Kyritz-  
Pyritz. Sommerpreise.

**Passage-Theater.**  
Anfang nachm. 5, abends 8 Uhr.  
**Die 4 1/2 jährige**  
Schauspielerin und Sängerin  
Angelika Walter  
und das glänzende Juni-Programm.

**Victoria-Brauerei**  
Lützowstr. 111/112.  
Täglich:  
Horst's  
Sänger.  
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

**Bernhard Rose-Theater**  
Gejundbunnen, Sadstraße 68.  
Täglich  
Das Sensations-Juni-Programm  
u. a.:  
Paul Coradini. || Marka Freya.  
Johns Compagnie.  
Außerdem das Ausstattungsstück  
**Die Loreley.**  
Anfang 4 1/2 Uhr.

**Fröbels Allerlei-Theater**  
(früher Guckmann)  
Schönhauser Allee Nr. 148.  
Heute Sommerfest.  
Sonntag, den 18. Juni:  
Große Extra-Vorstellung.  
20 Attraktionen ersten Ranges 20.  
Um 8 Uhr: Arbeit schändet nicht.  
Anfang 4 1/2 Uhr.

**Passage-Panopticum.**  
Der Mensch dem Vogelkopf.  
Der Muskelmensch.  
Aga  
die schwebende Jungfrau.

**W. Noacks Theater.**  
Direktion: Rob. Dill. Brunnstr. 16.  
Sommerfest der Stellmacher.  
Konzert, Theater, Spezialitäten.  
**Schönröschen**  
aus dem Schönebergerviertel.  
Anfang 6 Uhr. Entree 30 Pf. Ball.  
Kaffeezüge von 3-7 Uhr.

**Diez' Spezialitäten-Theater.**  
Landsberger Allee 76/79.  
direkt an der Ringbahnstation, bequeme  
Fahrgelegenheit u. all. Stadtrichtungen.  
Ob Regen! Ob Regen!  
Täglich  
Im herrlichen Garten oder Saal:  
**Konzert u. Vorstellung.**  
Das größte und beste Programm  
Berlins.  
40 erstklassige Nummern.  
Glowen Stoff mit seinem sonnen-  
gelben Ueber-Jirtus: Bonno, Gef.  
Schwein und Dogge. Atlantio Pauli-  
Trio mit ihren unspöcherbaren Orig-  
inels. — The Biston, Pantomime:  
Das überfüllte Hotel.  
Syff Syff  
Die Entleerung zweier Damen aus  
dem Nichts. Jovis neu die mysteriöse  
Hängematte.  
Original Molly Verch, Lilly Duran.  
Original Robert u. Bertram. Original  
Kornert-Sings  
und viele Kunstkapazitäten.  
Vollbelustigungen aller Art.  
Entree 30 Pf. Jeder Erwachsene hat  
das Recht, ein Kind unter 10 Jahren  
frei einzuführen, ältere Kinder zahlen  
halben Eintrittspreis.

**Reichshallen.**  
Stettiner Sänger.  
Unsere süßen  
Dienstmüdel.  
Zurück von Weibel.  
Anf. 8 Uhr.  
Sonntags  
7 Uhr.

**Etablissement Buggenhagen**  
Moritzplatz.  
Täglich von 12-4 Uhr: Mittagstisch.  
Der große Naturgarten ist  
geöffnet.  
Täglich:  
Streich-Konzert.  
Ricardo Munez.



Harry Allister, Mimiker.  
Damm Bros., komische Akrobaten.  
Lucy Nanan, französische Sängerin.  
Alexandrov, russische Tanz- und  
Gesangsgruppe.  
Mason u. Forbes, kom. Excentrics.  
La belle Oterita, spanisch. Tänzerin.  
A. W. Asra, Billard-Jongleur.  
Philadelphia, Elefant und Affen.  
Keno Welch Monrose, Akrobaten.  
Mlle. Lo, lebende Bilder.  
Die 4 Welsons, Turner.  
Bogdani-Truppe, militärische Exer-  
zition mit Gesang.  
Biograph.

**Schweizer-Garten.**  
Am Königstor. Am Friedrichshain.  
Täglich  
**Theater-Vorstellung**  
◆ Neue Spezialitäten. ◆  
Volkbelustigungen.  
Zum Schluss:  
**Der Ballett-Dufl.**  
Große Rolle mit Gesang in 2 Ak-  
ten von E. Gasse.

**Ostbahn-Park.**  
Am Kästrinorplatz, Ködorsdorferstr. 71.  
Hermann Imbs.  
Täglich:  
**Gr. Konzert, Theater**  
und **Spezialitäten-**  
**Vorstellung.**  
Entree 15 Pf., wofür ein Glas Bier  
verabreicht wird, also kein Entree.



**Pereat**  
geschlich geschüt., wirkungsfräftigste  
Insektenpulver ist als  
**Bestes Mittel**  
zur vollständigen Vertilgung von  
**Schwaben**  
Fliegen, Motten, Flöhe, Ameisen,  
Kakerlaken 30222\*  
**Wanzen** zc.  
bekannt.  
Nur echt in Originalpackung mit dem  
Namen „Pereat“  
**Fritz Kratz, Drogen,**  
Berlin N. 39,  
Reinholdendorferstraße 70.

**Andreas-Festsäle.**  
Empfehle meine Säle zu Hochzeiten,  
Geburtsfeiern und für Vereine.  
Sonnabend u. Sonntag fest.

**Arbeiter - Radfahrer - Bund „Solidarität“**

Gau IX. Provinz Brandenburg.

Sonntag, 25. Juni 1905, im Gesamt-Etablissement „Moabiter Schützenhaus“ in Plötzensee:

**Gr. Gau-Sportfest.**

Doppel-Konzert. \* Gesang. \* Vorträge der Volkssänger-Gesellschaft „Strzelewicz“.  
Radsportliche Aufführungen der Bundesvereine. \* Großer Ball. \* Volks-  
belustigungen aller Art.

Jedes Kind erhält zwei Bons gratis für eine Stocklaterne und zur Benutzung des Karussells.  
Anfang mittags 12 Uhr. Billetts im Vorverkauf 20 Pf., an der Kasse 25 Pf.

Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein Das Komitee.

**Jeder Arbeiter,  
Jeder Handwerker  
sollte zur Arbeit**

die Lederhose Herkules tragen. Allein-Verkauf. Sehr hartes Leder in praktischen grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Am Bund aus einem Stück gearbeitet. Sehr feste Knappnähte. Haltbarste Pilot-Taschen. Große Rücken umloht. Die Hose

bei Entnahme von 6 Stück 26 RM. **4 Wk. 50**

- Echtblauer Monteur-Jackett 1 RM. 90
- Echtblauer Monteur-Hose 1 RM. 50
- Echtblauer Monteur-Jackett Prima Röper-Gewebe 2 RM. 50
- Echtblauer Monteur-Hose Prima Röper-Gewebe 2 RM. 10
- Manchetter-Hose 5,50, 4,50, 3 RM. 50
- Geläutert Mantel-Jackett 18,- 8,75
- Weiße Friseur-Jacketts 3,50, 2 RM. 75
- Ständler-Jacken, Dreifach 4 RM. 50
- Kaler-Kittel 3,-, 2,50, 2 RM. 25
- Rechtlicher-Kittel (braun) 3,-, 2 RM. 40
- Weiße Leder-Jacketts, Dreifach 7,50, 3 RM. 75
- Weiße Lederhosen 4,50, 2 RM. 90
- Reifelederer-Anzüge, blau, nach Vorchrift 5 RM. 50

**Baer Sohn**

En gros. Export. En detail. Schauffstr. 24/25. Brückenstr. 11. Gr. Frankfurterstr. 20. Das 25. Haupt-Verzeichnis 1905 wird kostenlos und portofrei zugesandt. Bei Bestellung von Hosen ist die Bundweite und die Schnittlänge, bei Jacketts und Kitteln die Brustweite anzugeben. 35802\* - Versand von 20 R. an franco. -

**Musfliegern**

empfehlen wir folgende **Spezial-Karten der Umgebung Berlins.**

- Berman-Biergarten, Rante-Platz und Wandlitz-See 1 RM.
  - Bufow u. Umgegend mit angehängtem Führer 75 Pf.
  - Eberwalde und Umgegend 75 Pf. und 1 RM.
  - Erfter und Umgegend 75 Pf.
  - Freienwalde-Hallenberg 75
  - Freienwalde, Wriezen, Oberbera, Brodowin 1 RM.
  - Freidrichshagen, Köpenick, Grünau, Schmöckwitz 75 Pf.
  - Grunewald und westliche Vororte, 2, 3, 5 u. 8-jährig 25, 50, 75 Pf. und 1 RM.
  - Königs-Waldpark und Umgegend 1,50 RM.
  - Rückliche Vororte, Spandau, Tegel etc. 1 RM.
  - Waldham und Umgegend 75 Pf.
  - Waldham und Herder 1 RM.
  - Närdendorfer Kollberge, Umgegend von Wollersdorf u. Erfter 75 Pf.
  - Speersand mit prätzigem Touristenführer 75 Pf.
  - Strausberg u. der Blumental 1 RM.
  - Tegel und Umgegend 75 Pf.
- Ferner empfehlen wir:  
Wanderbuch für die Mark Brandenburg, 3 Bände, zusammen 6,00 RM.  
I. Teil: Nähere Umgebung Berlins, umfasst die Gegend von Potsdam, Spandau, Oranienburg, Königs-Waldpark etc. 1,50 RM.  
II. Teil: Westliche Hälfte der Umgebung Berlins bis Brandenburg a. H., Stendal, Tangermünde, Neu-Supplin, Neu-Stralitz 2,00 RM.  
III. Teil: Ostliche Hälfte der Umgebung Berlins bis Eberwalde, Prenzlau a. O., Schmecht, Rützin, Lübben, Spreewald, Müstau 2,50 RM.  
Diese Wanderbücher bieten praktische Schilderungen der Mark, viele detaillierte Karten und Pläne und sind so dem Wanderer ein zuverlässiger Führer und Berater. 2341/6\*

**Buchhandlung Vorwärts,**  
Berlin SW. 68,  
Lindenstr. 69, Laden.

**Dr. Simmel,** Prizon-Str. 41, Spezialarzt für Haut- und Harnleiden. 10-2, 5-7. Sonntag 10-12, 2-4.  
Von der Reise zurück **Dr. Paul Richter,** Münzstraße 4. 24505

**Köpenick.**  
Echten alten Kottbusser Korn zu haben bei **Aug. Tauchert,** Gastwirt, Müggel-Decherstr. 4. 25812\*

**Eine Mark**  
wöchentliche Teilzahlung liefert elegante fertige Herren-Garderoben.  
Anfertigung nach Maß. Tadellose Ausführung.  
**Julius Fabian,** Schneidermeister, Große Frankfurter Str. 97, II. Eingang Strausberger Platz.

**Restaurant Lindengarten**  
Tabbertstr. 5. Ober-Schöneweide. Fernspr. 230.  
Empfehle den Vereinen und Gesellschaften meinen herrlichen Garten an der Eberspree, circa 1000 Personen fassend. Anlegeplatz für Ruder- und Segelboote. Großer Pariser Tanzsaal. Jeden Sonntag: Tanz frei. [33412\*] **Robert Schulz.**

Wohin gehen wir Sonntags, und wohin machen wir unsere Land- und Wasser-Partie? Nach **Pichelswerder zum alten Freund.**  
Da ist es gemächlich und schön, und wir sind immer gern geseh'n.  
Es ladet ein [25882\*] **Der alte Freund.**  
Einige Sonnabende im Juli noch frei.  
**Größter Tanzsaal in der Umgebung.**

**Reederei Nohring.**  
Heute Sonnabend, den 17. Juni 1905:  
**Gr. Mondscheinahrt mit Musik.**  
nach dem romantischen „Wirtshaus Loreley“.  
Nach der Ankunft **Garten-Konzert und Ball.**  
8 1/2 Uhr abends **Restaur. z. Schultheiß (Jannowitz-Brücke).**  
Ein und zurück nur 50 Pf. Rückfahrt ev. 1 Uhr nachts.

Am Sonntag, den 18. Juni cr.: **Gr. Promenadenfahrt**  
auf dem Müggelsee mit Kaffeepause im Seeschlösschen.  
Abfahrt um 2 1/2 Uhr mittags. Hin und zurück 75 Pf.  
Tägliche billige Sonderfahrten nach verschiedenen Orten der Oberpree. Abfahrt 2 1/2 Uhr. Preis 50 Pf., Kinder 25 Pf. 2443b

**Schmökowitz Gasthaus zur Palme** am Seebassin. (Endstation der „Starn“-Dampfer.)  
**Hermann Peter.** Telefon: Grünau No. 39.  
Empfehle mein altbekanntes, herrlich am Wald und Wasser gelegenes Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen, Ausspannung und Dampferfahrten, Segelfahrten, große Kollektive, Säle, Hallen, großer schattiger Garten, 2000 Personen fassend.

**Diese Woche billige Anzüge Paletots**  
täglich bis 9 Uhr abends, Sonntags 8-10 und 12-2 Uhr gelangen wieder zum Verkauf Hunderte elegante enorm billige aus feinsten Massstoffen gefertigte, moderne, letzte Saison zurückgesetzte noch hochverehrte Herren-  
deren sonstiger Masspreis 40-70 M. ist, jetzt 15-25 M. Gehrockenlänge jetzt 12-15 M. Herren-Hosen jetzt 7-12 M.  
**Deutsches Versandhaus** Jägerstr. 63, 1 Troppe. Firma und Nummer achten.

**Elegante Geschäftswagen**  
Jeder Art mit Pferde- u. Benzin- u. elektrischen Motorbetrieb, sowie Equipagen, Braut- und Gesellschaftswagen vermietet zu billigen Preisen **Berliner** 2415b  
**Fuhr- u. Automobilwesen Thien** G. m. b. H. Mittel-Straße 25. (A. I. 175.)  
Ferner stehen ebenfalls billig zum Verkauf: Geschäftswagen für Pferde- und Motorbetrieb, Langjähriger Veteran mit Kühler, Wagenbau f. d. Häuser Rudolf Dörpog, Hermann Gerjon etc.  
**Hochwaldparzellen,** 60jähr. Bäume, direkt Bahn, hübsch, Anlegeplätze, versch. bei kleiner An- und Abzahlung. Anlieferung sofort. **Aug. Pochert** im Vorort Dabendorf (Potsd. Bahn). 22632\*

Genie, Sonnabend, den 17. Juni:  
**Erste große Mondscheinahrt mit Musik**  
von der Dampferstation Michaelbrücke I nach Müggelwerder. Abfahrt: Abends 9 1/2 Uhr. Fahrpreis hin und zurück 50 Pfennig. - Tanz frei.

**Heideschlösschen Hohenbinde**  
„Zum Gutenberg“.  
Schönster Ausflugsort.  
Von Erkner (Stadtbahnstation) 30 Minuten herrlicher Waldweg. Romantisch am Walde und direkt an der Spree gelegen. - Vorzügliche Küche. - Union- und Schultheiß-Biere. - Vereine, Gesellschaften sowie alle Kollegen und Bekannte laden ich zu zahlreichem Besuche freundlichst ein. 33602\*

**Eine Mark**  
wöchentliche Teilzahlung liefert elegante fertige Herren-Garderoben.  
Anfertigung nach Maß. Tadellose Ausführung.  
**Julius Fabian,** Schneidermeister, Große Frankfurter Str. 97, II. Eingang Strausberger Platz.

**Vereinigung der Zimmerer Deutschlands.**  
Bureau: Berlin O. Dragonerstr. 15. - Telefon: Amt III Nr. 5028.  
Sonntag, den 18. Juni 1905, vormittags 10 Uhr, in den Industriesälen, Beuthstr. 20:  
**Versammlung**  
des Vereins der Zimmerer Berlins und Umgegend.  
Tages-Ordnung: 1. Vereinsangelegenheiten. 2. Vortrag über die Entwicklung der Krankenfürsorge in Deutschland und die Verhältnisse in den Krankenkassen des Zimmerergewerbes. Referent: Kammerad E. H. Fischer. 3. Verschiedenes. 257/18

Hüte. Verkauf zu mäßigen, streng festen Preisen Schirme.  
Gegr. 1875 Gegr. 1875  
**Max Kaplan**  
1 Friedrichstraße 1.  
Maß-Anfertigung in allen Preislagen und bekannter Güte.  
Sommer-Paletots, neueste Muster M. 15, 16, 18, 20, 24 usw.  
Sommer-Paletots, Seldentutter, hervorragend M. 42  
Jackett-Anzüge in allen Farben, neueste Fassons M. 20, 21, 22, 50, 24, 25, 26 usw.  
Entzückende Neuheiten in Knaben-Garderobe.  
Leichte Sommer-Jacketts 100 M. an. Krawatten.  
in Lustre, Alpaca usw. von . 30242\*

Unsere neue Marke:  
**Avanti-Zigaretten**  
hat einen geradezu beispiellosen Erfolg gehabt! - Warum? - Weil wir unser Versprechen einlösen und durch die Tatsache beweisen, daß es sehr wohl möglich ist, auch in Deutschland **Zigaretten für 1, 2 und 3 Pf.** aus reinem türkischen Tabak herzustellen, deren außergewöhnliche, gute und hervorragende Qualität jeden Raucher überrascht, der seinen Tabak und nicht bloß Marke rauchen will. Ueberzeugen Sie sich einmal selbst durch eine kleine Probe (das ist ja weiter nicht schlimm) und Sie sollen selbst entscheiden, ob das hier Gesagte ehrliche Wahrheit oder unglautere Reklame ist! 35021\*

**Frey & Co. G. m. b. H.**  
Spandauerstr. 33/35. Avanti-Zigaretten.

**Zigarren!** Billigste Bezugsquelle für Händler: ab Mk. 18.-  
**Bell & Co.** Rosenstraße 18, I. hat Einrichtungen

**Sozialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis.**  
Dienstag, den 20. Juni, abends 8 1/2 Uhr:  
**Außerordentliche General-Versammlung**  
in Habels Brauerei, Bergmannstr. 5-7.  
Tages-Ordnung:  
1. Erwahl für Revidieren und Vergütungskommission. 2. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **W. Pfannkuch** über: Organisation der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. 3. Diskussion. 4. Mitgliedsbuch legitimiert!  
Zahlreichen Besuch erwartet [238/19] **Der Vorstand.**

**Deutscher Buchbinder-Verband.**  
Zahlstelle Berlin.  
Dienstag, den 20. Juni, abends 7 1/2 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Platz 15:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Der Gewerkschaftskongress. Referent: Kollege **E. Brückner.**  
2. Bericht der Delegierten von der Gewerkschaftskommission.  
3. Renouveau der Delegierten.  
4. Verbandsangelegenheiten.  
Wir erlauben die Mitglieder, in dieser wichtigen Versammlung recht zahlreich zu erscheinen.  
**Die Ortsverwaltung.** 24/4

**Verband der Maschinisten u. Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands.** Verwaltungsstelle Berlin u. Umgegend. Bureau: O. 54, Dragonerstr. 15. Telefon: Amt III, 5028.  
Sonntag, den 18. Juni, nachm. 4 Uhr, bei **Volgt, Ritterstr. 75:**  
**Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Gewerkschaftliches - Rückblick auf den Gewerkschaftskongress in Köln. 2. Verschiedenes. Aufnahme neuer Mitglieder.  
**Die Ortsverwaltung.** 138/16

Am heutigen Tage feiert unser **Barier-Paul Böhm** seinen 44. Geburtstag. Wir rufen ihm am heutigen Tage ein dreimal demerendes Hoch zu. **K. H. J. D. R. O.**

**Sozialdemokrat. Wahlverein** I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.  
Osten, Stadtblz. 178a.  
**Todes-Anzeige.**  
Am Mittwoch, den 14. Juni, starb unser Mitglied, der Gastwirt **Otto Richter.**  
Seine Hinterbliebenen!  
Die Beerdigung findet am Sonnabend, 17. d. Mts., nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle des hiesigen Zentral-Friedhofes aus statt.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
244/1 **Der Vorstand.**

**Verband d. an Holzbearbeitungs-Maschinen beschäftigter Arbeiter** Berlins und Umgegend.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege **Wilhelm Boeck** am 13. d. Mts. nach schwerem Leiden verstorben ist.  
Seine Hinterbliebenen!  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 18. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des hiesigen Zentral-Friedhofes am Behrenstr. Weg aus statt.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
75/14 **Der Vorstand.**

**Zentralverband der Handels-, Transport- u. Verkehrsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.** Ortsverwaltung Grünau.  
Am Mittwoch verstarb nach langem Krankenlager unser langjähriger Mitglied **Emil Voß** im 63. Lebensjahre.  
Seine Hinterbliebenen!  
Die Beerdigung findet Sonntag nachmittags 1 Uhr von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes Grünau aus statt.  
Recht rege Beteiligung erwartet  
08/16 **Die Ortsverwaltung.**

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meiner geliebten Frau, unserer guten Mutter und Schwiegermutter **Berta Eckert** sagen wir allen unseren tiefgefühlten Dank. 2415b  
**Fritz Eckert** nebst Kindern.

**Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler** und anderer gewerbl. Arbeiter. (Ungeschriebene Hülfskasse Nr. 3, Hamburg.)  
**Certifikat Verwaltung Berlin F.**  
Sonntag, den 18. Juni 1905, nachmittags 10 Uhr, im Eminenten-Gesellschaftshaus, Eminentenstraße 42:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Wahl der gesamten Orts-Verwaltung, der Beitragskommission und des Vertrauensorgans. 2. Verschiedene Anträge.  
Jedes Mitglied ist verpflichtet, in dieser Versammlung zu erscheinen.  
NB. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Sommerfest am Sonnabend, den 15. Juli 1905, im Fröhlich-Altort-Theater, Schönhauser Allee Nr. 148, stattfindet. 129/3 **Die Ortsverwaltung.**

**METZNER Kinderwagen**  
Korbwaren, Bettstellen  
**Größtes Lager Berlins**  
Andreasstr. 23, Brunnenstr. 95  
Beusselstr. 67, Leipzigerstr. 54-55  
Verkauf Hof in fahrbüchsen.  
1000 Mark zahle jedem, der mir in **Belohnung** Berlin ein größeres Spezial-Geschäft in der Branche als das meiste nachweist.  
Katalog gratis.  
Früher Grabbecker, netto 8 1/2 1/2, 6,50 RM. per Nachnahme. **J. Sievers.** Friedrichshof Dltz. 24575



Berliner Nachrichten.

Wider den Alkohol

hatte eine bürgerliche Abstinenzvereinigung, eine der hiesigen „Guttemplerlogen“, für Donnerstag nach dem Weddingstadteil (Kolbergerstraße, bei Raabe) eine Volksversammlung einberufen, mit der sie sich an die Arbeiterbevölkerung wenden wollte. Diese Veranstaltung bildete, entgegen den Erwartungen ihrer Arrangure, einen nicht üblichen Abschluß des — Deutschen Arbeiter-Abstinenztages, den Berlin zu Pfingsten gehabt hat. Denn zu der gut besuchten Versammlung hatten sich neben Guttemplern auch Mitglieder des Deutschen Arbeiter-Abstinenzbundes eingefunden, und der Erfolg dieses Abends wurde ihnen zuteil.

Durch Bureauwahl, gegen die man zunächst auf guttemplischer Seite sich sträubte, weil man dort nicht weiß, was bei Einberufung von „Volksversammlungen“ Brauch ist, wurde die Leitung mit sehr großer Mehrheit unserem Parteigenossen Otto, dem Vorsitzenden der Ortsgruppe Berlin des D. A. A. V., übertragen. Ein Referat des Arztes Dr. Magnus Hirschfeld über die Frage „Was muß jeder Mann und jede Frau über den Alkohol wissen?“ suchte den Nachweis zu führen, daß gemohnheitsmäßiger Genuß von Bier, Schnaps usw. feinstens den ihm nachgesagten Nutzen bringe, sondern allmählich zu schweren Schädigungen des Körpers und des Geistes führe, die Irrenhäuser und die Gefängnisse fülle, das werdende Kind schon im Mutterleibe mit Gebrechen belege usw. Die Insassen der deutschen Abstinenzanstalten seien zu 60 Proz. Kinder von Trübsinn. Von 32 837 Insassen 120 derartiger Gefängnisse und Buchtäuser gaben 70—80 Proz. an, unter dem Einfluß des Alkohols gestanden zu haben. Englische Versicherungsgesellschaften haben die Schädigung der Gesundheit durch Alkohol längst erkannt und den Abstinenz Prämienermäßigung gewährt. Alkohol nützt nicht; für 3 Pf. Semmel enthält selbst noch Malzstoff mehr als ein Glas Bier zu fünf- oder gar zehnfachem Preise. Alkohol nützt auch nicht; den Soldaten ist längst der Schnaps entzogen, den man ihnen früher auf den Marsch mitgab. Hirschfeld, der selber Abstinenz ist, steht auf dem Standpunkt, daß nicht nur Unmäßigkeit, sondern auch die sogenannte „Mäßigkeit“ vom Uebel sei. Die Mäßigkeit des einzelnen sei eine Gefahr für diesen einzelnen, weil sie ihn leicht zur Unmäßigkeit führe, aber mehr noch für die Gesamtheit, weil gerade diese ungewöhnlich scheinende Mäßigkeit ein Vorbild abgibt, das den Nichttrinker zur Nachahmung reizt. Ueberhaupt habe der einzelne für seine Stellung zur Alkoholfrage das zu bedenken, daß es nicht darauf ankomme, ob er selber vom Alkohol Schaden habe oder nicht. Die Gesamtheit müsse vor Schaden bewahrt werden, und dazu könne der einzelne am besten dadurch beitragen, daß er das Beispiel völliger Alkoholenkhaltung gebe.

Die Diskussion brachte eine Aussprache zwischen Vertretern der bürgerlichen und der sozialdemokratischen Abstinenz sowie andererseits Vertretern der Abstinenz und sozialdemokratischer Nichtabstinenz. Von sozialdemokratischen Abstinenz beteiligten sich besonders Berg (Vorsitzender des D. A. A. V.) und Niehse (Berliner Delegierter zum Arbeiter-Abstinenztag). Der Streit drehte sich darum, ob die Welt besser wird, wenn jeder einzelne durch Alkoholenkhaltung sich zu innerlicher Besserung vorbereitet und hinüberleitet, oder wenn die Arbeiterklasse durch Alkoholenkhaltung sich stützt, um noch wirksamer ihren Forderungen Kampf zu führen zu können, von dessen Entscheidung die Gesellschaftsumgestaltung erwartet wird. Nebenher ging die andere Frage, ob die Ausrottung der Alkoholpest, die die Arbeiter-Abstinenz zu den Vorbedingungen des Kampfes der Arbeiterklasse zählen, nicht vielmehr erst als Folge einer siegreichen Durchführung dieses Kampfes zu erhoffen sei. Die Mehrheit der Zuhörer stimmte der Ansicht bei, daß der Kampf gegen den Alkohol allein noch nicht das Elend der Arbeiterklasse beseitigt, aber mithelfen kann im Kampf gegen das Kapital.

Selbstmord eines Geisteskranken. Im Verfolgungswahninn hat sich der Porträtmaler Julius Junzig in der vergangenen Nacht durch einen Sturz vom Dach des Leben genommen. Junzig kam vor einiger Zeit von Forstheim hierher und wohnte in der Karlstraße 40 im vierten Stock. Seit zwei Tagen fiel seinen Freunden ein verändertes Wesen an ihm auf. Junzig bildete sich ein, daß er von Detektivs beobachtet und verfolgt werde. Gestern Abend war einer seiner Freunde bei ihm und verließ ihn erst spät. Der Kranke war beim Abschied ganz ruhig. In einem Anfall, der etwas später wieder eingetreten sein muß, stürzte Junzig aus einem Fenster des vierten Stockwerks auf das Dach und von hier aus auf das Nebenhause Nr. 41, wo er sich erst am First und dann an der Dachrinne zu schaffen machte. Privatleute und Schulleute sahen von der Straße aus das seltsame Treiben. Sie benachrichtigten die Feuerweh. Aber bevor diese oder sonst jemand Hilfe bringen konnte, stürzte sich der Unglückliche vom Dach auf das Straßenpflaster hinab, wo er mit zerlummeterten Gliedmaßen liegen blieb. Man brachte ihn nach der nahe gelegenen Charité, hier starb er jedoch schon während der Aufnahme.

Freß verborgen. Die 18 Jahre alte Elise Ziegert hat sich im Untersuchungsgefängnis erhängt. Sie war seit ihrem fünfzehnten Lebensjahre eine unverbesserliche Diebin. Zuerst stahl sie einem Hausgenossen, dem Wollereibesitzer Geride, bei dem sie damals Aufwartedienste leistete, einen Tausendmarktschein und dem Wäscheputz. Mit der Wente in der Tasche lief sie ihrer Mutter davon, kaufte sich eine goldene Uhr, Fingerring und Schmuckstücke und trieb sich mit jungen Burtschen, die auf ihre Kosten lebten, umher, bis sie in einer Konditorei entdeckt und festgenommen wurde. Von dem gestohlenen Gelde hatte sie noch 720 Mark. Geride bekam außer diesen die goldene Uhr. Die Diebin wurde zu acht Wochen Gefängnis verurteilt, die Vollstreckung der Strafe aber wurde mit Rücksicht auf ihr Alter ausgesetzt. Statt sich zu bessern aber setzte die Verurteilte ihre Diebereien fort, bis sie kürzlich wieder abgefaßt wurde. In den Geschäften, in denen sie Arbeit fand, bestahl sie sowohl ihre Mitarbeiterinnen als auch die Arbeitgeber. Endlich wurde sie in der Kreuzerstraße ertappt, nachdem sie nach und nach eine Menge Blusen, Lächer und Bänder entwendet hatte. Im Untersuchungsgefängnis machte sie jetzt ihrem Leben durch Erhängen ein Ende. Die Selbstmörderin hatte bereits mehrere Liebesverhältnisse und war Mutter eines jetzt ein Jahr alten Kindes.

Doppeltes Pech beim Fleddern hatte ein „Arbeiter“ Max Kösch, der Donnerstagsabend auf dem Gartenplatz eine geeignete „Leiche“ fand. Ein Arbeiter war dort eingeschlossen. Um eine Probe auf seine „Zuverlässigkeit“ zu machen, trat Kösch, ein gewerbmäßiger Fledderer, an ihn heran und gab ihm ein paar sonstige Rippenstücke. Als der Schlafende auch hier von nicht erwartete, nahm er ihm in aller Ruhe Uhr und Kette ab und ging von dannen. Ein Lehrling aber, der zu seiner Erleuchtung noch etwas nach dem Gartenplatz gegangen war, hatte sein Begonnen heimlich beobachtet. Er folgte dem Fledderer und ließ ihn am Stettiner Bahnhof von einem Schuhmann festnehmen. Auf der Wache des 7. Reviers bestritt Kösch nicht, daß die Uhr nicht sein Eigentum sei, aber er behauptete, daß ein Unbekannter sie ihm zum Verkauf übergeben habe. Zu seinem Unglück kam noch während seines Verhörs der Bestohlene, der zufällig im 7. Revier wohnt, um den Diebstahl anzugehen, sonst hätte man ihn nicht so leicht überführen können. Der Fledderer gab sich jetzt verloren und wurde in Untersuchungsgefängnis genommen, der Bestohlene aber erhielt sein Eigentum gleich zurück.

Wegen Bandendiebstahls wurden drei 16 und 17 Jahre alte Burtschen, Max und Albert Härtel und Konrad Schulz, festgenommen. Sie hatten sich zusammengetan, um Ladenkäse zu plündern. Sie

trieben hauptsächlich in der Turm-, Gneisenau- und Stendalerstraße ihr Wesen, wo sie die Kassen von Butter- und Zigarrengeschäften erbrachen und beraubten. Schulz wurde endlich in der Havelbergerstraße 13/14 abgefaßt, als er zur Nachtzeit in einen Laden eingedrungen war. Der Geschäftsmann erwaute durch das Geräusch; er überraschte den Einbrecher bei der Arbeit und übergab ihn der Polizei. Dort legte der Dieb ein unfaßliches Geständnis ab und nannte auch seine Helfershelfer. Auf die Rechnung dieser bisher unbefohlenen Burtschen sind viele Ladeneinbrüche in Moabit zu setzen. Oft richteten die jungen Einbrecher durch Verwüstungen unter den Waren mehr Schaden an als durch den Diebstahl selbst.

Vorsicht bei Benutzung des Fernsprechers. „Achtung! Kurbel nur einmal drehen!“ Die Nichtbeachtung dieser Weisung hat dem Kommissar Hugo Heinrich in Rixdorf eine Anklage wegen fahrlässiger Körperverletzung eingetragen. Um im Auftrage seines Chefs eine eilige Bestellung zu bewirken, hatte H. den Fernsprecher eines benachbarten Kaffeehauses, der zwei Nebenschlüsse besaß, mit Erlaubnis eines Keulners benutzt. Da er nicht sofort Verbindung erhielt, wurde er ungeduldig und drehte trotz der an jeder Fernsprecherstelle angeschlagenen Warnung die Kurbel mehrmals hintereinander herum. Leider hatte die Nichtbeachtung der Vorschrift in diesem Falle sehr bedauerliche Folgen: durch die jämmerliche, mehrmalige Umdrehung der Kurbel entstand Starkstrom in der Leitung, die Telephonistin bei Feuerlauf, welche die Verbindung vermittelte, erhielt einen elektrischen Schlag, dessen Folgen sie für längere Zeit auf Krankenlager fesselten und arbeitsunfähig machten. Es gelang, den Kommissar als Urheber des Unfalls zu ermitteln. H. gab zu, die Kurbel in seiner Ungebild, ohne sich etwas Böses dabei zu denken, mehrmals herumgedreht zu haben. Nur der Umstand, daß der betreffende Fernsprecher zwei Nebenschlüsse hat, H. also nicht mit Sicherheit der Tat überführt werden konnte, führte seine Freisprechung herbei.

Aus der Magistratskammer vom Freitag. Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg v. Trost zu Solz hat gestern dem Magistrat von Berlin einen Besuch abgestattet. Vom Oberbürgermeister Kirchner in seinem Amtszimmer empfangen, wurde der Oberpräsident in den Magistratskammeraal geleitet und dort den versammelten Magistratsmitgliedern vorgestellt. Der Oberpräsident äußerte sich recht anerkend über die Selbstverwaltung des großen Gemeinwesens Berlin mit seinen vielen Tausenden im Ehrenamt tätigen Bürgern. Er werde bemüht sein, die persönlichen und amtlichen Beziehungen zwischen Staat und Stadt zu fördern, auch die Selbstverwaltung im Rahmen der gegebenen Gesetze gern unterstützen. Mit allen Magistratsmitgliedern wechselte der Oberpräsident einige verbindliche Worte und verabschiedete sich dann von dem Kollegium.

Mitgeteilt wurde, daß seitens des Ministers für Handel und Gewerbe der Stadtrat Dr. Westenberg auf fünf Jahre zum Mitgliede der allgemeinen Abteilung des ständigen Beirates für das allgemeine Unterrichts- und Gewerbe-Ordung ernannt worden ist.

Zum Besuch der englischen Grafschaftsräte. Die englische Kommission — 60 Teilnehmer —, die zum Zwecke des Studiums städtischer Einrichtungen nach Berlin kommt, wird am Montag vom Oberbürgermeister im Rathaus begrüßt werden. Dienstag, Mittwoch und Donnerstag werden städtische Anstalten, wie Krankenhäuser, Irrenanstalten, Schulen, städtische Werke usw. besichtigt werden.

Pfingstverkehr auf der Eisenbahn. Der Verkehr auf den Bahnstrecken des Eisenbahn-Direktionsbezirks Berlin während des diesjährigen Pfingstfestes weist gegenüber dem des Vorjahres eine sehr erhebliche Steigerung auf, im Gegensatz zu einer Lokalmotiv, die am Tage nach den Pfingstfeiertagen den Wäldern übermittel worden war. Der Fahrartenverlauf auf den hiesigen Bahnhöfen ist um 15 Prozent gestiegen. Hierbei steht an erster Stelle der Schlesische Bahnhof mit 144 355 Fahrarten, ihm folgen der Potsdamer Bahnhof mit 112 598, Bahnhof Friedrichstraße mit 82 266 und der Örtlicher Bahnhof mit 78 708 verkauften Fahrarten. Für die Vorort-Strecken ist gegenüber dem Vorjahre eine durchschnittliche Verkehrssteigerung um 22 Proz. zu verzeichnen, auf der Wannesebahn betrug sie sogar 47 Prozent! Zur Verwältigung des Verkehrs wurden sämtliche verfügbaren Lokomotiven und Wagen in Betrieb gesetzt und im Fernverkehr 261 Sonderzüge abgefertigt, während 353 Sonderzüge von außerhalb in Berlin eintrafen. Der Stadt-, Ring- und Vorortverkehr erforderte während der verkehrsreichen Stunden die Einstellung von Zügen bis zur Grenze der Leistungsfähigkeit der einzelnen Strecken. Ungeachtet des unerwartet starken Andranges der Reisenden konnte der Verkehr ohne Unfälle und Störungen abgewickelt werden, doch war eine Ueberfüllung der Abteile in den Morgen- und Abendstunden begehrigsterweise nicht immer zu vermeiden.

Der Rückgang des Wasserstandes der Spree und Havel scheint auch in diesem Jahre zu einer Katastrophe für die Schifferbevölkerung zu führen. Der Rückgang des Wasserstandes erfolgt zwar langsam, aber stetig und ist auch durch die letzten Regentage nicht unterbrochen worden. Es hat infolgedessen bereits eine Beschränkung des Tiefgangs der die Havelstämme passierenden Fahrzeuge auf 150 Meter angeordnet werden müssen und leider ist zu befürchten, daß bald weitere Beschränkungen für die Beladung der Zillen eintreten. Es erscheint dies um so wahrscheinlicher, als auch von der Oberelbe ein fortgeschritten Fall des Wassers gemeldet wird. Der gegenwärtige Wasserstand ist unter Mittel, und die letzten Berichte bringen von den meisten Beobachtungsstationen Minus-Meldungen. Allerdings ist für die Elbschiffahrt zurzeit eine Gefährdung noch nicht vorhanden.

Kaufmannsgericht und Oberbürgermeister.

Der Oberbürgermeister Kirchner hat gestern früh um 10 Uhr aus Anlaß der ersten Plenarsitzung des Berliner Kaufmannsgerichts der Eröffnung beigewohnt. In seiner Redeleitung befanden sich der Dezernent Bohm und Stadtrat Raab. Zu seiner Begrüßung waren erschienen der Vorsitzende, Magistratsrat v. Schulz, die Magistratsräte Ledow, Dr. Leo und Schallhorn, die Richter Hefner, Liebrecht, Wölblich u. a., sowie der Ingenieur Bernhard, der Reichstagsabgeordnete Gewerkschaftssekretär Richter mit anderen Beisitzern des Kaufmanns- und Gewerbegerichts. Oberbürgermeister Kirchner hielt im Sitzungszimmer eine kurze Ansprache. Er führte ungefähr folgendes aus: „Heute ist die erste öffentliche Sitzung des Berliner Kaufmannsgerichts. Das Kaufmannsgericht ist hervorgegangen aus demselben Gedanken, dem auch das Gewerbegericht seine Entstehung verdankt. Abgesehen von dem Wunsch der Schnelligkeit in der Rechtssprechung ist es besonders der Wunsch gewesen, die Judikatur mit den Kreisen, die hier ihr Recht suchen, in nähere Berührung zu bringen, wie es schon beim Gewerbegericht seit Jahren der Fall ist. Man kann wohl sagen, daß sich das Gewerbegericht die Hochachtung aller Kreise erworben hat. Es hat sich eingelebt und bahnbrechend gewirkt. Der Gesetzgeber hat dies anerkannt durch die Schaffung der Kaufmannsgerichte. Keine Herzen, die Kaufmannsgerichte werden ihre Aufgaben am besten und sichersten erfüllen, wenn sie sich auf den alten preussischen Grundsatze des Rechts stellen, wonach die richterliche Gewalt im Namen des Königs unabhängig von allen Partei- und Berufseinflüssen auszuüben ist. Sie haben Recht zu sprechen im Namen des Königs auf Grund der gegebenen Gesetze; sie stehen unabhängig da und haben niemand Rechenschaft zu geben. Nur unter Anwendung der Gesetze haben sie Recht zu sprechen und sich der Autorität der Gesetze unterzuordnen, und keine andere Autorität anzuerkennen, als die des Gewissens. Das Amt des Richters steht neben dem des Königs. Der Richter soll sich von keinem

anderen beeinflussen lassen und stets ohne Rücksicht auf die Partei- und Berufsinteressen entscheiden; selbst dann, wenn es seinem Herzen zu ehe tut, soll er nur nach dem Gesetz urteilen. Wenn Sie in diesem Sinne Ihre Autorität ausüben, werden Sie das Kaufmannsgericht zu demselben Ansehen verhelfen, wie das Gewerbegericht es schon besitzt und damit der Allgemeinheit dienen. Ueber die Interessen der Partei, des Berufs und des Standes steht das Interesse für Gerechtigkeit.“ — Der Magistratsrat v. Schulz dankte hierauf im Namen seiner Kollegen, in seinem Namen und im Namen der Beisitzer dem Oberbürgermeister für sein Erscheinen und dem Magistrat, sowie den Stadtverordneten für die Bewilligung so überaus prächtiger Räume mit schöner Einrichtung. Die Wünsche nicht nur des Kaufmanns, sondern auch des Gewerbegerichts seien somit in Erfüllung gegangen. Trotz oft sehr schwieriger Verhältnisse, trotz des Zweipakts, der oft zwischen Arbeitern und Arbeitgebern herrsche, habe das Gewerbegericht anerkannte Ergebnisse erzielt. Im Kaufmannsgerichte sollen die Verhältnisse nicht so schwierig sein, und seien die Hoffnungen berechtigt, daß auch das Kaufmannsgericht die Zufriedenheit aller erlange. v. Schulz schloß mit den Worten: „Im Namen der Kollegen und im Namen der Beisitzer gelobe ich, daß diese Stätte eine Stätte des Friedens und der Gerechtigkeit sein soll.“ — An die Eröffnung schloß sich eine Besichtigung der Räume, die auf alle einen vorzüglichen Eindruck machten. Besonders der große Sitzungssaal im ersten Stock gefiel den Anwesenden.

Der Oberbürgermeister muß ob der Qualität der Beisitzer seine Befürchtungen haben, wenn er den in ihrer erdrückenden Mehrheit sozialistenfeindlichen Herren das Gewerbegericht als Muster vorhält, die Person des Königs so ostentativ hervorhebt und sie an die selbstverständliche Pflicht der Unparteilichkeit erinnert. Nach unserer Meinung wären solche Befürchtungen nicht am Platze. Die starke Inanspruchnahme des Kaufmannsgerichts, die Klagen haben sich bereits vor seiner Eröffnung gehäuft, werden auch Herrn von Schulz bald zur Erkenntnis verhelfen, daß die Gegenseite zwischen Kapital und Arbeit im Handelsgewerbe genau so schroffe sind wie in der Industrie.

Branddirektor Reichel hat gestern früh die Berliner Feuerweh übernommen. Nachdem er sich die Bureauarbeiten durch den Vorsteher Sens hatte vorstellen lassen, wobei er eine Ansprache hielt und dabei betonte, daß er kein Freund von Bielschreiberei sei, begrüßte er das erscheinende Offizierskorps. So meldet der Magistrats-Offizialus. Wir dachten bisher, daß Bielschreiberei wenigstens bei der Feuerweh ausgeschlossen wäre.

Eine deutsche Mädchenhändlerin ist bei ihrer Ankunft in New York durch die dortige Behörde abgefangen worden. Am März d. J. erhielt die Kriminalpolizei in Altona die Nachricht, daß die 55 Jahre alte Marie Dells, gebürtig aus Albersdorf in Dithmarschen, mit einem Mädchentransport nach Des Moines im Staate Iowa (Nordamerika) abzureisen gedente. Bevor zur Verhaftung der D. geschritten werden konnte, hatte diese sich bereits in Hamburg auf dem Dampfer „Pratoria“ eingeschiffert. Zwei der zu verkaufenden Mädchen konnten nach der Abreise zurückgehalten werden, während ein drittes Opfer die Fahrt nach Amerika antrat. Die Polizeibehörde in Altona benachrichtigte die hiesige Polizei-Zentralstelle zur Bekämpfung des Mädchenhandels, durch welche das Deutsche Nationalkomitee, Altonaplatz 14, von der Mädchenentführung Kenntnis erhielt. Da die „Pratoria“ bereits an dem darauf folgenden Tage an ihrem Bestimmungsorte eintreffen sollte, so sandte das Komitee eine Kabeldepesche an das deutsche Konsulat in New York, welches wiederum die dortige Polizeibehörde verständigte. Die Dells wurde sofort bei der Ankunft des Schiffes verhaftet und auf Grund des Artikels 3 des Einwanderungsgesetzes (Mädchenhandel) unter Anklage gestellt. Wie das deutsche Konsulat in New York nunmehr mitteilt, ist die Mädchenhändlerin mit zwei Jahren Zuchthaus bestraft worden. Das bei ihr befindliche Mädchen wurde an der Landung verhindert und mit dem nächstfolgenden Hamburger Dampfer „Patrizia“ nach Deutschland zurückgeschickt.

Vom Tischlag getroffen wurde gestern nachmittag in der Brunnenstraße die 27 Jahre alte, unberechnete Bertha Berger. Ein Schuhmann nahm sich der Erkranken an und veranlaßte ihre Ueberführung nach dem Hedwig-Krankenhaus, wo sich die B. soweit erholt, daß eine Lebensgefahr für sie nicht mehr besteht.

Ein schreckliches Brandunglück. Lebensgefährliche Brandwunden erlitt am Freitag nachmittag die 30jährige Ehefrau des Fabrikbesizers Ernst Kose in der Mariannenstraße 31. Die an Krämpfen leidende Frau war damit beschäftigt, in ihrer im ersten Stock des linken Seitenflügels belegenen Küche Fett auszulassen. Durch Ueberlösen der Kaffe fingen die Kleider der Frau Feuer. Lichterlos brennend und hilflos eilte die Unglückliche die Treppe hinab über die beiden Höfe nach den Geschäftsräumen ihres Mannes. Da sie diesen nicht vorfand, stürzte sie, rasend vor Schmerz, nochmals nach dem ersten Hofe, wo sie erschöpft zusammenbrach. Nachbarn fanden nun erst Gelegenheit, durch Aufwerfen von Decken und Lächern die Flammen zu ersticken. Die mittlerweile benachrichtigte Feuerweh fand die bedauernswerte Frau über und über mit schweren Brandwunden bedeckt vor und schaffte sie sofort nach dem Krankenhaus am Urban, wo sie hoffnungslos daniederliegt.

Feuerbericht. Wegen eines Brandes, der im Zoologischen Garten in einem Holzschuppen ausgelommen war, wurden mehrere Züge gestern Abend alarmiert. Es brannten dort Ballen der Dedenerseehaltung u. a. Die Gefahr konnte schnell beseitigt werden. Ferner hatte die Feuerweh in der Frankfurter Allee zu tun, wo in einem Maschinenraum Feuer ausgelommen war und an Spänen reiche Raffung gefunden hatte. Am Tempelhofer Ufer 6 brannte Leer u. a. auf dem Dache. Außerdem wurden noch Brände aus der Sparrstr. 1, der Lüderstr. 32 und anderen Stellen gemeldet.

Theater. Im Schiller-Theater N (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater) findet heute Sonnabend die erste Aufführung des vieraktigen Lustspiels „Hosgunst“ von Hillo v. Trotha statt. Die Hauptrollen sind wie folgt besetzt: Der Fürst: Viktor Senger, die Fürstin Mutter: Meta Winger, Prinzess Elisabeth: Charlotte Frey, Erzengel v. Malten: Albert Hübner, Erzengel v. Eichen: Betty Weller, Kammerherr v. Koben: Friedrich Holtzhaus, Erzengel v. Buchen: Erich Ziegel, Hofjagdjunker v. Hellmuth: Reinhold Köstlin, Gräfin Birkenfeld: Agnes Werner, Baron Hohenstein: Max Kirchner, Witz: Ely Dier, Baronesse Wollberg: Hermine Schumowska, Premierleutnant v. Halben: Kurt Keller, Stabel: Oskar Wagner.

Neues Igl Operntheater (Kroll). Um den Spielplan vor Beendigung des Gastspiels der Wiener Operette unter Direktion des Herr Hs. Jeller möglichst interessant zu gestalten, wird neben „Jung-Heidelberg“ noch die Operette „Das Garnisonmädel“ von Raoul Hader gegeben werden und abwechselnd mit „Jung-Heidelberg“ bis Ende d. M. das Repertoire beherrschen. — Lustspielhaus. Die für Sonnabend angelegte Premiere von „Kritz-Kritz“ wird auf Mittwoch, den 21. d. M., verschoben. Die bereits gelösten Billets behalten für Mittwoch ihre Gültigkeit.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Der Charlottenburger Allgemeinen Ortsklasse wird von Zeit zu Zeit in bürgerlichen Wäldern die Ehre zuteil, als „sozialdemokratischer Korruptionsherd“ verdächtig zu werden. Gut acht Tage sind verlossen, daß ein Charlottenburger Lokalfloß gegen den Vorstand die Anschuldigung erhob, daß er versucht habe,

sch auf Kosten der Kassennmitglieder erhebliche Vorteile zu sichern, indem er das Gehalt des Vorsitzenden auf das Doppelte erhöht und jedem seiner Mitglieder als Entschädigung für eine Vorstandstätigkeit drei Mark zugebilligt habe. Weiter wurde dem Vorstand nachgesagt, daß er in den Leistungen für die Kassennmitglieder ungerecht spare, und schließlich teilte das Blatt mit, daß die Aufsichtsbekörde dem Beschluß des Vorstandes die Genehmigung versagt habe. Diese Mitteilung ist natürlich mit Feingebilde von der bürgerlichen Presse übernommen worden; zunächst von der kapitalistischen-katholischen „Germania“, die dieser Lüge älterer Art der Neuigkeit eben demgegenüber anhängt, weil sie vom Vorstand der Ortsklasse längst widerlegt sind. Selbstverständlich nutzt die arbeitseindliche Presse auch die unbefehenen Nachrichten weidlich aus, um gegen die dem Unternehmertum verhasste Selbstverwaltung der Arbeiterklassen Sturm zu laufen.

Nun ist es zwar eine Unerschämtheit, selbst in dem Falle von „sozialdemokratischer Rührigkeit“ zu reden, daß die von dem Charlottenburger Lokalblatt ausgehenden Neuigkeiten ebenso wahr wären, wie die früheren Geschichten aus der Charlottenburger Ortsklassenliste durch amtliches Zeugnis als unwahr erwiesen worden sind. Aber das gehört einmal zum guten Ton der arbeitseindlichen Presse, unter der die vom Reichsverband gegen die Sozialdemokratie benutzte „Germania“ als so ziemlich am struppellosesten erprobt ist. Es sind einige Leute im Vorstand einer neutralen, unter amtlicher Aufsicht stehenden Organisation, die im Verdacht sozialdemokratischer Bestimmung stehen, und nun ist es in dem Falle, daß irgendwer dieser Organisation oder deren Zeitung etwas am Neuge zu Miden weiß, sozusagen Ehrenpflicht, ohne Prüfung der Sachlage darauflos zu trommeln und die Sozialdemokratie für alles was geschieht sein soll, verantwortlich zu machen. Solche Verleumdungen läßt sich bei unseren Gegnern nur mit der Verlegenheit um reale Angriffspunkte entschuldigen.

Wir haben und erkundigt, ob der Vorstand der Allgemeinen Ortsklasse zu Charlottenburg sich mit den Angriffen der bürgerlichen Presse befaßt werde. Darauf ist uns erwidert worden, daß der Vorstand von einer Erklärung in der Presse absehen wolle; vielmehr werde er die Kassennmitglieder zu einer Versammlung einladen, die am Montag, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshause, Rosenstr. 3, stattfinden soll. Die Tagesordnung dieser Versammlung lautet: „Die Angriffe verschiedener Presseorgane gegen den Vorstand und die Verwaltung der Kasse.“

„Freie Volkshäuser“, Charlottenburg. Freitag, den 23. Juni, findet abends 8 1/2 Uhr im Volkshause, Rosenstr. 3, als offizielle Vorbereitung des Vereins ein „Freiwilliges Abend“ statt. Aus dem reichhaltigen Programm heben wir hervor: „Ein Heiratsantrag“, Einakter von Anton Tschekow, Gesänge, Rezitationen (Peter Schlemihl, Aedamus, Oera), Lieder zur Laute, Trommeltänzerin. — Neuanmeldungen für diese Vorstellung werden nur bis Dienstag, den 20. Juni, an den Jahrsstellen des Vereins angenommen.

Die städtischen Gasarbeiter hatten beifällig vor einigen Wochen eine öffentliche Versammlung einberufen, in welcher ihre Empörung darüber zum Ausdruck kam, daß ihre Löhne bei der allgemeinen Revision des Normal-Etats nicht gleichzeitig einer Revision unterzogen wurden. Die Versammlung sandte damals an den bei der Gasanstalt bestehenden Arbeiter-Ausschuß eine Resolution, in welcher derselbe aufgefordert wurde, Anträge auf Lohnaufbesserung bei der Verwaltung zu stellen.

Der Ausschuß ist dieser Aufforderung nachgekommen. Er hat eine durchgängige Erhöhung der Minimallöhne beantragt, durch welche dieselben den Anfangslöhnen der entsprechenden Arbeitergruppen in Berlin vielfach erst gleichkommen würden; die damit verbundene Erhöhung der Maximallöhne würde die Berliner Maximallöhne allerdings meist übersteigen.

Weiter hat der Ausschuß noch beantragt, die Lohnskala so einzurichten, daß die Höchstlöhne in 10 Jahren, nicht wie jetzt, erst in 16 Jahren erreicht werden.

Schließlich hat er noch den Antrag gestellt, denjenigen Arbeitern, die nach dem Streik im Jahre 1900 mit den Anfangslöhnen wieder eingestellt wurden, die Zeit, die sie vor dem Streik auf der Gasanstalt tätig waren, in ihre Dienstzeit einzurechnen.

Diesen letzten Antrag begründete der Arbeiterausschuß damit, daß den betreffenden Arbeitern bei der Wiedereinstellung versprochen wurde, bei guter Führung würde ihnen nach 2 Jahren die frühere Dienstzeit wieder eingerechnet werden. Aber auch abgesehen von einem solchen Versprechen meint der Ausschuß, daß die große Festfreude, die bei der 200-Jahrsfeier der Stadt entfaltete wurde, wohl eine passende Gelegenheit sei, die Folgen eines um Jahre zurückliegenden Streiks auszugleichen.

Die Deputation für das Besetzungswesen hat zur Beratung der Anträge einen Ausschuß eingesetzt, in den sie auch unseren Genossen Dr. Vorchardt entsendet hat. Die Gasarbeiter werden gut tun, unserem Genossen etwaiges auf die Anträge bezügliche Material zur Verfügung zu stellen.

### Rixdorf.

Herr Pastor Rodelschwingh, der bekanntlich Groß-Berlin mit ähnlichen „Böhschheit“-Einrichtungen beglücken will, wie solche schon in Bethel bei Bielefeld bestehen, hat sich nun auch an die Vororte um finanzielle Unterstützung gewandt. Nachdem ihm die Stadt Berlin ein Nieselgut zur Verfügung gestellt und sonst weitmöglichste Unterstützung zugesagt hat, ist er nun — wie bei den anderen zu Groß-Berlin zählenden Vororten — auch an Rixdorf mit einem Gesuch um einen laufenden Kostenbeitrag heranzutreten, der auf circa 10 000 M. im Jahre berechnet ist. Die letzte Sitzung der Armendeputation beschäftigte sich mit diesem Gesuch, kam aber zu einer einstimmigen Ablehnung desselben. Den Grund zu derselben gab in erster Reihe die Tatsache, daß Rixdorf eine ganz beschwindend geringe Zahl von Obdachlosen aufweise, somit kein direktes Interesse an den vom Pastor Rodelschwingh geplanten Hilfsstationen und Arbeitskolonien habe. Ein weiterer Ablehnungsgrund war, daß die Vororte der Stadt Berlin schon genügend Lasten (beispielsweise für Schulen usw.) abnehmen müssen, ohne auch noch für die Berliner Obdachlosen in Anspruch genommen zu werden. — Eine lebhafteste Debatte rief in derselben Sitzung eine Anfrage des Regierungspräsidenten hervor, der einem alten Veteranen von 1870/71 einen Ehrensold geben, zuvor aber wissen möchte, wieviel bei den Rixdorfer Verhältnissen Einkommen für eine fünfköpfige Familie nötig ist, um diese vor der Armenpflege zu bewahren. Die in Frage stehende Familie besteht aus dem invaliden Vater, der schwerkranken Mutter — die also beide absolut erwerbsunfähig sind, ja sogar der Pflege und Auswartung bedürfen — dann aus drei Töchtern und einem Sohn (dem Jüngsten), die im Alter von 18—11 Jahren stehen. Und für eine solche Familie wurde seitens eines Deputationsmitgliedes im Ernste 900 M. im Jahre als vollkommen ausreichend gehalten. Wie mag sich in dem Kopfe dieses Herrn — der übrigens auch noch Bezirks- und Armenvorsteher ist — die Existenzmöglichkeit einer Arbeiterfamilie malen? Die Deputation war vernünftig genug, diesen von Sachkenntnis ungetrübten Vorschlag abzulehnen und hielt circa 1200 M. im vorliegenden Falle für notwendig. Auch hierbei wird der alte Vaterlandsverteidiger mit seiner Familie kein Schlemmerleben führen können; aber das „dankbare“ Vaterland hat nun mal nicht mehr für ihn übrig.

Reben einigen kleineren Vorlagen beschloß die Deputation schließlich noch eine „Lohn“-erhöhung für die auf Anweisung der Armenverwaltung zu Wächnerinnen gerufenen Hebammen. Der bisherige Satz von 8 M. wurde auf 10 M. erhöht.

### Schöneberg.

Die Einführung unseres letzten zum Stadtverordneten gewählten Genossen Wilhelm Reich wird bereits in der am Montagabend stattfindenden Stadtverordneten-Versammlung erfolgen. Die Sozialdemokratie ist dann durch sieben Stadtverordnete im städtischen Parlament vertreten.

### Lichtenberg.

Der geplante Kanalisationszweckverband zwischen den städtischen Vorortsgemeinden Lichtenberg, Vorkoggen-Rummelsburg und Niederschlesche erscheint, soweit die beiden ersteren Gemeinden in

Frage kommen, gesichert. Die Gemeindevertreter der beiden Gemeinden mit ihren Gemeindevorständen und zwei Gemeindevertreter (Soz.) von Niederschlesche traten am 13. Juni zu einer Besprechung des den einzelnen Gemeinden gleichlautend vorliegenden Statutenentwurfs für den zu gründenden Zweckverband zusammen. Die über drei Stunden dauernde Sitzung zeigte nach einer lebhaften Auseinandersetzung, deren Kosten in der Hauptsache von unseren fast vollständig erschienenen Genossen getragen wurde, die Beweiskraft, daß das Statut mit geringen Abänderungen in den dazu berufenen Gemeindevertreterversammlungen Annahme finden wird. Das Bestreben unserer Redner ging im wesentlichen dahin, den angeführten Gemeinden durch ihre resp. Gemeindevertretungen auch in Zukunft die Möglichkeit zu sichern, zu dem Tun und Lassen des Zweckverbandes, der ja eine Körperschaft öffentlich-rechtlichen Charakters für sich ist, Stellung nehmen zu können.

### Groß-Lichterfelde.

Kein Bedürfnis. Die Parteigenossen von Groß-Lichterfelde beabsichtigten am 1. Mai ein Tanzvergnügen. Der Amtsvorsteher versagte jedoch, wie in früheren Jahren, die Erlaubnis ohne Angabe von Gründen. Mit Rücksicht auf das zweifellos gesetzwidrige Verbot wurde Beschwerde beim Landrat des Kreises erhoben. Darauf trat folgender Bescheid ein:

„Die Abhaltung von öffentlichen Tanzlustbarkeiten ist gemäß der Ober-Präsidialverordnung vom 7. März 1904 nach dem Bedürfnis zu bemessen. Ein solches vermag ich für den 1. Mai nicht anzuerkennen, da bereits an den Sonntagen in Groß-Lichterfelde an zahlreichen Stellen regelmäßig öffentliche Tanz stattfinden. Die von Ihnen beantragte Erlaubnis ist daher mit Recht abgelehnt worden.“

Es ist recht merkwürdig, daß der Herr Landrat des Kreises oder dessen Stellvertreter just am 1. Mai das „Bedürfnis“ zum Tanzen nicht anerkennen will, während er an allen übrigen Tagen des Jahres ein solches als offenbar selbstverständlich voraussetzen scheint. Es handelt sich natürlich nur um eine jener kleinen Maßnahmen gegenüber der Sozialdemokratie, mit denen speziell die preussische Verwaltungstechnik so vorzüglich ausgerüstet ist.

Alljährlich wird hier ein Fest der sogenannten „Schühngilde“ abgehalten, die sich aus ehrlichen und selbstverständlich Kaiserhaltenden Spielbürgern rekrutiert. Dieser Rummel dauert nun schon vier Tage und der „Ball“ — das ist wahrscheinlich keine Tanzlustbarkeit — ist nicht verboten worden, obwohl an den Sonntagen in Groß-Lichterfelde an zahlreichen Stellen regelmäßig öffentliche Tanz stattfinden. Der Landrat beruft sich in seiner Begründung auf eine Ober-Präsidialverordnung vom 7. März 1904. Wir fragen ihn sowie den Amts- und Gemeindevorsteher von Groß-Lichterfelde, aus welchen Gründen und auf Grund welcher Bestimmungen die Tanzvergnügen aus den Jahren vor 1904 verboten worden sind? Im Antwort wird gebeten.

### Mahlsdorf.

Der besondere Fürsorge der Polizei scheint sich der Gastwirt Bernack zu erfreuen, allerdings erst, nachdem vor einiger Zeit bei ihm eine sozialdemokratische Versammlung stattgefunden hat. Der Amtsvorsteher setzte am 31. Mai die Polizeistunde auf 10 Uhr herab, um „das störende Niveau der Gäste zu bessern“. Die Arbeiter hielten es für ihre Pflicht, den Mann zu unterstützen, und so hatten sich am zweiten Feiertage einige hundert Arbeiter eingefunden, um sich nach Herzenslust zu vergnügen. Da, um 10 Uhr abends, erschienen zwei Gendarmen auf dem Platze und forderten die Anwesenden zum sofortigen Verlassen des Lokals auf. Dieser Aufforderung muß wohl nach Ansicht der Gendarmen nicht schnell genug entprochen worden sein, denn sie begannen die Gäste nach den Ausgängen hinauszudrängen. Nur der Besonnenheit einiger Genossen ist es zu danken, daß nicht ernstere Zusammenstöße mit der Polizei vorliefen. Während sich dieser Vorgang abspielte, hörten vor dem etwa 100 Meter entfernt liegenden Lokale von Anders eine Rote Kowidie die öffentliche Ordnung. Schon aus mehreren Lokalen hinausgeworfen, erlegte sie in dem genannten Lokale das gleiche Schicksal. Auf der Straße rumpelten die Wutigen die Passanten an, der Sattler Klingbein aus Mahlsdorf wurde sogar durch Messerhiebe derart verletzt, daß er schwer krank liegt. Hier wäre die Polizei viel notwendiger gewesen, als aus dem Bernack'schen Lokal harmlose Gäste hinauszudrängen. Man darf wohl annehmen, daß die Arbeiterschaft den wegen seiner Toleranz gegen anständliche Arbeitervereine gemahregelten Wirt weiter nach Kräften unterstützen wird. In der Großstadt denkt die Polizei heute nur noch selten an solche Praktiken, und so ist zu erwarten, daß unsere Parteigenossen auch an kleinen Orten den Amtsgewaltigen das Verhalten an derartigen Maßregelungen verzeihen werden.

## Gerichts-Zeitung.

Ein Ausbruch aus Ploßensee beschäftigte gestern unter dem Gesichtspunkte der Meuterei die II. Strafkammer des Landgerichts II. Die Anklage richtete sich gegen den jetzt 27-jährigen Arbeiter August Brechel und den 24-jährigen Arbeiter Theodor Pohlmann. Brechel ist seinerzeit in dem jugendlichen Alter von 16 Jahren wegen Mordes zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Er hat vier Jahre dieser Strafe im Gefängnis zu Rammberg a. S. verbüßt und ist dann wegen Uebertretung in das Gefängnis Ploßensee übergeführt worden. Hier sitzt er nun schon wieder sieben Jahre, so daß er von seiner Strafe nur noch vier Jahre zu verbüßen hat. Pohlmann ist wegen Körperverletzung zu drei Jahren Gefängnis verurteilt worden und hat die Strafe bis auf einen Rest von neun Monaten abgehüßt. Beide arbeiten in einer Barade, in welcher Süde und Peitschen fabriziert werden und in Weiden scheint die Seifensucht nach der Freiheit in gleichem Maße rege geworden zu sein. Bei der Barade befindet sich ein Motorraum, dessen nur durch dünne Eisenstäbe vermittelter Fenster ins Freie führte. Nach diesem Fenster richteten sich oft die Blicke der beiden Angeklagten und sie sprachen wohl gelegentlich über die Möglichkeit, auf diesem Wege aus dem Gemäuer der Strafanstalt heraus zu kommen. Brechel konnte den Gedanken, durchzubrennen nicht mehr los werden. Im diesem Gedankensitz zu entgehen, meldete er sich, wie er vor Gericht behauptete, zur Hollarthaus, es wurde jedoch zu einer solchen ein Grund nicht erlaubt, sein Gesuch wurde abgelehnt und nun hat er seiner „Schuldt nach drängen“ nicht mehr widerstehen können. Nachdem er schon vorher sich aus dem Material für die Peitschenfabrikation ein fünf Meter langes Seil zusammengegedreht hatte, ging er am 19. Dezember aus Werk. Während der Mittagspause, als die Insassen der Arbeitsbarade zum Mittagessen geführt worden waren, hatte er Gelegenheit gefunden, in den Motorraum zu schlüpfen und in ganz kurzer Zeit mit einer Zelle einen Stab des Fenstergitters durchgeholt, so daß er sich hindurchquetschen konnte. Dies tat er denn auch schamlos und Pohlmann, der ihn bei dieser lächerlichen Arbeit betrauen hatte, folgte seinen Spuren. Sie nahmen noch einen Stod, sogenannten Totschlänger, der später wieder vorgefunden worden ist, zur Sicherung auf ihrer Flucht mit. Sie kamen zuerst auf einen kleinen Hof, krochen auf einen dort stehenden Schuppen hinauf, kletterten auf das Dach und ließen sich dann mittels des Seiles außerhalb der Gefängnismauern zur Erde nieder. Sie fanden dann auch durch halsberedte Personen Gelegenheit, die Anstaltskleider mit anderen Kleidern zu vertauschen. Lange haben sie sich übrigens ihrer Freiheit nicht erfreuen können; sie sind aus Berlin überhaupt nicht herangekommen und am 28. Dezember wieder festgenommen worden. — Der Staatsanwalt hielt beide der Meuterei, der Sachbeschädigung und der Unterschlagung an den Anstaltskleidern für schuldig und beantragte je zehn Monate Gefängnis. Der Gerichtshof sprach Pohlmann frei, da er nicht als erwiesen anmah, daß sich die beiden Gefangenen „zusammengerottet“ hatten, um mit vereinten Kräften einen gewalttätigen Ausbruch zu unternehmen. (§ 122 St.-G.-B.) Der Angeklagte Brechel wurde nur wegen Sachbeschädigung zu einer Woche Gefängnis verurteilt.

## „Berechtigtes“ Interesse in Deutschland.

Eine für unsere Richter charakteristische Urteilsbegründung sprach dieser Tage der Vorsitzende der Verfassungs-Strafkammer des Landgerichts II in einer Verleumdungssache aus. Die Gastwirtin Frau B. hatte den Maurer K. wegen Verleumdung verklagt, weil er ihrem Ehemann — seinem Vereinsbruder — unter vier Augen warnungsholber mitgeteilt hatte, daß er sie eines Abends mit einem fremden Manne habe spazieren gehen sehen. Vor dem Schöffengericht trat K. jedoch den Wahrheitsbeweis an und wurde freigesprochen. Die Verfassungs-Strafkammer hob das Urteil auf und beurteilte K. zu 10 M. Geldstrafe, da er und seine Zeugen sich in der Person der betreffenden Spaziergängerin nach Ansicht des Gerichts geirrt haben könnten. Der Verteidiger des K., Rechtsanwalt Dr. Droh, legte nunmehr Revision beim Kammergericht ein, weil infolge der Vereinsbrüderschaft die fragliche Mitteilung auf alle Fälle wegen des berechtigten Interesses gemäß § 193 des Strafgesetzbuches strafflos bleiben müsse. Das Kammergericht trat dieser Auffassung bei und wies die Sache nochmals an die Strafkammer zurück. Nach abermaliger stundenlangem Beweisnahme wurde nunmehr K. freigesprochen mit folgender eigentümlichen Begründung: Auch diesmal habe die Kammer die Auffassung gewonnen, daß ein Irrtum in der Person vorliegen könne, trotzdem habe K. freigesprochen werden müssen, weil nur einmal bedauerlicherweise das berechnete Interesse aus § 193 nach der höchstrichterlichen Rechtsprechung in so ausgedehntem Sinne aufgefaßt werden müsse, daß tatsächlich die Ehre der Privatpersonen und der Beamten fast völlig vogelfrei geworden sei. — Mit Verlaß! Davon, daß die Beamten, vor allem in Preußen, zu wenig geschützt werde, hat das Volk bisher nichts gemerkt. Die kampfhaften Bemühungen der Strafbehörden in politischen Prozessen beweisen gerade das Gegenteil, zumal die Beamten fast nur mit Gefängnisstrafen reingewaschen zu werden pflegt. Wenn freilich irgend ein egoistisches Interesse nachgewiesen werden kann oder irgendwelche noch so kleinlichen privaten Topfgaule-Beziehungen zu der betreffenden Sache existieren — dann hat man ein in unserem lieben Deutschland anerkanntes berechtigtes Interesse. Kämpft jemand aber „nur“ aus idealen Gründen für eine große Sache, ist er so demokratisch, sich als Staatsbürger für einen öffentlichen Mißstand, für öffentliche Reformen ins Zeug zu legen, und wagt er es, seine Meinung hierbei ohne ängstliche Rücksichten ungeschminkt zu sagen: dann schickt ihn die höchstrichterliche deutsche Rechtsprechung ins Gefängnis. Wenn er nicht etwa eine befürwortete Legitimation — als Beamter besitzt. Dann fehlt eben nach Ansicht unserer richterlichen Kreise das „berechnete“ Interesse.

Der am der Witwe Auguste Sinnig in der Wilhelmshavenerstraße begangene Mord, der dem Arbeiter Karl Tschirner zur Last gelegt wird, wird nunmehr am 29. und 30. Juni sowie am 1. Juli das Schwurgericht am Landgericht I unter Vorsitz des Landgerichtsrats Rathner verhandelt. Durch die Ladung einer Reihe von Zeugen durch den Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Schwindt ist die Zahl der letzteren auf 85 angewachsen und es ist noch fraglich, ob die Verhandlung in drei Sitzungstagen sich wird erledigen lassen. Als medizinische Sachverständige sind Medizinalrat Dr. Leppmann und Dr. Arthur Schulz geladen.

## Vermischtes.

Entgleist. Stendal, 16. Juni. Heute vormittag 12 1/2 Uhr ist der Drieglüterzug 8890 Magdeburg-Budaus-Debitfelde bei der Einfahrt in Gleis 1 auf Bahnhof Debitfelde auf dort stehende Wagen gefahren und entgleist. Die Lokomotive und 14 Waggons sind schwer beschädigt. Mehrere Wagen sind vollständig zertrümmert. Der Lokomotivführer, der Zugführer und zwei Schaffner des Zuges sind leicht verletzt. Die Aufräumungsarbeiten dürften etwa 20 Stunden in Anspruch nehmen. Der Betrieb ist nicht gestört.

Das Erdbeben in Skutari (Montenegro) nimmt kein Ende. Seit dem 1. Juni werden die Stadt und ihre Umgegend täglich von zehn bis zwölf Stößen heimgesucht, die, wenn auch nicht stark, das Werk der Zerstörung immer vergrößern. In Skutari ist die Mehrzahl der Häuser eingestürzt, andere sind so mit Rissen bedeckt, daß sie abgetragen werden müssen. Im Christenviertel, das noch am wenigsten gelitten hat, fanden 19 Personen den Tod. In einem Vororte am Drinafluß steht kein einziges Haus, die ganze Ortschaft ist ein großer Trümmerhaufen. Dort sind 54 Menschen umgekommen, die Zahl der Verwundeten ist weit größer. Außerhalb der Stadt hat sich der Boden geöffnet und speit Rauch und erstickende Gase aus. Auch in den umliegenden Dörfern ist alles zerstört. Es gibt viele Tote, noch mehr Verwundete. Zu Scheldig löste sich ein Teil des Berges und begrub Häuser, Menschen und Vieh. Die armen Obdachlosen sind dem Regen und den räuberischen Gelästen der Montenegroer ausgesetzt.

Die Pest. Aus London wird gemeldet: In Manchester ist ein Pestfall vorgekommen, der tödlich verlaufen ist. Der Erkrankte war Hüftloch an Bord eines von Buenos Aires über Hamburg am 8. Juni in Middleborough angekommenen Dampfers.

Professor Wernicke, Vorgesichter der königlichen psychiatrischen und Nervenheilanstalt zu Halle a. S., der vorgeföhrt im Gerat auf einer Radfahrt verunglückte, ist gestern abend seinen Verletzungen erlegen.

Öffentliche Bibliothek und Lesehalle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann, SW., Alexandrinenstr. 26. Geöffnet wochentags von 5 1/2—10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9—1 und 2—6 Uhr. In den Lesehallen liegen zurzeit 515 Zeilungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung aus.

Verein ehemaliger Gütergöher zur Bekämpfung der Tuberkulose. Sonnabend, den 17. d. M., abends 9 Uhr im Rastlochaufe, Kaiser Wilhelmstr. 18m: Sitzung. Gäste willkommen. Der Vorstand.

Berliner Marktpreise. (Ermittelt vom Völkkel-Präsidenten.) Zuckergeste, gute Sorte 1 Ds. 16,10 (15,20), mittel 15,10 (14,20), geringe 14,10 (13,20). Malz, gute Sorte 16,50 (15,80), mittel 15,70 (15,10), geringe 15,00 (14,40). frei Wagen und ab Bahn. Erbsen, gelbe, zum Kochen 45,00 (30,00), Speiseerbsen, weiße 50,00 (30,00), Linen 60,00 (30,00), Karotten 2,00 (7,00), Rindfleisch, von der Kette, 1 Kg. 1,50 (1,30), Schafschewe 1,40 (1,00), Schweinefleisch 1,50 (1,30), Kalbfleisch 2,20 (1,20), Hammelfleisch 1,50 (1,30), Butter 2,80 (2,00), Eier, 60 Stück, 4,00 (2,25), Karotten 1 Kg. 2,20 (1,20), Wale 3,00 (1,60), Jander 3,20 (1,20), Dichte 2,80 (1,40), Barsche 2,00 (1,00), Schlei 3,60 (1,40), Pleie 1,40 (0,80), Krebelle 16,00 (3,00).

Wasserstand am 15. Juni. Elbe bei Hufsig + 0,68 Meter, bei Dresden - 1,41 Meter, bei Magdeburg + 1,10 Meter. — Unstrut bei Straußfurt + 1,05 Meter. — Oder bei Rathow + 1,15 Meter, bei Dresden Ober-Regel + 4,90 Meter, bei Dresden Unter-Regel - 1,20 Meter, bei Frankfurt + 1,41 Meter. — Weichsel bei Draheimünde + 2,72 Meter. — Warthe bei Posen + 0,46 Meter.

Witterungsüberblick vom 16. Juni 1905, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. u. F. R.	Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. u. F. R.
Zimmende	762	SE	3	wolkig	20	Saparanda	764	D	0	bedeckt	16
Damburg	761	D	2	better	19	Petersburg	765	SE	1	bedeckt	17
Berlin	761	SE	2	wolkig	22	Schw	754	SE	2	wolkig	14
Frankfurt	761	SE	3	wolkig	21	Aberden	761	SE	1	wolkig	13
München	761	SE	4	wolkig	17	Beris	759	E	2	wolkig	13
Wien	760	R	1	wolkig	19						

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 17. Juni 1905. Warm und schmal, stellenweise heiter, aber veränderlich, bei meist schwachen südlichen Winden und fortwährender Bewitterung. Berliner Wetterbureau.